SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Ausländerintegration in Deutschland

Wendt, Hartmut (Ed.); Heigl, Andreas (Ed.)

Veröffentlichungsversion / Published Version
Konferenzband / conference proceedings

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Wendt, H., & Heigl, A. (Hrsg.). (2000). *Ausländerintegration in Deutschland* (Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, 101). Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BIB). https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-330761

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

MATERIALIEN ZUR BEVÖLKERUNGSWISSENSCHAFT

Hartmut Wendt und Andreas Heigl (Hrsg.)

Ausländerintegration in Deutschland

Vorträge auf der 2. Tagung des Arbeitskreises „Migration – Integration – Minderheiten“ der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft (DGBw)

Berlin 14. und 15. Oktober 1999

2000
Heft 101

ISSN
0178-918X

BiB
Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung
beim Statistischen Bundesamt · 65180 Wiesbaden

Anschrift der Herausgeber:

Dr. habil. Hartmut Wendt
Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge
Frankenstraße 210
90461 Nürnberg

Dr. Andreas Heigl
HypoVereinsbank
Am Tucherpark 16
80311 München

Verzeichnis der Autoren

Barbara John
Ausländerbeauftragte des Senats von Berlin
Potsdamer Str. 65
10785 Berlin

Doz. Dr. Anne Dumasy
Université Paris - 13
UFR des Lettres
Avenue Jean-Baptiste Clement
93430 Villetaneuse

M.A. Andreas Goldberg
Zentrum für Türkeistudien
Institut an der Universität GH Essen
Altendorfer Str. 3
45127 Essen

Dr. Oliver Hämmig
Soziologisches Institut der Universität Zürich
Rämistr. 69
CH-8001 Zürich

Prof. Dr. Hartmut Häußermann
Lehrstuhl Stadt- und Regionalsoziologie der Humboldt-Universität zu Berlin
Philosophische Fakultät III
Unter den Linden 6
10099 Berlin

Alois Weidacher
Deutsches Jugendinstitut (DJI)
Nockherstr. 2
81541 München

Dr. habil. Hartmut Wendt
Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge
Frankenstr. 210
90461 Nürnberg

Inhalt **Seite**

Vorwort **7**

Hartmut Wendt
Immigration und Integration - Herausforderungen eines unumkehrbaren Prozesses 9

Barbara John
Das Berliner Konzept zur Ausländerintegration 25

Hartmut Häußermann
Stadtentwicklung und Zuwanderung – Wandel des Integrationsmodus? 33

Alois Weidacher
Soziokulturelle und politische Orientierungen. Aspekte der Integrationsbereitschaft griechischer, italienischer und türkischer junger Erwachsener in Deutschland 49

Andreas Goldberg
Integration von Türken in Deutschland 75

Oliver Hämmig
Die zweite Ausländergeneration in der Schweiz: strukturelle Integration, Anomie und Anpassungsformen 97

Anne Dumasy
Staatsbürgerschaft und Integration: Frankreich und seine Immigranten 125

Vorwort

Die 2. Tagung des Arbeitskreises "Migration – Integration – Minderheiten" der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft (DGBw) fand im Oktober 1999 in Berlin statt. Die Organisatoren hatten sich zum Ziel gesetzt, nach einer thematischen Überblicksveranstaltung im Vorjahr (veröffentlicht in den Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Band 94) das Themenfeld der Integration zu behandeln und luden dazu gezielt Referenten ein, um aus der Sicht ihrer Disziplin Probleme und Chancen der Integration von Zuwanderungspopulationen zu beleuchten. Dabei sollten bewusst die nationalen Grenzen überschritten werden um vergleichende Aspekte der Integrationsprozesse zu behandeln. Mit der Gewinnung von Referenten aus Frankreich und der Schweiz ist dies auch ein Stück weit gelungen.

Das Einleitungsreferat von Hartmut Wendt erörtert – bezugnehmend auf die aktuelle politische Diskussion und ausgehend von der demographischen Situation in Deutschland - die Notwendigkeit einer regulierten Zuwanderung, die auch stets die Integration der Einwanderer zu implizieren hat.

Der Beitrag der Ausländerbeauftragten von Berlin, Frau Barbara John, stellt das Berliner Konzept der Ausländerintegration vor. Sie veranschaulicht am Beispiel Berlin Integrationsmaßnahmen, die den Einstieg in den Arbeitsmarkt erleichtern und ein kulturelles Miteinander sowie die Teilhabe am politischen Leben ermöglichen.

Hartmut Häußermann postuliert aus der Sicht des Stadtsoziologen eine Krise der „europäischen Stadt“ und diskutiert neue bzw. „vormoderne“ Formen urbaner Integration. Er erörtert zwei theoretische Ansätze der Integration (Simmel und Park) und hebt abschließend die Bedeutung der sozialen Integration für die Zukunft der Stadt hervor.

Die empirisch ausgerichtete Analyse von Alois Weidacher ist auf die soziokulturellen und politischen Orientierungen ausgewählter ethnischer Gruppen fokussiert und kommt zu dem Schluss, dass eine hohe Ähnlichkeit in politischen Einstellungen der Befragten unterschiedlicher Nationalitäten festzustellen ist, die sich insbesondere in der Zustimmung zu demokratischen Prinzipien einer politischen Ordnung zeigen würde. Allerdings sind Mehraufwendungen gerade im Bildungsbereich notwendig, um eine statusgleiche Eingliederung für die Kinder von Migrantenfamilien zu ermöglichen.

Die Integration der Türken in Deutschland ist das Thema des Beitrages von Andreas Goldberg. Die Ergebnisse einer Telefonbefragung von türkischstämmigen Migranten weisen auf die Widersprüchlichkeit, ja Gegensätzlichkeit der Ergebnisse der Integrationsprozesse hin. Während auf der negativen Seite vor allem die schlechte Bildungs- und Ausbildungssituation und damit der niedrige sozioökono-

mische Status stehen, sind die ausgeprägten Kontakte der Türken zu Deutschen sowie die hohe Zahl an Einbürgerungsinteressierten als positive Aspekte der Integration zu werten.

Oliver Hämming stellt die Ergebnisse einer repräsentativen Telefonbefragung unter türkischen und italienischen jungen Erwachsenen der zweiten Ausländergeneration sowie schweizerischer junger Erwachsener im Kanton Zürich vor. Auch hier wird deutlich, dass junge Erwachsene der zweiten Einwanderergeneration im Vergleich mit gleichaltrigen „Einheimischen" schlechter abschneiden. Gerade die zweite Ausländergeneration ist als strukturell unterprivilegiert und desintegriert zu bezeichnen. Die Folge ist erhöhte individuelle Anomie, die mit Statusfrustration, Deprivation sowie normativer Desorientierung einhergeht und sich in Aggressivität, Depressivität sowie geringem Selbstwertgefühl äußert.

Einen interessanten Einblick in das Verhältnis Frankreichs zu seinen Immigranten gewährt Frau Anne Dumasy. Unter dem Aspekt eines Vergleichs zwischen Frankreich und Deutschland wird das französische Staatsbürgerschaftsrecht in seiner rechtsgeschichtlichen Tradition erläutert. Trotz Staatsbürgerschaft – seit 1973 wird die Staatsbürgerschaft automatisch bei der Geburt gewährt – sind Ausländer, und hier wiederum insbesondere Maghrebiner (die so genannten „Beurs"), oft Zielgruppe der Ausgrenzung. Die Folgen dieser Ausgrenzung, die Gewalt in den Vorstädten (La violence urbaine) werden anschaulich geschildert.

Die Leitung des Arbeitskreises (Hartmut Wendt, Nürnberg und Andreas Heigl, München) bedankt sich bei Frau Dr. Erika Schulz, die eine Tagung in den Räumen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) ermöglicht und die Organisation vor Ort übernommen hat.

Des Weiteren bedankt sich der Arbeitskreis bei Frau Prof. Dr. Charlotte Höhn für die Bereitschaft, die Ergebnisse der Tagung in der Reihe "Materialien zur Bevölkerungswissenschaft" des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung zu publizieren.

Hartmut Wendt Andreas Heigl

Hartmut Wendt

Einwanderung und Integration: Herausforderungen eines unumkehrbaren Prozesses[1]

Manchmal entwickeln sich die Dinge dann doch schneller als gedacht und manchmal scheint sich eben doch die Macht der Fakten über Desinteresse und das „Nicht-Wahrnehmen-Wollen" durchzusetzen. Änderungen in der Wahrnehmung von Tatsachen zum Thema Bevölkerungsrückgang und Einwanderung haben sich in einer Schnelligkeit und Qualität vollzogen, die zum Zeitpunkt der Jahrestagung des Arbeitskreises im Herbst 1999 wohl wünschenswert aber nicht denkbar schienen. Ausgelöst wurde diese Diskussion in der Öffentlichkeit durch Bundeskanzler Gerhard Schröder, der im März 2000 eine zumindest zeitweilige Einwanderung von Computerspezialisten anlässlich der Computermesse CeBit in Hannover anregte.

Auf jeden Fall ist die Tabuisierung des Themas „Zuwanderung" aufgehoben und das Klima für eine offene Ansprache der Probleme „Immigration und Integration" offener geworden. Eine rationale Sicht auf notwendige Prozesse scheint das politische Klima im Lande zu verändern und damit die Bereitschaft zur Lösung unumgänglicher Problemstellungen zu erhöhen.

Die anhaltenden Diskussionen um die Sicherung der Renten auf Grund der Brüchigkeit des Generationenvertrages infolge des niedrigen Geburtenniveaus und steigenden Lebensalters, die Auseinandersetzungen um das im Grundgesetz verankerte Asylrecht für politisch Verfolgte, um Menschenhandel und Schlepperunwesen, und dann der deutliche Ruf der Wirtschaft nach hoch qualifizierten Experten, haben das öffentliche Bewusstsein, haben aber auch die Sensibilität der Politiker für demographische Fakten wie Bevölkerungsrückgang und Alterung und damit auch das Für und Wider einer Ein- bzw. Zuwanderung aktiviert. In seiner „Berliner Rede"[2] hat Bundespräsident Johannes Rau die Notwendigkeit einer gesteuerten Einwanderung öffentlich deutlich gemacht und die Bedeutung der Integration der Zugewanderten für ein Miteinander von Deutschen und Ausländern hervorgehoben.

Inzwischen haben auch die Parteien das Thema Zuwanderung enttabuisiert und die Bundesregierung beschäftigt sich zunehmend mit Fragestellungen der Zuwanderung. Bereits am 2. September 2000 wurde von Innenminister Schily eine unabhängige Kommission „Zuwanderung" unter Leitung der CDU-Politikerin und früheren Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth und ihrem Stellvertreter, dem

---

1 Aktualisierter Vortrag anlässlich der Eröffnung der zweiten Jahrestagung des AK „Migration-Integration-Minderheiten" der DGBw in Berlin Oktober 1999

2 Rau, J.: Ohne Angst und Träumerei: Gemeinsam in Deutschland leben. Zts. f. Ausländerrecht und Ausländerpolitik. 2000 H. 4. S. 147-152

ehemaligen SPD-Bundesjustizminister Jochen Vogel, berufen. Bis zur Sommerpause 2001 soll die Kommission konkrete Empfehlungen für eine künftige Zuwanderungspolitik erarbeiten.

1. Demographische Bedingungen

Die demographische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland ist seit langem gekennzeichnet durch niedrige Geburtenhäufigkeit, Sterbefallüberschüsse sowie im Ergebnis einer hohen Wanderungsmobilität (Zu- und Fortzügen) durch anhaltende Wanderungsgewinne. Wurde Ende der 60er Jahre im alten Bundesgebiet letztmalig eine Geburtenhäufigkeit erreicht, die den Ersatz der Elterngeneration sicherte (mit einer zusammengefassten Geburtenziffer von 2.210 in 1969) und war 1971 das letzte Jahr mit einem deutlichen Geborenenüberschuss[3] (in Höhe von +47.900 geborenen Kindern), so geht seitdem die deutsche Bevölkerung deutlich zurück und altert gleichzeitig, d.h. die ältere Bevölkerung nimmt zu und die jüngere ab. Mit der Wiedervereinigung stiegen infolge des erosiven Geburtenrückganges in den neuen Ländern die Geborenendefizite sogar noch an[4]. Geburtenrückgang bedeutet aber, dass es in voraussehbarer Zeit - nämlich dann, wenn die geburtenschwachen Jahrgänge ins Erwerbsleben eintreten – auch weniger Arbeitskräfte geben wird.

Um die Bevölkerungszahlen in etwa konstant zu halten, müsste jede Frau im Verlaufe ihres Lebens zumindest zwei Kinder zur Welt bringen (eine zusammengefasste Geburtenziffer oder total fertility rate in Höhe von 2.100 wäre notwendig, d.h. dass 1.000 Frauen 2.100 Kinder bekommen müssten). In Deutschland wurde in den letzten zehn Jahren der Ersatz der Elterngeneration (das sogenannte Reproduktionsniveau) jedoch um ca. 35 % unterschritten (gemessen an der zusammengefassten Geburtenziffer, 1998 z.B. in Höhe von knapp 1.400).

Damit hat Deutschland eine der niedrigsten Geburtenraten der Welt, die gegenwärtig nur noch von Italien und Spanien unterboten werden. Andererseits haben Länder wie Irland, Schweden, Dänemark aber auch Frankreich deutlich höhere Geburtenraten[5].

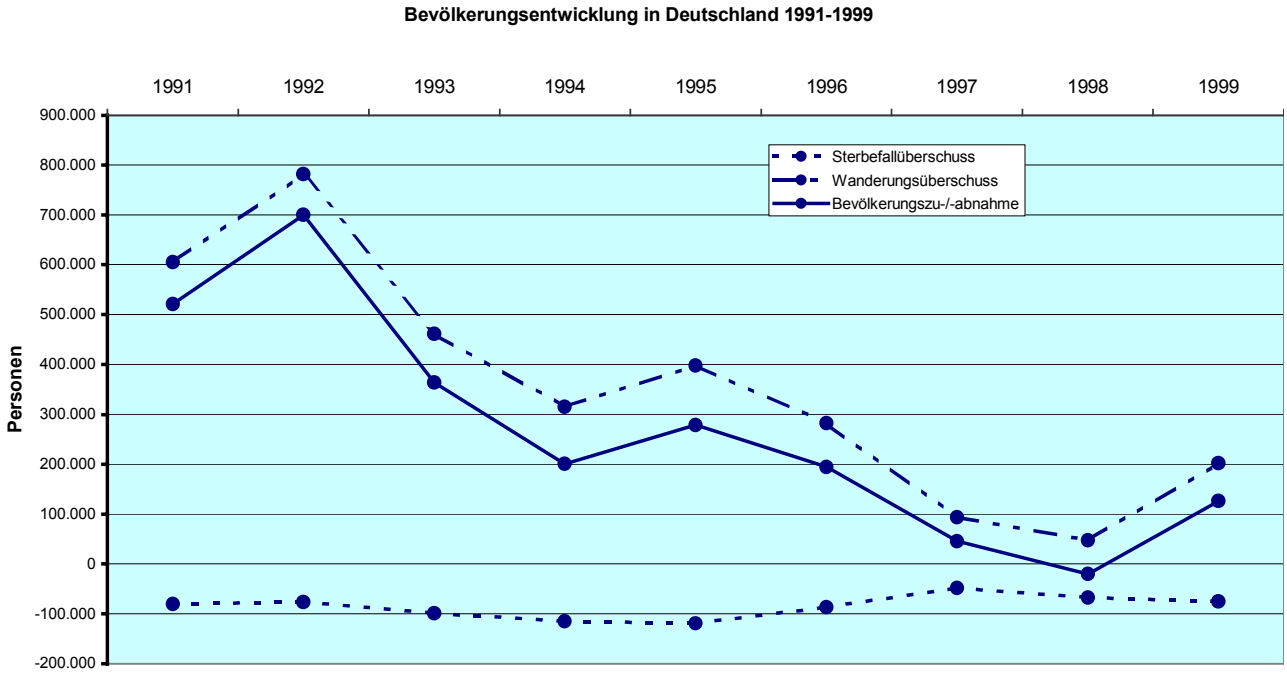
Soll die natürliche Bevölkerungsentwicklung stabilisiert und der Bevölkerungsrückgang abgebremst werden, so müssten durch flankierende familienpolitische Maßnahmen bessere und berechenbare Rahmenbedingungen für junge Familien geschaffen werden. Dadurch könnten die Entscheidungen der jungen Paare für Kinder erleichtert werden. Wird das Nein zu Kindern von der Gesellschaft toleriert, so werden Familien mit Kindern - insbesondere mit mehreren - eher stigmatisiert. Der Abbau der

---

3 Statistisches Bundesamt. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. R. 1. 1996. S. 99 u. 87
4 vgl. u.a. Wendt, H.; 1991, S. 251-280; Dorbritz, J., 1997, S. 239 - 268
5 Weltbevölkerungsbericht 1998. S. 71 u. 72

„strukturellen Rücksichtslosigkeit“ [6] und die Verringerung einer „mangelnden Rücksichtnahme“[7] von Staat und Wirtschaft gegenüber den Familien, sind grundlegende Voraussetzungen, wenn zumindest gewünschte Kinder auch tatsächlich zur Welt kommen und diese unter günstigeren Rahmenbedingungen aufwachsen sollen. Eine höhere Geburtenrate würde aber demographische Entlastungseffekte bewirken, die dann auch positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die sozialen Sicherungssysteme haben würden. Noch immer kommen jedoch „die Vorteile der säkularen Wohlstandssteigerung ... denjenigen zugute, die ihre Arbeitskraft uneingeschränkt der Erwerbstätigkeit zuwenden können“[8] und eben nicht den erziehenden Eltern.

Wenn es trotz der anhaltenden Geburtendefizite zu einer Bevölkerungszunahme in Deutschland gekommen ist, so ist dies allein den Wanderungsgewinnen, die Deutschland in erheblichem Maße gegenüber dem Ausland zu verzeichnen hat, zu verdanken.



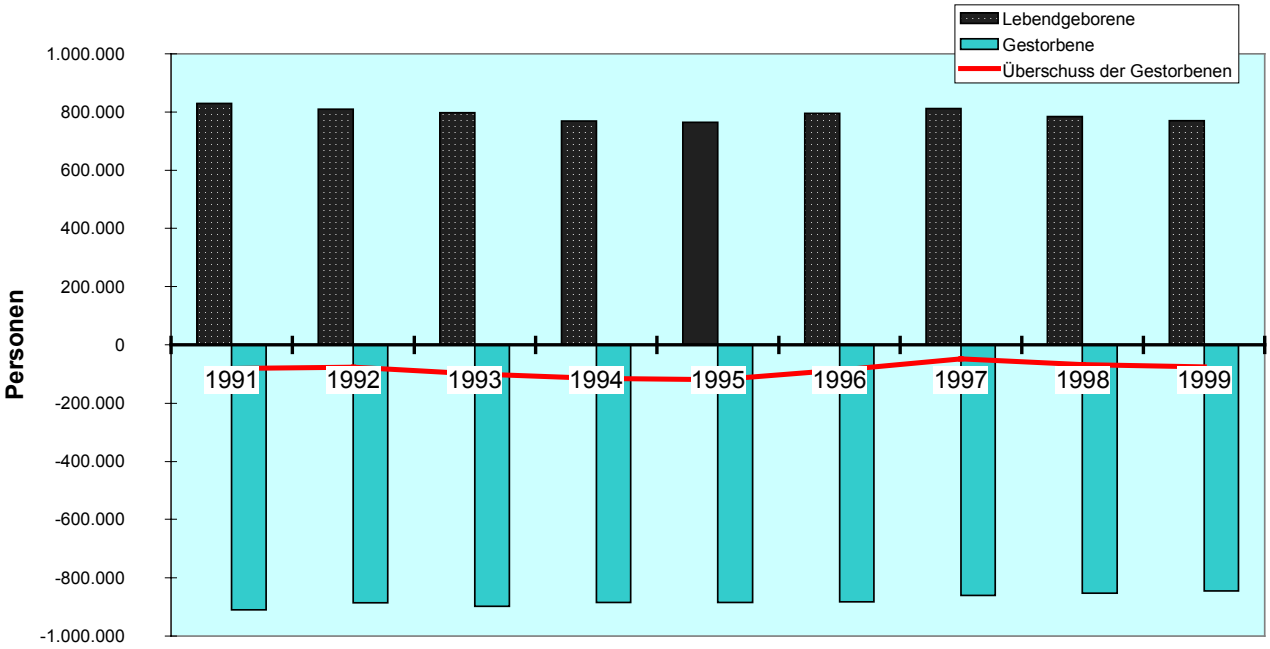
Starben allein im Zeitraum 1991 bis 1999 in Deutschland 769.000 Personen mehr als Kinder geboren wurden (Sterbefallüberschuss), so wanderten im gleichen Zeitraum jedoch 3,2 Mill. mehr Menschen nach Deutschland ein (davon 1,3 Mill. Deutsche[9] und 1,9 Mill. Ausländer) als aus Deutschland fortzogen. Aufgrund dieses Wanderungsgewinns hat die Bevölkerungszahl trotz der Geburtendefizite

6 Kaufmann, F.-X., 1990. S. 132
7 Kaufmann, F.-X., a.a.O. S. 137 ff.
8 Kaufmann, F.-X. a.a.O. S. 139
9 Der positive Wanderungssaldo der Deutschen ist auf den Zuzug von Aussiedlern zurückzuführen

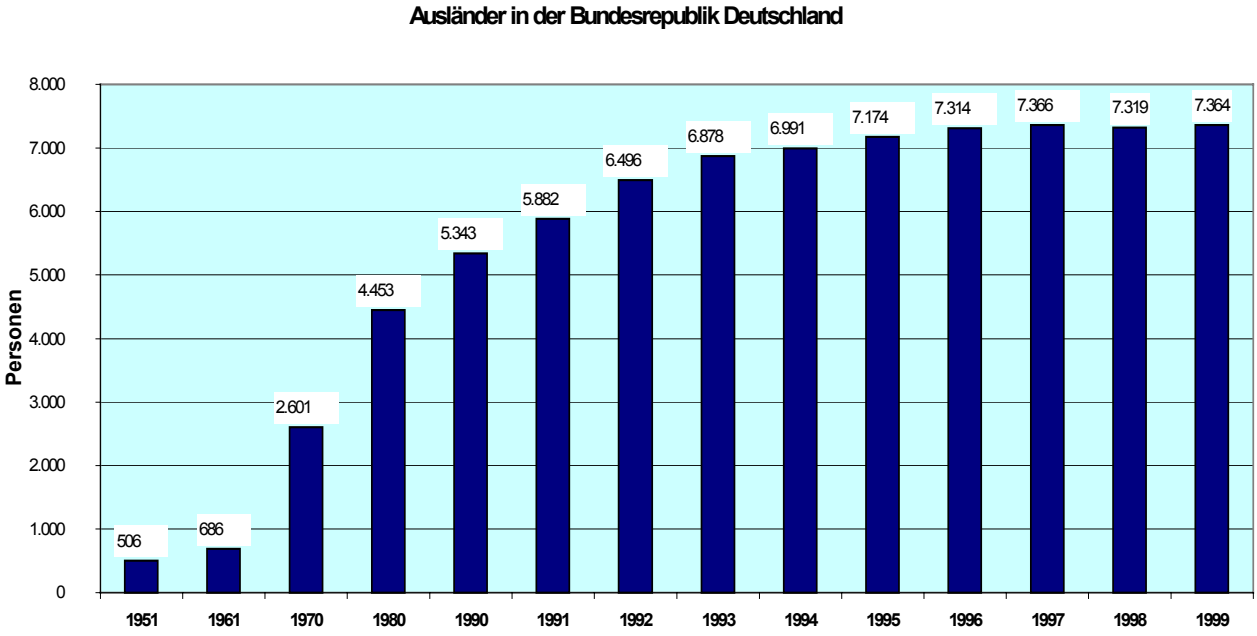
noch um 2,4 Millionen zugenommen. Die Bevölkerung stieg von 79,8 Mill. Einwohner Anfang 1991 bis Ende 1999 auf 82,2 Mill. Durch Zuwanderung und Geburtenüberschuss stieg die Zahl der Ausländer bis 1999 auf 7,3 Mill. (8,9 % der Bevölkerung).

Jahr	Lebendgeborene	Gestorbene	Überschuss der Gestorbenen
1991	830.019	-911.245	-81.226
1992	809.114	-886.443	-76.329
1993	798.447	-897.270	-98.823
1994	769.603	-884.661	-115.058
1995	765.221	-884.588	-119.367
1996	796.013	-882.843	-86.830
1997	812.173	-860.389	-48.216
1998	785.034	-852.382	-67.353
1999	770.744	-846.330	-75.586
1991-99	7.136.368	-7.905.151	-768.788

Lebendgeborene, Gestorbene und Saldo der natürlichen Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland 1991-1999



Deutschland ist also längst – wenn auch nicht de jure so doch de facto – ein Einwanderungsland. Auch in Zukunft wird Deutschland Zuwanderung infolge regionaler Disparitäten im wirtschaftlichen, ökologischen und nicht zu letzt im menschenrechtlichen Bereich zu verzeichnen haben. Darüber hinaus wird Deutschland zunehmend auf Einwanderung angewiesen sein, da alle Bevölkerungsvorausberechnungen für die Zukunft anhaltenden Bevölkerungsrückgang und Alterung prognostizieren.



Tab.: Wanderungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Ausland 1990 - 1998

Jahr	Zuzüge			Fortzüge		
	insgesamt	Deutsche	Ausländer	insgesamt	Deutsche	Ausländer
1990	1.256.250	420.548	835.702	574.378	108.908	465.470
1991	1.198.978	273.633	925.345	596.455	98.915	497.540
1992	1.502.198	290.850	1.211.348	720.127	105.171	614.956
1993	1.277.408	287.561	989.847	815.312	104.653	710.659
1994	1.082.553	305.037	777.516	767.555	138.280	629.275
1995	1.096.048	303.347	792.701	698.113	130.672	567.441
1996	959.691	251.737	707.954	677.494	118.430	559.064
1997	840.633	225.335	615.298	746.969	109.903	637.066
1999	802.456	196.956	605.500	755.358	116.403	638.955
90-99	**10.016.215**	**2.555.004**	**7.461.211**	**6.351.761**	**1.031.335**	**5.320.426**

Quelle: Statistisches Bundesamt, Migrationsbericht 1999, S. 8

2. Bevölkerungsprognose bis 2050

Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes[10] wird in Deutschland - unter der Annahme, dass die Bundesrepublik jährlich einen Wanderungsgewinn von 200.000 Personen[11] verzeichnet, die Geburtenhäufigkeit auf dem heutigen Niveau verbleibt und die Lebenserwartung weiterhin zunimmt[12]

[10] 9. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden 2000
[11] Das würde dem Wanderungssaldo von 1999 entsprechen
[12] Zunahme der Lebenserwartung 60-Jähriger um etwa 3 Jahre

– die Einwohnerzahl in 50 Jahren (2050) um ca. 12 Mill. Personen abnehmen. Demnach würden in Deutschland dann noch etwa 70 Mill. Einwohner leben. Würde Deutschland nur einen Wanderungsgewinn von jährlich 100.000 Personen haben, so würde die Bevölkerung bis 2050 sogar auf 65 Mill. Einwohner zurückgehen. Sterben heute (1999) etwa 76.000 Personen mehr als geboren werden, so wären dies im Jahre 2050 sogar 640.000 (und das trotz des jährlichen Wanderungsgewinnes von 200.000 Personen). Noch problematischer als der Rückgang der deutschen Bevölkerung ist der veränderte Altersaufbau der Bevölkerung. Durch den Alterungsprozess der Bevölkerung werden sich Zahl und Anteil an Rentnern und Pensionären deutlich erhöhen, während demgegenüber Zahl und Anteil der Erwerbstätigen und Jugendlichen/Kinder abnehmen werden.

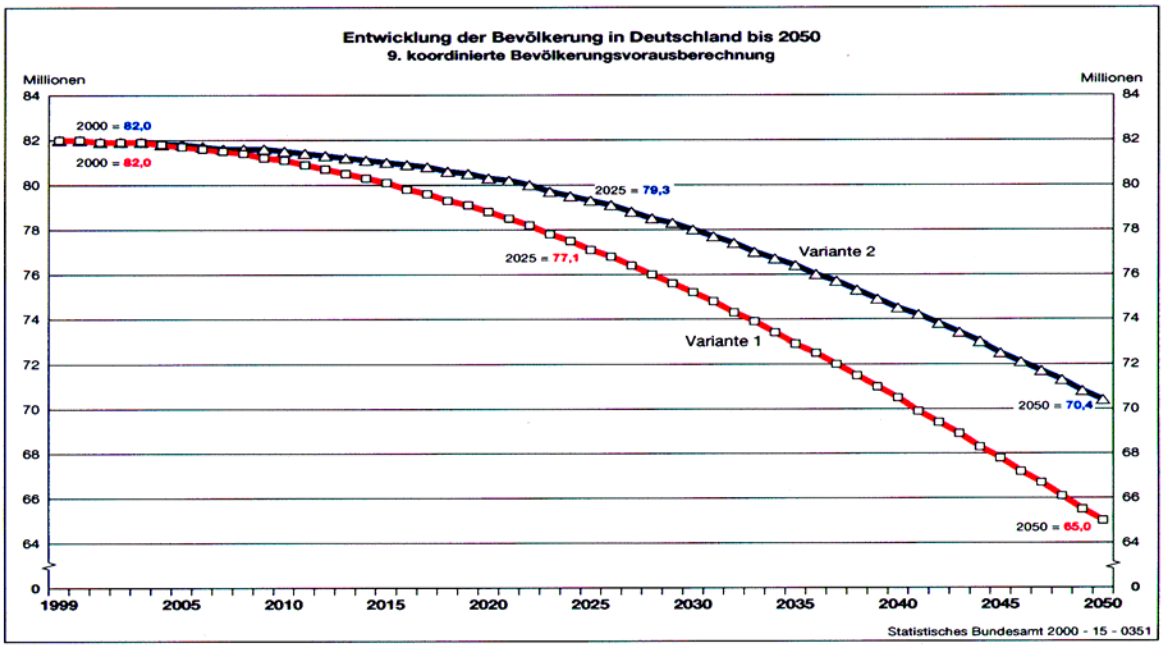
Aufgrund des niedrigen Geburtenniveaus sind die jüngeren Jahrgänge generell schwächer besetzt als die älteren. Sind heute die 35- bis 45-Jährigen die am stärksten besetzten Jahrgänge, so werden es in 50 Jahren die 58- bis 63-Jährigen sein. Die jüngeren Altersgruppen unter 50 Jahre sind jeweils schwächer besetzt.

Für die Alterssicherung ist die Relation zwischen der Bevölkerung im Erwerbsalter (den Erbringern von Leistungen) und der Bevölkerung im Rentenalter (den Leistungsempfängern), der sogenannte Altersquotient, wichtig. Liegt dieser Altersquotient gegenwärtig bei 40, d.h. dass heute auf 40 Personen im Rentenalter (60 Jahre und älter) 100 Personen im Erwerbsalter (zwischen 20 und 59 Jahre) kommen, so wird sich dieses Verhältnis in 50 Jahren voraussichtlich nahezu verdoppeln und der Altersquotient bei 75 liegen (es würden dann 75 Rentner auf 100 Personen im Erwerbsalter kommen). Damit verschiebt sich die Relation der Altersgruppen deutlich zueinander: Gehören heute knapp ein Viertel der Bevölkerung (23 %) zu den 60-Jährigen und Älteren, so werden es in 50 Jahren dann gut ein Drittel (56 %) sein. Der Anteil der jungen Menschen nimmt demzufolge umgekehrt ab: Sind heute etwa 21,3 % der Bevölkerung jünger als 20 Jahre, so werden es in 50 Jahren nur noch 16,3 % sein.

Bereits jetzt geht die Zahl der Erwerbstätigen um ca. 200.000 Personen pro Jahr zurück. Das hat zwar den Vorteil, dass sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt kurzfristig entspannt, längerfristig entsteht aber ein Arbeitskräftemangel. Schon heute sind nach Ansicht des BDI weder Wirtschaft noch Sozialsysteme in Deutschland ohne die etwa 2,8 Mill. erwerbstätigen Ausländer überlebensfähig[13].

Gegenwärtig besteht z.B. ein akuter Mangel an Computerspezialisten, der durch die Greencard-Initiative der Bundesregierung (Anwerbung von 20.000 ausländische Computerexperten) gemindert werden soll. Es mangelt aber heute bereits auch an Ingenieuren und Naturwissenschaftlern sowie Personal im Pflegebereich und im Gaststättengewerbe.

[13] Die Zuwanderer schaffen Arbeit. Nürnberger Nachrichten v. 25.09.2000



Dieser Arbeitskräftemangel erscheint paradox bei 3,7 Mill. Arbeitslosen im Oktober 2000. Die Arbeitslosigkeit ist aber regional und nach Branchen sehr unterschiedlich und wird sich in den nächsten Jahren deutlich verringern.

In 10 bis 15 Jahren wird sich die gegenwärtige Situation höchstwahrscheinlich gegenteilig darstellen: Statt mit Arbeitslosigkeit wird Deutschland mit einem Mangel an Erwerbstätigen (insbesondere qualifizierten Fachkräften) zu kämpfen haben. Die Gefahr, die von Teilen der deutschen Bevölkerung in der Konkurrenz um Arbeitsplätze gesehen wird, ist unrealistisch. Gerade hochqualifizierte Zuwanderer schaffen sogar neue Stellen.

Unrealistisch, weil reine Zahlenspielerei, erscheint die am 21. März veröffentlichte Studie „Bestandserhaltungsmigration“ der Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen. Immerhin veranschaulicht diese jedoch die Dimensionen potenzieller Migrationsströme. Unter Vernachlässigung der Wechselwirkungen zwischen demographischer und gesellschaftlicher Entwicklung, die bei Wanderungsprozessen stets zu beachten sind[14], werden verschiedene Szenarien vorgestellt, die einen Zuwanderungsbedarf der Länder berechnen, der notwendig wäre, wenn eine gegebene Bevölkerungsgröße mit einer bestimmten Altersstruktur erreicht werden soll. So schwankt für Deutschland in drei Szenarien die Größenordnung der Zuwanderung für den Zeitraum 1995 bis 2050 zwischen 17,8 Mill. (Erhalt der Bestandsgröße von 82 Mill.) und 188 Mill. (wodurch Deutschland im Jahre 2050 schließlich eine Bevölkerung von 299 Mill. Einwohnern hätte). Das letzte Szenario scheint von vornherein realitätsfern, verdeutlicht aber zumindest die Größenordnungen der Zuwanderung unter einer gegebenen Ziel-

[14] Vgl. u.a. Höpflinger, F., 1997 S. 236 ff.

setzung. Allerdings wird einleitend in der UN-Studie sehr wohl darauf hingewiesen, dass die vorgestellten Modellrechnungen wirtschaftliche wie gesellschaftliche Bedingungen außer Acht lassen und keine Empfehlungen für die Politik geben können.[15]

3. Regulierte Zuwanderung – eine komplizierte Notwendigkeit

Noch Ende der 90er Jahre wurde nahezu parteiübergreifend nicht zur Kenntnis genommen, dass Deutschland de facto längst ein Einwanderungsland war, auch wenn es de jure keine oder nur unzureichende Rahmenbedingungen dafür gab und demzufolge zu Recht von (ungeregelter) Zuwanderung gesprochen wurde.

Für eine „alternde" Gesellschaft wird aber eine geregelte Zuwanderung notwendig sein, will man den Wirtschaftsstandort Deutschland mit seinen gesellschaftlichen Strukturen erhalten und bestehende soziale Sicherungssysteme stabilisieren. Eine gewollte, gesetzlich fixierte und damit regulierte Zuwanderung im Interesse Deutschlands ist aber Einwanderung, da sich diese eben von vornherein auf den dauerhaften Verbleib der Zugewanderten und deren Integration orientiert, wobei hier die „Interessen und Probleme des Einwanderungslandes" im Vordergrund stehen. Dagegen geht es bei Flüchtlingsfragen „um Hilfe durch Schutz und Asyl und um die Bekämpfung der Fluchtursachen"[16].

Damit wird deutlich, dass asylrechtliche Fragestellungen nicht isoliert von Zuwanderung und Integration zu betrachten sind[17] und dass für „Schutz Suchende" andere Maßstäbe gelten müssen als für „Arbeit Suchende".

Durch Geburtenrückgang und Alterung muss eine kleiner werdende Zahl von Erwerbstätigen eine immer größer werdende Zahl von Rentnern versorgen. Nach Angaben des IAB würde sich bei ausgeglichenem Wanderungssaldo die Zahl der Erwerbstätigen bis 2030 von 41 Mill. auf 30 Mill. verringern[18]. Das bedeutet, dass heute noch 7 Arbeitnehmer auf zwei Rentner kommen, in 50 Jahren aber nur noch drei Arbeitnehmer. Eine Destabilisierung der Rentensysteme wäre unter diesen Voraussetzungen unausweichlich.

Natürlich ist Deutschland kein „klassisches Einwanderungsland". Aber wenn Deutschland aus wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Gründen qualifizierte Einwanderer braucht und diese auch will

[15] Vgl. dazu Höhn, Ch., 2000, S. 12 - 15
[16] Bade, Klaus, J. (Hrsg.), 1994, S. 16
[17] Wendt, H., 1994, S. 339 ff
[18] Demographischer Wandel. Zweiter Zwischenbericht der Enquete-Kommission. 1998, S. 214

und darüber hinaus einen positiven Wanderungssaldo verzeichnet, dann ist Deutschland sehr wohl ein Einwanderungsland (geworden).

Es sind also Strategien und Instrumentarien zu entwickeln, die es ermöglichen, Zuwanderung im Interesse der Aufnahmegesellschaft mit politischen und ökonomischen Mitteln zu steuern und dabei zugleich „den humanitären Verpflichtungen" der Immigranten Rechnung zu tragen[19]. Gelingt dies nicht, so ist auch für politisch wie wirtschaftlich stabile Staaten eine Destabilisierung zu befürchten[20].

Die bereits bestehenden vielfältigen Formen der Zuwanderung gewähren ohnehin nur einen begrenzten Handlungsspielraum für deren weitere Gestaltung[21]. So dokumentieren der Ehegatten- und Familiennachzug, der Zuzug der Aussiedler (auch Spätaussiedler) vor allem aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion sowie die Zuwanderung von Bürgern jüdischen Glaubens aus dem Gebiet der GUS-Staaten, die Zuwanderung von Asylbewerbern sowie die Aufnahme von Konventions-, Bürgerkriegs- und De-facto-Flüchtlingen aus der ehemaligen Republik Jugoslawien die Bandbreite der gegenwärtigen Zuwanderung. Es gibt aber auch den zeitlich begrenzten Zuzug von Arbeitsmigranten aus Nicht-EU-Staaten (vor allem Werkvertrags- und Saisonarbeitnehmer) nach Deutschland. Dann ist schließlich auch noch die freizügige Binnenwanderung von EU-Bürgern innerhalb der Europäischen Union vor allem von wirtschaftlich tätigen Personen und ihrer Familienangehörigen (Arbeitnehmer, Dienstleister, Selbständige etc.) zu erwähnen.

Diese Bandbreite der Zuwanderungsmöglichkeiten verdeutlicht sowohl den engen Spielraum als auch die anstehenden Probleme, die mit einer regulierten Zuwanderung respektive Einwanderung oder Immigration verbunden sind. Ohnehin hat eine geregelte Zu- bzw. Einwanderung nach Deutschland nur im europäischen Kontext reelle Chancen für eine wirksame Umsetzung. Auch bietet regulierte Zuwanderung zumindest die Chance, illegale Zuwanderung - wenn schon nicht zu vermeiden - so doch zu mindern und dadurch der internationalen Schleuserkriminalität Einhalt zu gebieten. Gegenwärtig werden etwa jährlich 500.000 Personen in die EU geschleust, wobei aus Profitgier der Tod der geschleusten Menschen billigend in Kauf genommen wird[22].

Trotz der aufgezeigten Schwierigkeiten würde ein Verzicht auf jegliche Migrationspolitik den Anschein der Ausweglosigkeit erwecken und zu politischer Passivität und damit Resignation führen. Es würden durch diesen Verzicht Ängste geschürt und Abschottungsreaktionen hervorrufen werden, statt das Problembewusstsein der Menschen zu wecken und sie zu aktivieren, die Probleme sowohl im Sinne der Aufnahmegesellschaft als auch einer humanen Gestaltung der Zuwanderung und Integration

[19] Bade, K. J.; Bommes, M., 2000. S. 197
[20] Opitz, P. J., 1996, S. 3 - 16
[21] Vgl. Wendt, H., 1997, S. 340
[22] Das Bundesministerium des Innern informiert. 18.10.2000

zu lösen. Auf die Verantwortung und Notwendigkeit einer realistischen Sichtweise weist Hans-Magnus Enzensberger in seinem Essay „Die große Wanderung“ hin, wenn er schreibt, Zuwanderung „... ohne Folgenkalkül, ohne politische und ökonomische Vermittlung, ohne Rücksicht auf die Realisierbarkeit eines solchen Vorhabens, macht sich unglaubwürdig und handlungsunfähig“[23].

Deutschland wird aber auch mit anderen europäischen Staaten um qualifizierte Zuwanderer konkurrieren (müssen), da nahezu alle europäischen Staaten mit Geburtenrückgang und Alterung konfrontiert sind. In der Konkurrenz um Zuwanderung von qualifizierten Einwanderern werden traditionelle Einwanderungsstaaten wie USA, Kanada und Australien deutliche Vorteile haben. Es gilt also auch die Aufnahmebereitschaft der deutschen Bevölkerung im wohlverstandenen Eigeninteresse zu erhöhen, die anstehenden Probleme zu benennen und Lösungswege aufzuzeigen.

Allerdings kann durch Zuwanderung der Alterungsprozess der Bevölkerung nicht gestoppt, sondern nur verlangsamt werden. Weitere Maßnahmen wie lebenslanges Lernen, produktionssteigernde Technologien, verbesserte Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie weitere familienpolitische Leistungen sind deshalb notwendig[24]. Letztere Maßnahmen schon deshalb, um den Geburtenrückgang aufzuhalten und dadurch Entlastungseffekte auf dem Arbeitsmarkt und im sozialen Sektor zu erreichen. Nur durch eine gesteuerte Einwanderung, d.h., Zuwanderung im Interesse der Aufnahmegesellschaft, kann die Leistungsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme sowie der politischen, normativen und kulturellen Grundlagen der Aufnahmegesellschaft erhalten werden. Eine sozialverträgliche Zuwanderung ist auch schon deshalb nötig, weil nur so die Hilfs- und Schutzfunktion der Aufnahmegesellschaft gegenüber den Zugewanderten erhalten bleiben kann[25].

Deutschland als Aufnahmegesellschaft hat also die Ziele einer Zuwanderung - dazu gehören Größenordnungen, Strukturen und Anforderungen an die Zuwanderer - unter Beachtung der Folgen zu formulieren und gesetzlich zu fixieren. Zugleich sind aber auch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für eine geregelte Zuwanderung zu schaffen und Instrumentarien bereitzustellen, die eine Integration der Zuwanderer erfolgversprechend ermöglichen. Dann erst ist der Schritt getan, der Deutschland von einem bloßen Zuwanderungsland mit ungeregelten Migrationsströmen zu einem Einwanderungsland mit regulierter Immigration führt. Dies ist aber vor allem und zuerst eine politische Entscheidung[26], setzt den politischen Willen voraus, dieses vielschichtige Problem parteiübergreifend auch in Angriff zu nehmen.

---

[23] Enzensberger, H.-M., 1994. S. 54
[24] Vgl. Demographischer Wandel. 1998, S. 171 –291.
[25] Wendt, H., 1999, S. 14 ff
[26] Wollenschläger, M.,1999, S. 253

4. Immigration impliziert Integration

Einwanderung war und ist nicht problemlos. Zu- oder Einwanderung bedeutet gleichermaßen Gewinn wie auch Anstrengungen und Lasten für die Aufnahmegesellschaft, birgt gleichermaßen Chancen und Bereicherung wie Konflikte und Probleme in sich. Eine realistische Politik kann jedoch helfen, die durch Zuwanderung entstehenden Probleme zu erkennen und durch verbindliche Regelungen sowie ein liberales Aufnahmeklima helfen, die Integration der Zugewanderten zu erleichtern.

Migrationspolitik hat stets Integrationspolitik zu implizieren, denn ein „sozialverträglicher Zuzug setzt Integration voraus“[27]. Die Aufnahmegesellschaft hat Angebote an die Zuwanderer zu machen, hat administrative Voraussetzungen zu schaffen und Instrumentarien bereitzustellen und dadurch Strukturen zu errichten, die es den Zugewanderten erlauben, in Deutschland gleichberechtigt zu leben, um hier ihren Lebensmittelpunkt zu gestalten. Erst dann, wenn diese „Integrationsinfrastruktur“ installiert ist und Integration als ein langfristiger und wechselseitiger Prozess zwischen Immigranten und Aufnahmegesellschaft verstanden wird, erst dann finden die Immigranten in Deutschland auch eine neue Heimat.

Zu den Integrationsangeboten gehören vor allem:

- Aufenthaltsrechtliche Integration (z.B. das neue Staatsangehörigenrecht)
- Die rechtliche Gleichstellung von dauerhaft in Deutschland lebenden Einwanderern, wie dies z.B. durch das neue Staatsangehörigenrecht geschieht, ist zwar eine notwendige aber noch keine hinreichende Bedingung für eine erfolgreiche Integration.
- Ausreichende Arbeitsmöglichkeiten
- Über den Arbeitsprozess realisieren sich am ehesten auch die soziale Integration, werden die materiellen Grundlagen für die Integration der Kindergeneration geschaffen und werden Eigenständigkeit, Selbstbewusstheit und Unabhängigkeit des Handelns aber auch des Denkens erworben bzw. antrainiert.
- Die besonderen Fähigkeiten, die junge Ausländer ins Berufsleben einbringen können (z.B. Zweisprachigkeit, Mobilitätsbereitschaft, interkulturelle Kompetenz), bleiben noch weitgehend unberücksichtigt, wodurch selbst qualifizierte jugendliche Ausländer auf dem deutschen Arbeitsmarkt benachteiligt werden.
- Umfassende Möglichkeiten der schulischen wie beruflichen Bildung sowie Überwindung sprachlicher Barrieren durch leichten Zugang zu Sprachkursen und
- Schaffung eines liberalen Klimas gegenüber Ausländern sowie Abbau soziokultureller Barrieren.
- Bildung und Qualifikation sind grundlegende Voraussetzung für eine chancengleiche Integration in den Arbeitsmarkt.

[27] Welt, J., 2000, S. 12

- Gute Kenntnisse der deutschen Sprache tragen zur Überwindung sprachlicher Barrieren bei und damit gleichzeitig zum Abbau soziokultureller Barrieren, während unzureichende Sprachkenntnisse sowie mangelnde Bildung und Qualifikation (fehlende Schul- oder Berufsabschlüsse) nicht nur den Zugang zum Arbeitsmarkt und berufliche Entwicklung erschweren. Sprache ist aber auch ein Indikator der „emotionalen Identifikation“[28] mit der Aufnahmegesellschaft und ist mitentscheidend über soziale Beziehungen zur deutschen Bevölkerung sowie über die Qualität und Intensität der eigenen Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben.
- Gerade mittels einer gemeinsamen Sprache werden Kenntnisse und Werte wechselseitig vermittelt und dadurch Verständnis und Toleranz produziert.

Diese gegebenen Chancen sind als Orientierungen und Angebote zu verstehen, die von den Immigranten im eigenen Interesse auch wahrgenommen werden sollten. Damit beinhaltet Integration zugleich auch Anforderungen an die Zugewanderten und hat deren Integrationsbereitschaft zur Voraussetzung.

Zu den Integrationsanforderungen zählen vor allem:
- Gute Kenntnisse der deutschen Sprache;
- Das eindeutige Bekenntnis zur Verfassung und Verfassungstreue sowie
- Akzeptanz gewachsener kultureller und historischer Tatbestände der Aufnahmegesellschaft.

Unabdingbarer Bestandteil jeder Integration ist damit das konsequente Erlernen der deutschen Sprache sowie die Akzeptanz der verfassungsrechtlichen Grundlagen der Bundesrepublik Deutschland und darüber hinaus europäischer Grundwerte. Ein obligatorischer Integrationskurs, der nach dem Vorbild der Niederlande mindestens 600 Stunden umfassen und mit einer Prüfung abgeschlossen werden müsste, kann durchaus ein hilfreiches Instrument sein. Findet keine „strukturelle Integration“ statt, so wird eine kulturelle Integration erschwert und einer Segregation Vorschub geleistet.[29]

Damit ist Integration keine Einbahnstraße; sie ist stets ein zweiseitiger Prozess. Mit der Aufnahme und der Integration der zugezogenen Ausländer verändern sich nicht nur die Einwanderer, sondern verändert sich auch die Aufnahmegesellschaft.

Die eigentlichen Leistungen, das aktive Einbringen und Gestalten des Integrationsprozesses, sind jedoch von den Immigranten selbst zu erbringen. Dies ist zweifellos der schwierigere Part. Diesen Sachverhalt sollte sich die Aufnahmegesellschaft auch stets bewusst machen. Die Aufnahmegesellschaft kann nur günstige Rahmenbedingungen setzen, innerhalb derer sich die Integration voll-

[28] Leggewie, C., 2000, S. 96
[29] Vgl. Leggewie, C., 2000, S. 100

zieht, kann strukturelle Benachteiligungen abbauen und dadurch diesen Prozess erleichtern, begleiten und steuern.
Das Maß der Zuwanderung und die Strukturen der Zuwanderer – wie Ethnie, Alter, Bildung und Qualifikation, Religion und Familienstand - nehmen Einfluss auf Art und Weise der Integrationsprozesse und deren Ergebnisse. Denn in Abhängigkeit von regionalen (herkunftsländerspezifische Besonderheiten), demographischen (Alter/ Geschlecht) und soziokulturellen Strukturmerkmalen (Bildungsgrad/ Qualifikation, Ethnie, Religion) verlaufen Integrationsprozesse sehr unterschiedlich. Die Wirklichkeit der Aufnahmegesellschaft wird von den Immigranten durch die soziodemographischen Merkmale unterschiedlich angeeignet und verarbeitet. Sie nehmen damit differenzierenden Einfluss auf die Herausbildung der neuen Wertestrukturen. Umgekehrt beeinflussen aber auch die Resultate der Integration und deren subjektive Reflexion – ob z.B. die Integration als erfolgreich oder misslungen angesehen wird - die Zuwanderungsprozesse, können sie befördern und beschleunigen oder hemmen. So wird der Zuzug nach Deutschland – auch der illegale - zu einem nicht unbeträchtlichen Teil durch inoffizielle Informationsströme, die meist über ethnische Netzwerke verlaufen, beeinflusst.

Eine erfolgreiche Integration erfolgt nicht nur im Interesse der Aufnahmegesellschaft, sondern berücksichtigt auch humanitäre Verpflichtungen gegenüber den Einwanderern. Dies hat die gegenseitige Akzeptanz kultureller wie sozialer, religiöser und ethnischer Besonderheiten zur Voraussetzung. Soll Akzeptanz allerdings wachsen, so ist ein Minimalkonsens zwischen Zugewanderten und Aufnahmegesellschaft anzustreben. Denn die Ängste, die durch Konkurrenz und Wettbewerb, durch Globalisierung und Umschichtung sozialer Milieus sowie soziale Schieflagen entstanden sind, bestehen nicht nur unter Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern, sie ziehen sich durch alle soziale Schichten.

Aber die Bereicherung, die Zuwanderung für die deutsche und darüber hinaus die europäische Aufnahmegesellschaft zweifellos bringt, ist bewusst zu machen und ist für beide Seiten zu nutzen. Soll es nicht zu schwerwiegenden oder gar unlösbaren Konflikten zwischen Zuwanderern und der Aufnahmegesellschaft kommen, so ist die Integration der dauerhaft Zugewanderten in die Gesellschaft des Aufnahmelandes nahezu zwingend. Eine Alternative dazu gibt es nicht.

Sollte sich Integration nicht oder nur unzureichend vollziehen, so hätte dies eine Zunahme sozialer Konflikte zur Folge, die sich ethnisch verfestigen würden. Deshalb muss es das Ziel der Politik sein, die fremden Zuwanderer in die deutsche und darüber hinaus die außereuropäischen Zuwanderer in die europäische Gesellschaft mit dem Ziel einzubeziehen, dass diese aktiv und verantwortungsbewusst an der Gestaltung des Aufnahmelandes teilhaben können und auch wollen. Nur so kann sich eine Identifikation der Immigranten mit der Aufnahmegesellschaft herstellen, können aus Zuwanderern nicht

nur „ausländische Mitbürger“ werden, sondern nur so können sie als gleichberechtigte Bürger mit allen staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten uneingeschränkt am gesellschaftlichen Leben teilhaben.

Die Integration der hier lebenden ausländischen Minderheiten wird immer notwendiger, da ein längerfristiger Ausschluss einer Minderheit in der Größenordnung von 8 Mill. die Gesellschaft belastet und die anstehenden Probleme noch vergrößern würde.

Literaturverzeichnis

Bade, K. J.(Hrsg.), 1994: Das Manifest der 60. München

Bade, K. J.; Bommes, M., 2000: Migration und politische Kultur im „Nicht-Einwanderungsland“. In: Migrationsbericht 2000. S. 163 – 204. Frankfurt, New York

Bade, K. J.; Münz, R. (Hrsg.), 2000: Migrationsbericht 2000. Frankfurt, New –York

Das Bundesministerium des Innern informiert. 18.10.2000. Berlin

Demographischer Wandel. Zweiter Zwischenbericht der Enquete-Kommission,1998. Bonn

Dorbritz, J., 1997: Der demographische Wandel in Ostdeutschland – Verlauf und Erklärungsansätze. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, H. 2-3. S. 239 – 268

Enzensberger, H.-M.,1994: Die große Wanderung.

Grünheid, E.; Roloff, J., 2000: Die Demographische Lage in Deutschland1999 mit dem Teil B "Die demographische Lage in den Bundesländern – ein Vergleich". In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, H. 1. S. 3 - 150

Kaufmann, F.-X., 1990: Zukunft der Familie. München

Höpflinger, F., 1997: Bevölkerungssoziologie. Weinheim, München

Höhn, Ch., 2000: Bestandserhaltungsmigration – Ist dies eine Lösung für schrumpfende Bevölkerungen? In: BiB-Mitteilungen, H. 2. S. 12 - 15

Leggewie, C., 2000: Integration und Segregation. In: Migrationsreport 2000. S. 86 - 107

Lederer, W.; Rau, R.; Rühl, S., 1999: Migrationsbericht 1999. Berlin

Opitz, P. J.,1996: Flucht, Vertreibung, Migration 1945 – 1955. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44-45. S. 3 – 16

Rau, J., 2000: Ohne Angst und Träumerei: Gemeinsam in Deutschland leben. In: Zts. f. Ausländerrecht und Ausländerpolitik, H. 4. S. 147-152

Statistisches Bundesamt, 2000: 9. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 1996: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. R. 1. Gebiet und Bevölkerung

Welt, Jochen, 2000: Die Aussiedlerpolitik der Bundesregierung: Zwischenbilanz und Ausblick. In: Integration und Integrationsförderung in der Einwanderungsgesellschaft. In: Neue Wege der Aussiedlerintegration. S. 11 – 25 (Friedrich-Ebert-Stiftung. Gesprächskreis Arbeit und Soziales; Nr. 94)

Weltbevölkerungsbericht 1998. S. 71 u. 72. Bonn

Wendt, H., 1991: Geburtenhäufigkeit in beiden deutschen Staaten – zwischen Konvergenz und Divergenz. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, H. 3. S. 251 - 280

Wendt, H., 1997: Zuwanderung und Asyl in Deutschland – vor dem Hintergrund demographischer Entwicklungen. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, H. 2/3. S. 319 - 346

Wendt, H., 1999: Ausgangspunkte, Problemstellungen und Aufgabenfelder des Arbeitskreises „Migration – Integration – Minderheiten“. In: Wendt, H. (Hrsg.) Zuwanderung nach Deutschland – Prozesse und Herausforderungen. S. 7 – 17. Wiesbaden

Wollenschläger, M., 1999: Die Empfehlungen des Rates für Migration. In: Zeitschrift für Ausländerrecht (ZAR), H. 6. S. 252 - 260

Barbara John

Das Berliner Konzept zur Ausländerintegration

Integrationspolitik in Berlin – Probleme und Aufgaben

Mit 434.000 Personen, die keinen deutschen Pass haben, leben in Berlin die meisten Ausländer im Vergleich zu anderen Ballungsgebieten in Deutschland. Mit ca. 170.000 Türken ist Berlin sogar die „größte türkische Stadt“ außerhalb der Türkei. Der Anteil an EU-Ausländern liegt dagegen lediglich bei 11 %; in anderen Städten sind es zwischen 20 und 30 %.

Sozialversicherungsbeschäftigt sind jedoch nur 81.000 und damit weniger als 1984 als Berlin-West 240.000 ausländische Bürger und 84.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte hatte. Selbst wenn berücksichtigt wird, dass es inzwischen mehr Selbstständige und mehr Studenten sowie mehr Personen gibt, die eingebürgert sind und damit ausländerstatistisch nicht mehr erfasst werden, so werden hier die aktuellen Herausforderungen sehr deutlich.

Es sind gerade deutsche Sprachkenntnisse und ein Arbeitsplatz, die die Tür in die neue Gesellschaft öffnen, die Kontakte und Kommunikation erleichtern. Berufliche Qualifikation und Bildung sind die Instrumente, die die soziale Integration erst ermöglichen oder doch zumindest erleichtern.

Obwohl diese Grundsätze in Berlin weithin beachtet worden sind, ist die Integrationsaufgabe noch längst nicht erfüllt. Im Gegenteil: 35 Jahre nach der Zuwanderung vieler großer Minderheitengruppen wird immer klarer, welche Integrationsaufgaben noch zu leisten sind.

Wenn die Arbeitslosigkeit drei Mal höher ist als bei der deutschen Wohnbevölkerung, wenn die Zahl der Schulabbrecher mehr als doppelt so hoch liegt wie bei der vergleichbaren deutschen Altersgruppe, wenn die Zahl der Sozialhilfeempfänger unter den Ausländern sich seit 1986 verfünffacht hat, dann muss die Politik darauf mit besseren Integrationsangeboten reagieren.

Die Ursachen liegen in einem Zusammenspiel von allgemeinen wirtschaftlichen Strukturveränderungen mit besonderer Wirkung auf die Städte – durch die Wiedervereinigung ist Berlin besonders betroffen. Die Sparhaushalte zwingen zu Einschränkungen von Förderprogrammen. Die Zuwanderung von Ausländern hält an: von Familienangehörigen, Flüchtlingen, unbegleiteten Jugendlichen. Alle haben nur eingeschränkte Zugangsmöglichkeit zum Arbeitsmarkt. Gleichzeitig gibt es Anzeichen für eine sich verstärkende Abwanderung von deutscher Wohnbevölkerung ins Umland.

Die wirtschaftliche und soziale Integration scheint für einen Teil der Zuwanderer zu stagnieren.
Die bestehenden Probleme der Integration verstärken sich also mit der räumlichen Konzentration der Zuwanderer, in Berlin insbesondere durch die Konzentration türkischer Zuwanderer in ausgewählten Stadtregionen.

In den 60er und 70er Jahren zogen diese Zuwanderer in Bezirke Berlins, die mit ihrer heruntergekommen Altbausubstanz für gut situierte Mieter wenig attraktiv waren. Dadurch, dass die „Gastarbeiter" diesen Wohnraum nutzten, entgingen die Häuser oftmals dem Abriss. Allmählich zog auch wieder Kleingewerbe in die Bezirke, wie türkische Änderungsschneidereien, Imbissstuben oder Reparaturbetriebe sowie türkische Lebensmittel- und Gemüsegeschäfte. Es entwickelte sich eine eigene „ethnische" Infrastruktur, die lange Jahre nur als Bereicherung galt, wo aber mehr und mehr spezifische Probleme zu Tage treten. Denn das dichte Netz türkischsprachiger Läden und Dienstleistungsbetriebe ermöglichte erst einmal im eigensprachlichen Wirtschafts-, und Sozialzusammenhang zu leben, ohne sich auf die Stadt selbst einlassen zu müssen. Man kommt ohne deutsche Sprachkenntnisse durchs Leben, kleine Arbeiten vermittelt die Familie in türkischen Betrieben oder Geschäften. Ein inzwischen dichtes Netz türkischer Medien – vom lokalen Fernsehen, einem ganztägigen türkischen Radioprogramm, zusätzlich zu verschiedenen türkischen Sendungen, bis hin zu türkischen Zeitungen – befriedigte das Informationsbedürfnis, ohne auf die deutschen Medien angewiesen zu sein. Die deutschen Medien tragen daran ihren Anteil, haben sie doch die Zuwanderer ohnehin nur in begrenztem Ausmaß als Klientel erkannt und spiegeln in der Regel nur einen Teil der kulturübergreifenden Wirklichkeit wider. Die Zuwanderer und ihre Nachkommen sind in den Sendungen noch viel zu wenig präsent, höchstens im Rahmen von Sendungen zu „Ausländerthemen" oder wenn es um Fremdenfeindlichkeit oder Diskriminierung geht. Dann werden nicht selten die alten Klischees vom „Leben zwischen zwei Welten" bemüht, mit denen sich die heutigen Großstädter ausländischer Herkunft schon lange nicht mehr identifizieren mögen. Kein Wunder, dass auch inzwischen das „ethnische" Kultur- und Unterhaltungsangebot mit eigenen türkischen Diskotheken, Konzerten, Theater und auch gehobener Gastronomie floriert.

Dies ist nicht Besorgnis erregend. Problematisch gestaltet sich die Entwicklung erst durch die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und dem Bildungssektor.
Die hohe Arbeitslosigkeit – noch dazu wenn sie sich auf einige Stadtteile konzentriert und sich verstetigt – führt zu einem Ausschluss dieser Stadtteilbevölkerung vom Arbeitsmarkt und zu ihrer Marginalisierung. Damit wird eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben der Stadt behindert.

In den Schulen der Innenstadtbezirke werden immer mehr Kinder eingeschult, die wenig oder kaum Deutsch sprechen. Das ist ein Grund, warum der Berliner Stadtteil Kreuzberg - lange Jahre Vorzeigebezirk in Sachen multikulturelles Zusammenleben - hat für viele Eltern inzwischen an Attraktivität verloren. Gerade Eltern, die durchaus die Internationalität ihres Bezirkes mit seinen vielfältigen Angeboten schätzen, haben plötzlich Angst, wenn ihre Kinder eingeschult werden. Inzwischen gibt es – und

da steht Kreuzberg keinesfalls allein – zahlreiche Grundschulen, in denen Kinder, die mit Deutsch als Muttersprache aufgewachsen sind, die absolute Ausnahme bilden. Eltern fürchten um die Qualität der Schulbildung ihrer Kinder und ziehen in andere Bezirke, in denen die Klassenstruktur ausgewogener ist. Immer mehr nichtdeutsche Eltern, die für ihr Kind eine gute Schulbildung wollen, machen das Gleiche. Auch sie ziehen weg.

In Berlin wird diese Entwicklung besonders augenfällig, weil sie erst nach dem Fall der Mauer richtig einsetzt, da diese die Abwanderung von Familien ins Umland verhindert hatte. Heute nutzen gerade Familien mit kleinen Kindern die Möglichkeit, im Umland von Berlin ein Haus zu mieten oder ein Eigenheim zu bauen. Diese Entwicklung gab es in anderen deutschen Städten bereits viel früher.
Zurück bleiben in solchen Stadtteilen mehr und mehr sozialschwache Familien. Und plötzlich spricht man von „Problemkiezen“, die „umzukippen“ drohen.

Wohlgemerkt, es geht nicht um ein allgemeines Scheitern der Integration, es geht um lokal oft eng umrissene soziale Brennpunkte. Eine Korrektur der Fehlentwicklungen, die die heutige Zuwanderung im Gegensatz zu der ehemaligen „Gastarbeiter“-Zuwanderung mit sich bringt, ist aber drängender denn je.

Integrationsmaßnahmen in Berlin

Berlin konnte seit mehr als einem Jahrzehnt in zentralen integrationspolitischen Fragen beispielgebend wirken. So wurde hier bereits 1981 die Stelle einer Ausländerbeauftragten geschaffen. Berlin war damit das erste Bundesland, das eine ressortübergreifende Einrichtung geschaffen hat, die Konzeptionen entwickelte, praktische Integrationspolitik anregte und Anlauf für die Minderheitengruppen wurde. Diese Einrichtung ist inzwischen eine sehr wirksame Vermittlungs- und Orientierungsinstanz und koordinierten alle Maßnahmen zur schulischen, beruflichen und sozialen Integration für Zuwanderer und vermitteln zwischen der Mehrheits- und Minderheitsbevölkerung. Das hat sich ausgezahlt: Berlin hält seit 15 Jahren die bundesweite Spitzenposition bei der Zahl der Einbürgerung. Während hier bisher durchschnittlich 6 % derjenigen im Jahr eingebürgert werden, die sich schon zehn Jahre und länger in Deutschland aufhalten, sind es in den übrigen Bundesländern nur ca. 1 bis 2 %. Mit dem neuen Gesetz zum Staatsangehörigkeitsrecht wird sich die Zahl der Einbürgerungen weiter erhöhen.

Eine Fülle von integrationspolitischen Maßnahmen soll die ausländischen Minderheiten – aber auch die deutsche Mehrheitsbevölkerung befähigen, Konflikte zu vermeiden und eine kulturübergreifende Verständigung zu praktizieren.
Entscheidend ist, dass in Städten und Kommunen mit einem hohen Zuwandereranteil Integrations- und Migrationspolitik als zentrale Aufgabe der Stadt angesehen werden.

Die neuen Stadtbewohner werden nur dann eine Integrationschance haben, wenn sie mit ihren besonderen Schwierigkeiten und Nöten ernst genommen werden. Das fängt bei einer Neuordnung der Erzieherausbildung an, erstreckt sich über alle Lebensbereiche bis hin zur Bestimmung eines Grabfeldes für muslimische Bestattung, um Beispiele aus dem Alltagsleben zu nennen. Integrationspolitik will erreichen, dass die ausländische Wohnbevölkerung als Teil der städtischen Bevölkerung respektiert wird.

Das Amt der Ausländerbeauftragten gibt monatlich eine Zeitschrift heraus, die sich „Berlin – International“ nennt. Alle Vereine und Organisationen können ihre Veranstaltungen dort anbieten und Öffentlichkeit darüber herstellen. Gerade in diesem Programm werden vor allem die kleineren Gruppen unterstützt, etwa die Zuwanderer aus Afghanistan, Eritrea oder die Aramäer aus der Türkei. Sie haben es schwerer als die größeren Gruppen, sich zu organisieren und zu treffen, um in der Gruppe dem Einzelnen Halt und Anerkennung zu geben. Trotz eingeschränkter Mittel werden wir diese Informationsschrift erhalten können.

Berlin hat zwei große Häuser, in denen sich die unterschiedlichen Kulturen begegnen können. Es gibt das „Haus der Kulturen der Welt“. Dort stellen sich in großen Ausstellungen, Musik- oder Theateraufführungen die großen Kulturen der Welt dar. Daneben gibt es auch die „Werkstatt der Kulturen“, eine Einrichtung, die von meiner Dienststelle finanziert wird. Wie es schon der Name ausdrückt, sollen hier die unterschiedlichen, in Berlin ansässigen Nationalitäten ein Forum haben, in dem sie gemeinsam neue Formen im Tanz, in der Musik, im Theaterspielen und bei anderen Aktivitäten finden und gestalten können.

Kulturelle Veranstaltungen aller Nationalitätengruppen werden mit jährlich 1,1 Mio. DM aus dem Budget des Kultursenators unterstützt. Das kann z.B. eine Rockfete gegen Ausländerfeindlichkeit, die Ausstellung eines bosnischen Malers im „Süd-Ost-Europa-Zentrum“, der Folklore-Wettbewerb sein, an dem alle Gruppen teilnehmen können.

Das Büro der Ausländerbeauftragten hat ein berlinweites Netz mit Projekten eingerichtet. Die Mitglieder der Vereine und ihre Sympathisanten werden zur Eigenaktivität ermuntert, es wird zu Mitverantwortung aufgerufen und natürlich wird die Interessenvertretung der einzelnen Minderheiten dort organisiert. Unsere Öffentlichkeitsarbeit ist anerkannt in Berlin und auch über Berlin hinaus. Das Ziel ist in erster Linie – neben der Informations- und Beratungsarbeit für die einzelnen Minderheiten – der Mehrheitsbevölkerung zu vermitteln, wie sehr unsere Gesellschaft schon immer durch

Zuwanderung geprägt wurde. Wir haben mit einem Budget von einer Million Mark angefangen, jetzt ist das Budget allerdings als Folge der allgemeinen Sparmaßnahmen auf 200.000 DM gekürzt.

Vor allem bereitet das teils schlechte Ausbildungsniveau junger Türken Probleme. Ein Drittel von ihnen verließ die Schule im letzten Jahr ohne Abschluss. Bei den Deutschen waren es 11 %.

Seit wenigen Jahren bieten wir Beschäftigen und Auszubildenden in der Wirtschaft und im Öffentlichen Dienst Trainings an.

In Berlin ist der Aufbau vieler Integrationsprojekte gelungen; mit Schwerpunkten für die berufliche Qualifizierung ausländischer Jugendlicher, für Beratung und für Kontakt- und Kommunikationsmöglichkeiten. Diese Projekte ergänzen und erleichtern den Zugang zu den Regeleinrichtungen. So können die Migrantenorganisationen Aktivität entfalten, Mitverantwortung übernehmen und gleichzeitig die Interessenvertretung der Zuwanderergruppen ausüben.

Die Anforderungen an die Beratungs- und Hilfsprojekte werden heute vielfältiger, auch in dem Maße, wie sich die soziale Struktur der Zuwanderer immer mehr auffächert. Ein Beispiel ist das Projekt „Kumulus“. Hier arbeitet der Projektträger, der inzwischen auch ein anerkannter Arbeitsvermittler ist, mit den Minderheitenorganisationen und auch mit den Betrieben zusammen, so dass bei Schwierigkeiten etwa in der Berufsschule oder mit Eltern sofort der Projektträger sich darum kümmern kann, dass das Arbeitsverhältnis nicht abgebrochen wird. Das Projekt Kumulus wird von der EU unterstützt. Es ist eine Tätigkeit, die das Amt gerne ausweiten würde, sie wird mit 300.000 Mark insgesamt gefördert.

Es hat sich in Berlin eine Unternehmerschaft unter den ethnischen Minderheiten gebildet, die sich ihren Platz in verschiedenen Wirtschaftsbereichen sichern konnte. Inzwischen ist dieses Potenzial auch von den politisch Verantwortlichen erkannt. Der jetzige Wirtschaftssenator schätzte vor kurzem bei einem Besuch der "Türkisch-Deutschen Unternehmervereinigung" TDU, dass sich bis zum Jahr 2010 die Zahl der türkischen Unternehmen in Berlin verdoppeln wird. Zurzeit beschäftigten die etwa 5.000 Unternehmen in Berlin rund 20.000 Mitarbeiter in 90 Branchen. Dazu zählen Großbäckereien, Fleischereien, Lebensmitteleinzelhandelsgeschäfte, Handwerks- und Reparaturbetriebe, Reisebüros, aber auch Banken, Fernsehsender, Konzertveranstalter, um nur einige Bereiche zu nennen. Verstärkt dringen diese türkischstämmigen Existenzgründer in den Dienstleistungsbereich vor. Der klassische Dönerimbiss, geführt von einer Familie, ist rückläufig. Hier erweitern Großketten ihren Marktanteil. Derzeit sind nur noch 30 % der türkischen Firmen Berlins in der Gastronomie zu finden, 37 % im Handel und 18 % im Dienstleistungsbereich.

Es geht nicht nur um Kleinbetriebe. Immer wieder gelingt es Selbstständigen, ihre kleinen Unternehmen in mittlere Betriebe auszubauen, zum Teil mit mehr als hundert Beschäftigten. Daneben ist eine Diversifizierung von erfolgreichen Unternehmen in neue Branchen zu beobachten. In diesem ökonomisch vitalen und flexiblen Wirtschaftssektor steckt ein erhebliches Potenzial für Investitionen und Arbeitsmarkt.

Inzwischen haben sich auch Verbände gebildet, in denen sich Unternehmen ähnlicher Interessenlage zusammengeschlossen haben, wie z.B. die eben genannte Türkisch-Deutsche Unternehmervereinigung

Berlin-Brandenburg (TDU), die Türkische Bäckervereinigung, der Verband MÜSIAD – Unabhängige Industrielle und Unternehmer. Sie alle leisten Beratungsarbeit für Existenzgründer und bestehende Unternehmen und mit ihnen hat der Senat auch Ansprechpartner, um auf Probleme aufmerksam zu machen und Lösungsvorschläge zu erarbeiten, beispielsweise auf dem Gebiet der Ausbildung.

Kulturelle Vielfalt und Teilhabe am politischen Leben

Die kulturelle Vielfalt und Verschiedenheit findet ihren sichtbaren Ausdruck auch in neuen Institutionen.
Seit Herbst 1994 gibt es im lokalen Berliner Radio SFB (Sender Freies Berlin), die „MultiKulti-Welle". Sie wird mit öffentlichen Mitteln finanziert. Dieser Sender strahlt Programme in 17 Sprachen aus, von Albanisch bis Vietnamesisch. Das ist längst nicht alles an muttersprachlichen Sendungen. Seit 1995 gibt es den „Offenen Kanal" in Berlin. Dieser ist eine Einrichtung der Medienanstalt Berlinbrandenburg. Er wird durch Rundfunkgebühren finanziert. Der Jahresetat des „Offenen Kanals" beträgt 2 Mio. DM. 15 Mitarbeiterinnen sind für Beratung, Betreuung und Schulung der Nutzer zuständig. Der „Offene Kanal" wird besonders von den verschiedenen ethnischen Minderheiten in Berlin genutzt. Im Radio gehen 10 % der Sendezeit an 10 Nationen, im Fernsehkanal werden 50 % der Sendezeit von Nutzern aus 30 Nationen bestritten. Hier kommen also all diejenigen zu Wort, die in größeren Medien keine Stimme haben. Im „Offenen Kanal" sind allein sechs verschiedene türkische Gruppen aktiv. Der „Offene Kanal" ist zu dem Medium geworden, in dem unterrepräsentierte Gruppen einen großen Zuschauerkreis erreichen können.

Mit ca. 14 Mio. DM unterstützt der Berliner Senat nichtdeutsche Vereine und Selbsthilfegruppen. Allein 15 Projekte werden für ausländische Frauen finanziert. In den Projekten, die sich in allen Berliner Bezirken befinden, werden Sprachkurse angeboten, es gibt Rechts- und Gesundheitsberatung. Die Projekte dienen auch als Freizeitstätten und haben Treffpunktcharakter.

Die Gemengelage der Großstadt eröffnet aber vor allem auch Freiräume, schafft Berührungspunkte und Reibungsflächen, die ungeheuer produktiv sind.
Schlichte Zuordnungsmuster stimmen hier schon lange nicht mehr. Nehmen wir einmal wieder die türkische Bevölkerung Berlins. Ähnlich wie in anderen europäischen Großstädten hat sich auch in Berlin unter der größten Zuwanderergruppe eine vielfältige Kultur entwickelt, die mittlerweile auch wieder auf die alte Heimat der einstigen Zuwanderer zurückstrahlt.

Die inzwischen 3. Generation der türkischen Berliner lässt sich überhaupt nicht mehr auf die Identität ihrer Großeltern reduzieren. Zu vielfältig sind die Lebensentwürfe, denen natürlich auch die Zuwanderer folgen. Kein Wunder, dass junge türkische Berliner heute nur noch über die Vorstellungen lachen können, die immer noch über die Befindlichkeiten und Identitäten in den Medien verbreitet werden.

Weder das Klischee von den armen Immigranten, die stets Opfer von Diskriminierung und Kränkung sind, noch das Bild von den gewalttätigen türkischen Jugendbanden oder den religiösen Fundamentalisten ist in der Praxis zutreffend. All diese Vertreter gibt es, aber sie sind nicht repräsentativ.

So wenig wie es etwa „die Deutschen" gibt, so wenig ist das Bild von „den Türken" zutreffend. Neben den traditionellen Familienvätern mit ihrer patriarchalischen Vorstellungswelt gibt es heute selbstverständliche eine gebildete Intellektuellenschicht, es gibt dynamische Jungunternehmer, es gibt die Jugendlichen, die sich an den Popidolen von VIVA und MTV orientieren. Und es gibt jede Menge Querverbindungen und Beziehungen, die ständig etwas neues entstehen lassen. Im viel geschmähten Berliner „Problemkiez" von Neukölln ist seit über fünf Jahren die Werkstatt der Kulturen, die von der Ausländerbeauftragten ins Leben gerufen wurde und gefördert wird, eine stark frequentierte Anlaufstelle, wo sich die unterschiedlichen Kulturen gegenseitig inspirieren. Sichtbar wird das seit einigen Jahren auf dem Karneval der Kulturen, der inzwischen zu einem Berliner Großereignis geworden ist, wo über Pfingsten Zehntausende von Besuchern und Akteuren die kulturelle Vielfalt der Stadt feiern.

Vielfalt ist ein wertvoller Schatz, den es zu schützen und zu verteidigen und auszubauen gilt. Das ist die wichtigste Konsequenz aus den Erfahrungen einer auch von Zuwanderung geprägten Gesellschaft. Soll das friedliche und verträgliche Zusammenleben gelingen, ist es unbedingt erforderlich, diese Vielfalt mit allen ihren Unterschieden als etwas Positives zu vermitteln.

Erst wenn versucht wird, andere wegen ihrer Kultur, Religion oder Nationalität auszugrenzen, zu benachteiligen oder zu diskriminieren, ist der soziale Frieden in Gefahr. Wohlgemerkt – Vielfalt bejahen heißt nicht, alles kritiklos zu tolerieren. Keine Toleranz kann es mit Menschenrechtsverletzungen geben, mit religiös begründeter Gewalt oder Diskriminierung beispielsweise von Frauen. Gewalt und Fremdenhass muss genauso geahndet werden, egal ob er von jugendlichen Skinheads ausgeht oder von arabisch- oder türkischstämmigen Banden, die versuchen ganze Straßenzüge zu kontrollieren.

Ansonsten ist Vielfalt nichts, was einem Angst machen müsste. Die Konsequenz des Zusammenlebens Menschen unterschiedlicher Herkunft ist keineswegs ein multikultureller Einheitsbrei, im Gegenteil, Vielfalt wird in Zukunft eher zu nehmen. Genauso wenig, wie sich die jungen Deutschen über einen Kamm scheren lassen, genauso wenig gilt das für die Zuwanderer.

Es geht aber nicht nur darum, dass die Minderheiten bessere Eingliederungschancen erfahren. Die Eingliederung kann nur gelingen, wenn die Mehrheit die neu gewachsene kulturübergreifende gesellschaftliche Wirklichkeit akzeptiert und respektiert, dass Menschen andere Sichtweisen haben, dass sie kulturelles Gepäck bei sich haben, aus dem sie lange, über Jahrzehnte, gar über Generationen leben, sei es nun die Religion oder andere kulturelle Traditionen. Seit einigen Jahren versuchen wir, diese Erkenntnisse zu vermitteln, z.B. bei der Polizei in der Ausbildung für den öffentlichen Dienst, in Wirtschaftsbetrieben werden Trainingskurse, wie man mit Konflikten umgeht, wie man aber auch einfach

erfahren kann, mit Menschen aus anderen Kulturen besser zusammenzuleben, durchgeführt. Ich könnte noch eine Reihe von Beispielen nennen, mit denen wir versuchen das abzumelden, was durch Zuwanderung auch immer wieder entsteht: Konflikte und Spannungen.

Aber die Tatsache, dass kulturelles Miteinander oder auch Nebeneinander im Großen und Ganzen funktionieren, ist kein Garant für eine erfolgreiche gesellschaftliche Teilhabe der Minderheiten. Die Impulse, die aufgezeigt wurden, schaffen nicht unmittelbar Arbeitsplätze, sie können aber verhindern, dass durch Diskriminierung und Benachteiligung weitere Arbeitsplätze für Zuwanderer nicht in Frage kommen.

Die genannten Integrationsmaßnahmen ermöglichen ein kulturelles Miteinander, sie erleichtern aber auch einen Einstieg in den Arbeitsmarkt. Denn erst über die Einbeziehung in den Arbeitsmarkt wird die soziale Integration in die Gesellschaft auf Dauer möglich und verfestigt.

In vielen der 23 Berliner Bezirke existieren Ausländerbeiräte, in denen Vertreter von ausländischen Vereinen zusammenarbeiten und an die lokale Bezirksregierung Empfehlungen aussprechen.
Nichtdeutsche Vereine haben das Recht, angehört zu werden zu allen politischen Initiativen der Landesregierung in Fragen mit besonderer Bedeutung für die ausländische Wohnbevölkerung.

Die Städte in Europa werden nur erfolgreich sein, wenn wir systematischer die potenziellen Stärken der Zuwanderer verstehen und nutzen. Und eine der potenziellen Stärken ist die demografische Komponente: Bei den Zuwanderern handelt es sich um eine junge, strebsame Bevölkerung, sehr viel jünger als die deutsche Bevölkerung, sie ist aufstiegsorientiert, sie ist auch orientiert auf Unternehmertum. Bei allen Umfragen, die wir bei türkischen Jugendlichen gemacht haben, ist als Hauptberufswunsch immer die Selbstständigkeit genannt worden. 60 % der türkischen Jugendlichen geben als Berufsziel Selbstständigkeit an, bei den Deutschen sind das nur 20 %. Das müssen wir stärker nutzen. Gleichzeitig müssen wir lernen, die Folgen von Segregation in den Innenstädten besser abzumildern.

Ich bin überzeugt davon, dass wir der Rolle Berlins, Integrationswerkstatt der Nation zu sein, nur gerecht werden kann, wenn Berlin für die Zuwanderer die Bildungs- und Ausbildungswerkstatt wird, die es jetzt noch nicht ist.

Hartmut Häußermann

Stadtentwicklung und Zuwanderung - Wandel des Integrationsmodus?

Am Ende des 20. Jahrhunderts stehen wir möglicherweise an einem Wendepunkt in der Entwicklung der europäischen Stadt, und jene Integrationsleistung, die die Städte vor und während der Industrialisierung erbracht haben, steht auf dem Spiel. Dies steht deshalb zu befürchten, weil sich einige Parameter der Großstadtentwicklung grundlegend verändert haben und aus ihrem Zusammenwirken sich daher auch andere Effekte ergeben.

Fast das ganze 20. Jahrhundert über war die Stadtentwicklung geprägt
- von einem Wachstum der Bevölkerung,
- von einem Wachstum der Arbeitsplätze
- und von starken planerischen und sozialstaatlichen Interventionen in das räumliche und soziale Gefüge der Stadt.

Im Zusammenwirken von ökonomischem Wachstum und stadtpolitischer Regulierung haben sich die Städte im Zuge der Landflucht am Beginn des Jahrhunderts und im Zuge der großen Bevölkerungsbewegungen am Ende des Zweiten Weltkriegs als Integrationsmaschinen erwiesen:
Unglaubliche Mengen von Zuwanderern sind in die Stadtgesellschaft integriert worden. Die Klassenspaltung des 19. Jahrhunderts ist überwunden worden, die Lebens- und Wohnbedingungen für alle Städter haben sich im Laufe dieses Jahrhunderts erstaunlich verbessert. Bewohner einer Stadt zu sein, hieß bis in die 70er Jahre hinein für alle, teilzuhaben an einem Prozess des sozialen Aufstiegs und an der Zivilisierung und Verfeinerung des Lebens. Aus den Unterschichten sind Stadtbürger geworden, die Flüchtlinge und Vertriebenen aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg sind vollkommen integriert und ihre Fremdheit ist nur noch als folkloristischer Erinnerungsverband lebendig. Im Vergleich zur Stadt des 19. Jahrhunderts - und im Vergleich zur Stadtentwicklung in den USA - haben sich unter sozialstaatlichen Bedingungen in der Bundesrepublik relativ homogene Stadtgesellschaften entwickelt: Tiefgreifende Spaltungen und Fragmentierungen konnten, wenn nicht überwunden, dann doch so weit abgemildert werden, dass alle damit einigermaßen gut leben konnten.

Dies scheint sich nun, an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, zu ändern. Die soziale Formation der europäischen Stadt steht auf dem Spiel, und es droht tatsächlich die Rückkehr des 19. Jahrhunderts - zwar in anderer Form und aus anderen Gründen, aber es gibt doch starke Tendenzen zu einer neuen sozialräumlichen Fragmentierung der Städte. Und das Bedenklichste ist: die sozialräumliche Struktur der Städte könnte selbst zu einer Ursache für soziale Ausgrenzung werden.

Gesellschaften sind heute mehr denn je von globalen Tendenzen, von globalem Wettbewerb geprägt. Ebenso wie die Gesellschaft insgesamt in Deutschland befinden sich die Städte in einer Phase des Übergangs. Dieser Übergang wird geprägt:

- vom Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft, d.h. Abbau von Arbeitsplätzen mit Fertigungstätigkeiten, dagegen Wachstum von Dienstleistungstätigkeiten;
- von der wachsenden internationalen Konkurrenz, die zu einem Druck auf die Produktions- und damit die Lohnkosten führt sowie zu abnehmenden Möglichkeiten nationalstaatlicher Steuerung im Sinne einer keynesianischen Wirtschafts- und Strukturpolitik;
- vom demographischen Wandel in Deutschland, d.h. von einem wachsenden Anteil von Nicht-Deutschen bei der Bevölkerung.

Dieser gesamtgesellschaftliche und ökonomische Strukturwandel verändert die Rahmenbedingungen der Stadtentwicklung. Aber welche sozialen Formationen sich daraus in den Städten ergeben, liegt nicht automatisch fest. Die sozialräumliche Struktur der Stadt, insbesondere das System der Wohnungsversorgung produziert selbst soziale Strukturen. Wie Wohnstandorte festgelegt werden, wer wo, wie und zu welchem Preis eine Wohnung findet, entscheidet mit darüber, welche konkrete Form soziale Unterschiede annehmen. Die Stadtstruktur spiegelt soziale Strukturen nicht nur wider, sie produziert auch soziale Strukturen.

Durch das Zusammenwirken von drei Prozessen:

- demographische Entwicklung
- Arbeitsmarktentwicklung und
- Produktion und Verteilung von Wohnungen

werden sich neue sozialräumliche Strukturen in den Städten ergeben. Da sich die politische Steuerung aus diesen Prozessen durch Liberalisierung und Deregulierung immer stärker zurückzieht, so meine These, geht die ‚europäische Stadt' einer Krise entgegen und möglicherweise gewinnen neue bzw. ‚vormoderne' Formen urbaner Integration eine größere Bedeutung.

1. Arbeitsmarkt

Die Beschäftigungsstruktur der Großstädte ist gekennzeichnet durch den Verlust von Massenarbeitsplätzen in der Industrie; die unqualifizierte Industriearbeit verschwindet im Prozess der Deindustrialisierung der Großstädte. Aufgrund der Transport- und Kommunikationstechnologie, die zusammen mit den Arbeitskosten die Standortbedingungen für die Produktion verändert haben, verlieren die Städte insgesamt an Gewicht als Standorte der Erwerbstätigkeit. Schließlich führt die Tertiarisierung sowohl der Produktion wie der Beschäftigung insgesamt zu einer dualen Qualifikationsstruktur, die sich

zukünftig noch verstärken wird. Im wachsenden Dienstleistungsbereich nimmt einerseits die Zahl der hochqualifizierten Tätigkeiten in den unternehmensorientierten Dienstleistungen wie EDV, Werbung und Marketing, Forschung und Entwicklung, Informations- und Kommunikationsdienste sowie in der Unterhaltungsindustrie zu, wie andererseits die Tätigkeiten, für die nur niedrige Qualifikationen verlangt werden und die deshalb auch sehr niedrig bezahlt werden (Bewachungs- und Reinigungsdienste, Transport, Hotel und Gastronomie, Gesundheits- und Soziale Dienste).

Dies bedeutet, dass - wenn es ein Wachstum der Beschäftigung in der Großstadt gibt - sich dieses polar vollzieht (vgl. Häußermann/Siebel 1995). Andererseits wächst die Lücke zwischen Nachfrage nach Arbeitsplätzen und dem Angebot an Arbeitsplätzen, d.h. dass die Arbeitslosigkeit wächst.

Die Arbeitslosigkeit ist nur eine Ursache für wachsende Unterschiede in der materiellen Situation von privaten Haushalten. Aber auch in der Erwerbstätigkeit selbst nehmen die Differenzen bei der Höhe des Einkommens zu. Dies hat einerseits mit der Flexibilisierung von Beschäftigungsverhältnissen zu tun, die sich u.a. in der rasch wachsenden Zahl von Arbeitsverträgen ausdrückt, die unterhalb der Sozialversicherungsgrenze liegen (sog. Billigjobs), andererseits aber auch mit dem Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft. Denn wenn die Arbeitskräfte, die aufgrund von Produktivitätssteigerungen und Rationalisierungen in der Produktion materieller Güter nicht mehr benötigt werden, mit Dienstleistungstätigkeiten beschäftigt werden sollen, dann müssen die Erwerbsmöglichkeiten in den personen- bzw. haushaltsorientierten Dienstleistungen erheblich ausgeweitet werden, und dies ist nur auf der Grundlage einer sehr viel stärkeren Einkommensspreizung möglich. Die Dienstleistungsökonomie ist durch eine stärkere Ungleichheit der Einkommen gekennzeichnet als es die Industriebeschäftigung in den mittleren Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts (in der ‚fordistischen' Phase) war, und der entsprechende Wandel ist auch in Deutschland bereits in vollem Gang. In den 20 Jahren zwischen 1975 und 1995 gab es in Westdeutschland ein enormes Reichtumswachstum, aber parallel zum Anstieg dieses Reichtums hat die Zahl der Personen, die ohne staatliche Hilfe nicht ihr Auskommen fristen können, dramatisch zugenommen. Die polarisierende Entwicklung, die seit den 80er Jahren deutlich geworden ist, setzte sich in den 90er Jahren fort; eine eindrucksvolle Umverteilung von unten nach oben fand statt. Die Gewinner dieses Prozesses sind Unternehmen, Bezieher von Vermögenseinkommen und Selbständigenhaushalte.

In der Folge von Arbeitslosigkeit und Niedrigeinkommen entstehen für die Städte die bekannten Folgen: die Einkommen- und Gewerbeeinnahmen der Städte sinken, während die Sozialausgaben steigen. Diese Entwicklung verengt den Handlungsspielraum der Städte enorm. Selbst wenn die Stadtverwaltungen an die sozial integrativen Konzepte der früheren Stadtentwicklungsplanung anknüpfen wollten, hätten sie aufgrund der Entwicklung der kommunalen Finanzen erhebliche Schwierigkeiten, dies zu finanzieren. So wie die Stadtentwicklungspolitik zur Kooperation mit privaten Investoren

gezwungen ist, steigt auch in gleichem Maße die Bedeutung von Rentabilitätskriterien in der städtischen Politik.

2. Wohnungsversorgung

Die Wohnungspolitik in der Bundesrepublik ist seit den 70er Jahren durch die klare Tendenz dominiert, die Wohnungsversorgung stärker den Marktmechanismen zu überlassen (vgl. Häußermann/ Siebel 1996). Das Zielmodell der Wohnungsversorgung lautet: Versorgung über den Markt, Ausgleich sozialer Probleme bzw. Kompensation von Defiziten bei der Marktteilnahme durch das Wohngeld. Dagegen gibt es inzwischen keine nennenswerte Opposition mehr, und Ende 1996 ist der soziale Mietwohnungsbau ex officio vom Bundesbauminister für beendet erklärt worden.

Auf dem Wohnungsmarkt verringert sich das Angebot an billigen Wohnungen, die schon immer die Wohnmöglichkeiten für die Bewohner mit dem geringsten Einkommen gebildet haben. Durch Abbruch, Zusammenlegung und Modernisierung von Wohnungen wird dieses Segment beständig verringert.

Insgesamt gibt es also eine klare Tendenz: Verringerung von ‚marktfernen Beständen', die nach Kriterien des Bedarfs - und eben nicht nach sozial-ökonomischem Status - zugeteilt werden könnten. Die Abnahme dieser Bestände hat eine räumliche Konzentration von Wohnungen mit Belegungsrechten in den am ungünstigsten gelegenen Gebieten zur Folge, weil die jüngsten Jahrgänge des sozialen Wohnungsbaus, deren Bindungen noch am längsten in die Zukunft reichen, in den Randlagen errichtet wurden. Dies wird in den neuen Bundesländern kaum anders sein als in den alten, denn die Plattenbaugebiete, in denen die Kommunen noch am längsten Belegungsrechte behalten, liegen am Rande der Städte.

Alles deutet also auf eine stärkere soziale Segregation in den Städten hin - bei gleichzeitiger Verringerung von Chancen auf dem Arbeitsmarkt, und bei gleichzeitiger Verringerung der finanziellen Mittel für die lokale Sozialpolitik und für die staatlichen Transfers. Die Politik der räumlichen Diffusion von Zuwanderern, die keine Rücksicht auf die endogenen Potentiale einer ethnischen Community nimmt, ist legitimiert durch das Ziel, dass in einer modernen Gesellschaft die Individuen nicht mehr auf die informellen Netze der Verwandtschaft oder der Nachbarschaft angewiesen seien. Vielmehr erfolge die Sicherung der Existenz über das Erwerbssystem und die Systeme der sozialen Sicherung - die Überwindung der Abhängigkeit von den ‚vormodernen' Sozialorganisationen war ein entschiedener Zug der emanzipatorischen Qualität des Modernisierungsprozesses. In der fordistischen Gesellschaft wurden die Lebensformen und -stile entsprechend geformt und standardisiert.

Der Integrationsmodus, der auf die Erwerbsarbeit zentriert ist, und um die herum auch die sozialstaatlichen Sicherungssysteme konstruiert worden sind, befindet sich jedoch ökonomisch, politisch und kulturell in einer tiefen Krise.

3. Konzentration oder Diffusion?

Im folgenden soll daher daran erinnert werden, dass der auf das Erwerbssystem zentrierte und staatsfixierte Integrationsmodus, wie er für die europäischen Städte (außer den südeuropäischen) typisch war, immer nur *eine* Möglichkeit darstellte - immer gab es auch den anderen, der stärker auf eine Binnenintegration gestützt war und die Integration in die Systeme von Erwerbsarbeit und Sozialstaat ergänzte oder sogar ersetzte: die Sozialintegration in ‚von unten' entstandenen bzw. mitgebrachten sozialen Netzen.

Im Rahmen der deutschen Politik gegenüber Migranten und in der Stadtentwicklungspolitik wird traditionell ausschließlich auf eine Systemintegration gesetzt. Dies wird augenfällig am Beispiel der Politik, die gegenüber der räumlichen Konzentration von Ausländern betrieben wird. Wenn der Ausländeranteil in einem Gebiet eine bestimmte Höhe überschreitet, heulen in den Stadtverwaltungen die Alarmsirenen. Ausländerkonzentration fürchten die Behörden wie der Teufel das Weihwasser - vor allem aus zwei Gründen:

- zum einen aus dem angeblichen Interesse der Zuwanderer selbst; das Zusammenleben mit anderen Einwanderern erschwere die Integration, weil so geringere Anreize zum Erlernen der fremden Sprache und der sonstigen Kulturtechniken des Gastlandes bestünden;
- zum anderen aus Gründen der ‚Sozialverträglichkeit', die die einheimischen Bewohner aufzubringen in der Lage sind. Wenn die Ausländer weniger konzentriert sind, sind sie weniger sichtbar und bilden daher weniger Anstöße für fremdenfeindliche Projektionen oder Reaktionen. Wenn die vom einheimischen Gemüt bestimmte Zumutbarkeitsgrenze überschritten ist, sollten keine weiteren Ausländer in ein Haus, in ein Quartier oder in einen Bezirk ziehen dürfen - so die wahrscheinlich sogar gut gemeinte Richtlinie ausländerpolitischer Sozialtechniker. Ein Beispiel dafür ist die ‚Zuzugssperre' für Ausländer, die es von 1976 bis 1989 in 3 Westberliner Bezirken gegeben hat. 1989 ist sie wieder abgeschafft worden, weil zu dieser Zeit die Beschränkung der Mobilität allgemein aus der Mode kam - wirksam war sie ohnehin nicht, weil derartige Mobilitätsbeschränkungen schwer kontrollierbar sind. Das Grundrecht auf freie Wohnortwahl steht den Zuwanderern aus dem Ausland grundsätzlich nicht zu, denn die Garantien der deutschen Verfassung gelten für sie nur sehr eingeschränkt.

Das gut Gemeinte an dieser Strategie ist, dass keine Gettos der Benachteiligung entstehen sollen - der Irrtum daran ist, dass die Benachteiligung geringer sei, wenn sie nicht so gut sichtbar ist. Der Versuch der Vermeidung von Ausländerkonzentration geht außerdem davon aus, dass die Integration in Ökonomie und Kultur des aufnehmenden Landes besser gelinge, wenn eine individuelle Integration angestrebt wird, wenn also die Individuen sich möglichst rasch aus ihrer mitgebrachten Kultur lösen und sich anpassen oder assimilieren. Das dürfte ein zweifacher Irrtum sein: Zum einen vollzieht sich die Integration in den Arbeitsmarkt, wie man aus der Erfahrung von Einwanderungsländern weiß, über kollektive Prozesse. Bestimmte Segmente des Arbeitsmarktes stehen Zuwanderern eher offen als andere, und über diese finden sie Zugang zum Arbeitsmarkt, weil ihnen Informationen von den Angehörigen ihrer ethnischen Gruppe vermittelt werden. Die Einbindung in die sozialen Netze der ethnischen Community ist also eine wichtige Voraussetzung für die Individuen beim Zugang zu den sozialen Institutionen. Zum anderen zeigt die Forschung über die Biographien von Zuwanderern, dass auch in den Ländern, wo die Einwanderung bewusst gefördert und entsprechende Eingliederungshilfen - wie in Kanada - organisiert werden, die meisten Einwanderer frühestens nach 10 Jahren einen sozio-ökonomischen Status erreichen, der dem Durchschnitt der einheimischen Bevölkerung gleich kommt. Die Politik der Desegregation ist also letztlich nur mit den fremdenfeindlichen Empfindlichkeiten der Deutschen zu begründen; für die Zuwanderer selbst ist sie kaum hilfreich.

4. Orte der Fremdheit: Selbsthilfe und eine andere Ökonomie

Damit ist das Dilemma perfekt: Die Städte sind auf Zuwanderung angewiesen. Die Zuwanderer sollen aber die real existierende Gemütlichkeit nicht stören, deshalb sollen sie keine sichtbaren Konzentrationen bilden. Der Versuch wird zumindest unternommen, die Bildung von ethnischen Gemeinschaften zu unterbinden. Ethnische Gemeinschaften wären aber eher in der Lage, mittellose Zuwanderer aufzufangen und auf ihrem Weg zu einer gesicherten Existenz in der Stadt zu begleiten, wenn sie eine entsprechende Infrastruktur ausbilden und öffentliche Zuschüsse dafür effektiv und autonom verwenden könnten. Dann würden sich solche Viertel und Kolonien herausbilden, wie wir sie aus Einwanderungsstädten kennen, die eine eigene Ökonomie, ein eigenes Sozialsystem und eine eigene Kultur entwickeln. Dies wären Orte der Fremdheit für uns, aber Orte der Eingewöhnung und des Übergangs für die Fremden. Solche Orte hätten ihre eigenen Regeln (nicht nur bei den Ladenöffnungszeiten) und ihre eigenen Normen, sie würden sich aber, wenn sie ökonomisch erfolgreich sein wollten, gegenüber der Stadt öffnen und diese bereichern. Dies sind Potentiale einer metropolitanen Stadt.

Dafür, dies nicht zu wollen, gibt es jenseits der Überfremdungsangst viele Gründe: die strenge Beachtung von sozialen Gleichheitsgrundsätzen, die Risiken einer Verletzung von Normen einer

ethnisch und kulturell homogen gedachten Stadt, die Furcht vor sich verfestigender Marginalisierung, die Gefahr wechselseitiger Einbunkerungsmentalitäten usw., usw. Zwischen den Modellen einer ethnisch fragmentierten Stadt, wie wir sie aus den USA kennen, und einer ökonomisch wie kulturell homogenen Stadt, die das illusionäre Leitbild der Stadtentwicklungspolitik in der Bundesrepublik darstellt, gibt es zahlreiche Stufen und Schattierungen, deren integrationsfördernde bzw. diskriminierenden Wirkungen in einem Prozess zu ermitteln wären, der von der Selbstbestimmung der Zuwanderer und den Integrationszielen der Stadtpolitik geprägt sein müsste. Die Verhinderung von Segregation ‚an sich' ist kein sinnvolles Ziel, vielmehr müssten die Qualitäten von sozialräumlichen Konzentrationen genauer daraufhin analysiert werden, ob sie eher auf externer Distanzierung und damit Exklusion oder eher auf innerer Kohäsion und damit inklusiven Netzwerken beruht. Die Bildung von diskriminierenden Gettos, die zu dauerhafter Marginalisierung führen, hat zwei Voraussetzungen: Einerseits die externe Distanzierung, d.h. "Vorurteile und Diskriminierung auf den verschiedenen 'Märkten' der Konkurrenz um knappe Güter", andererseits 'interne' Bedingungen wie gemeinsame Problemlagen, kulturelle (z.B. religiöse) und nationale Homogenität.

Die Politik der Desegregation kann sich auf eine stadtsoziologische Theorie berufen, mit der um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert die emanzipatorischen Potentiale der städtischen Vergesellschaftung paradigmatisch formuliert worden sind: Georg Simmel hat in seinem Essay 'Die Großstädte und das Geistesleben' die materiellen und kulturellen Voraussetzungen und Folgen der spezifisch städtischen Kultur skizziert und die zivilisatorischen Qualitäten von Urbanität benannt, die durchaus die Leitlinien einer Stadtpolitik bilden könnten, die die Integration des Fremden zum Ziel hat. Eine ganz andere Vorstellung von Integration in der multikulturellen Stadt hat Robert Park, einer der Begründer der Chicago-Schule der amerikanischen Stadtsoziologie, entwickelt. Die beiden Konzepte sollen zunächst skizziert werden, um anschließend danach zu fragen, welches der zukünftigen Entwicklung in unseren Städten angemessener ist.

5. Die Integration des Fremden: zwei theoretische Ansätze[1]

Die spezifische Vergesellschaftungsform der Stadt war seit dem Mittelalter der Markt. Die Integration über den Markt wurde zum Modell der liberalen bürgerlichen Gesellschaft. Wer am Markt teilnehmen will und die Regeln dafür anerkennt, wird akzeptiert, ohne dass er als Person gemocht oder geliebt werden muss. Dies ist die zivilisatorische Leistung der Stadtkultur: Dass persönliche Merkmale und Überzeugungen ihrer Bewohner nicht Grundlage für einen Ausschluss wurden; auf der Basis einer funktionalen Verflechtung über Marktprozesse waren soziale Kontrolle, die Normierung menschlichen

[1] Im folgenden Abschnitt werden in überarbeiteter Form Passagen übernommen aus Häußermann 1995

Verhaltens und die Einbindung in moralische Verbände nicht notwendig. Diese Stadtkultur ist der Ursprung der Individualisierung, eine spezifische Freiheit von sozialen Zwängen - und darauf beruht die kulturelle und ökonomische Produktivität der Stadt. Georg Simmel hat dies zur Definitionsgrundlage einer städtischen 'Geisteshaltung' gemacht.

5.1 Individualisierung

Simmel thematisiert den intellektualistischen Charakter des Städters als eine Reaktion auf die „Steigerung des Nervenlebens“, die „aus dem raschen und ununterbrochenen Wandel äußerer und innerer Eindrücke hervorgeht“ (S. 228). Simmel meint, dass der Großstädter von den „Diskrepanzen seines äußeren Milieus“ bedroht werde. Der intellektualistische Charakter ist daher ein „Schutzorgan gegen die Entwurzelung“ vom gewohnten Milieu. Das heterogene, sich rasch wandelnde und ungewohnte Milieu wird sogar als „Vergewaltigung der Großstadt“ (S. 229) bezeichnet. Der rasche Wechsel des Verschiedenen, des Unbekannten, des Fremden wird mit einer Gewalttätigkeit gleichgesetzt. Die Großstadt ist eine Zumutung. Wie können die Großstädter mit diesen Zumutungen leben - und wie erwächst daraus eine höhere Kultur, die Zivilisation? Simmel entwickelt zur Erklärung eine komplexe Theorie der Urbanität aus dem Zusammenwirken von Geldwirtschaft und Großstadtleben. Dabei werden die sozialen Beziehungen der Großstädter gleichgesetzt mit denjenigen der Teilnehmer an anonymen Märkten.

Geldwirtschaft und Verstandesherrschaft „stehen im tiefsten Zusammenhang“ (229), und die Qualität der Großstadtkultur wird aus einer Analogie zur Qualität der Geldbeziehung entwickelt. Geldverkehr und Großstadtintellektualismus haben gemeinsam „die reine Sachlichkeit in der Behandlung von Menschen und Dingen“. Die Beziehungen sind „gegen alles eigentlich Individuelle gleichgültig“, die Menschen werden zu „an sich gleichgültigen Elementen“. Simmel wird nicht müde, diese Gleichgültigkeit, diese Negation des Persönlichen, das Verschwinden der „Imponderabilien persönlicher Beziehungen“ (230) zu betonen. Statt gemütvoller Beziehungen dominieren in der Großstadt Blasiertheit und Reserviertheit. Die Großstadt ist ein „Gebilde von höchster Unpersönlichkeit“ (232).

Gleichgültigkeit und Indifferenz bewirken „Distanzen und Abwendungen, ohne die diese Art des Lebens überhaupt nicht geführt werden könnte“ (234). Distanz ist geradezu Voraussetzung des Zusammenlebens: Da „gegenseitige Fremdheit und Abstoßung“ als gleichsam natürliche Haltung der Großstadtbevölkerung angenommen werden, kommt man sich nach Simmels Ansicht besser nicht so nah, denn „in dem Augenblick einer irgendwie veranlassten nahen Berührung [würde die Fremdheit] sogleich in Hass und Kampf ausschlagen“ (234). Hass und Kampf! Die Barbarei, da macht sich Simmel keine Illusionen, wohnt unter einer dünnen Decke der Zivilität.

Diese prekäre Balance, die durch Distanz ermöglicht und aufrecht erhalten wird, ist zugleich die Bedingung von persönlicher Freiheit. Die mechanische Solidarität traditionaler Gesellschaften mit ihren vielfältigen moralischen Bindungen wird überwunden durch eine organische, unpersönliche Solidarität. "Blasiertheit" und "Reserviertheit" sind die Instrumente einer gleichsam negativen Integration, nicht aber Ausdruck einer humanen Toleranz. Bahrdt hat dies später als „resignierte Humanität“ bezeichnet (Bahrdt 1999). Die Abwesenheit moralischer Verpflichtungen, die Ignoranz gegenüber dem Persönlichen - dies ist die Grundlage der spezifisch städtischen Freiheit; salopp ausgedrückt: Leben und leben lassen.

Simmel hat in seinem Entwurf zu einer 'Kulturtheorie der Großstadt' - oder sollte man besser 'Verhaltenstheorie' sagen? - nicht die ganze soziale Wirklichkeit der Großstadt am Beginn des 20. Jahrhunderts beschrieben. Gegenüber dieser blieb er sehr selektiv: Seine Diagnose steht in scharfem Kontrast zu jenen Sozialformen, wie sie insbesondere für die Arbeiterviertel der Großstädte im ausgehenden 19. und frühen 20. Jahrhundert beschrieben worden sind. In solchen Beschreibungen spielen Begriffe wie Solidarität und kollektives Bewusstsein eine wichtige Rolle - für Zuwanderer vom Land war aufgrund ökonomischer Bedingungen Individualisierung und Distanzierung noch keineswegs möglich. Für sie war die großstädtische Realität hart und extrem unsicher: Unterkunft war zunächst nur in der Form des Unterkriechens bei anderen möglich; sehr kurzfristige Beschäftigungsverhältnisse wechselten sich mit Phasen von Arbeitslosigkeit und Not ab; im Krankheitsfall war man auf die Hilfe anderer angewiesen. Wer sich in diesen Verhältnissen nicht auf die Unterstützung von Familie, Nachbarn oder anderen solidarischen Netzwerken verlassen konnte, war verloren - für den war Individualisierung also tödlich. Vertrauensvolle, solidarische, nicht geldvermittelte Beziehungen waren Voraussetzung für das nackte Überleben. Zum Überleben in der Großstadt war die Einbindung in kollektive Strukturen und soziale Netze notwendig. Mit dieser Gegenüberstellung wird deutlich, dass die von Simmel beschriebene urbane Lebensweise Voraussetzungen hat, die erst nach und nach in einem langen Prozess des ökonomischen Wachstums auch zu den unteren Einkommensschichten durchsickern. Es ist eine einfache Wahrheit: Individualisierung kann sich nur leisten, wer nicht auf solidarische Notgemeinschaften angewiesen ist.

Individualisierung und Separierung haben also Voraussetzungen, die die Großstadt nicht per se produziert - und verschiedene Formen von Integration existierten in den Städten bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts nebeneinander. Der Großstädter, von dem Simmel spricht, ist entweder ein ökonomisch unabhängiger Eigentümer oder ein Bürger des ausgebauten Sozialstaats - unabhängig von gemeinschaftlich strukturierten Kollektiven. Erst die materielle Unabhängigkeit erlaubt es dem Individuum, sich von moralischen Ansprüchen anderer frei zu machen, ihnen „gleichgültig“ zu begegnen, und auch sie von moralischen Ansprüchen freizusetzen. Auf dieser Basis entsteht die großstadt-

typische Ambiguität von Distanz und Freiheit. Simmel beschreibt die Stadt („Fremdheit und Abstoßung“; „Hass und Kampf“) wie ein Pulverfass, bei dem die Explosion nur durch die Einhaltung strenger Distanzierungsregeln verhindert werden kann. Die Integration gelingt nur durch Separation. Die Großstadt ist in den Augen Simmels keineswegs ein Schmelztiegel, in dem gegenseitige Anpassung und Toleranz wie von selbst entstehen, sie schafft unter bestimmten Voraussetzungen nur einen sozialen Raum der Gleichgültigkeit.

5.2 Community-building

Die Großstädte sind durch Zuwanderung entstanden, und es ist selbstverständlich, dass sich mit dem Betreten der Großstadt nicht alle Verhaltensweisen und 'Geisteshaltungen' plötzlich veränderten. Mitgebrachte Orientierungen und Lebensweisen wirkten in der Großstadt fort, ja wurden - wie häufig bei Immigranten auch heute - zunächst noch rituell verstärkt und führten zu expliziten Gemeinschaftsbildungen, die sich räumlich relativ scharf voneinander abgrenzten und eigene distinkte Subkulturen bildeten. Die vielen verschiedenen communities, die für die Immigrantenstädte der USA typisch waren und sind, bilden den sozialen Hintergrund der Theoriebildung der Chicago-Schule. Robert Parks wissenschaftsgeschichtliche Bedeutung ist mit dem Buchtitel „Die Entdeckung der Stadtkultur“ (Lindner 1990) präzise gekennzeichnet. Parks zentrales Thema ist die Frage, wie die Funktionen der traditionellen dörflichen Kultur von einer neuen städtischen Kultur übernommen werden können.

Urbanisierung wird von Park - ganz dem Zeitgeist am Beginn des 20. Jahrhunderts entsprechend - gleichgesetzt mit dem Zusammenbruch einer auf lokalen Bindungen beruhenden familien- und nachbarschaftszentrierten Kultur der Primärgruppen, die den Individuen Schranken und Hindernisse auferlegt hatte - also soziale Kontrolle ausübte -, und die dafür sorgte, dass sich die 'natürlichen Triebe' und 'angeborenen Dispositionen' der Individuen nicht ungehemmt ausleben konnten. In der Stadt hingegen finden „natürliche Triebe und angeborene Dispositionen ... ihren vollständigen Ausdruck“ (Park 1967, 41). Der Zusammenbruch des familiären und nachbarschaftlichen Kontrollsystems ist nach Park „wahrscheinlich ... verantwortlich für die Zunahme von Sünde und Verbrechen in den großen Städten“ (S. 25). Park steigt also mit einem Desintegrations- und Verfallsparadigma in die Großstadtanalyse ein - seine Befürchtung ist, in der Großstadt könnte gleichsam ein schon überwundener Naturzustand wieder lebendig werden: homo homini lupus. Und daher stellt sich auch für ihn die Frage: Wie ist Großstadt dennoch möglich?

Sein zentrales Denkmodell ist der funktionale Zusammenhang zwischen Segregation und Gemeinschaftsbildung. Aus der offensichtlichen Differenz der Kulturen, aus den Gegensätzen zwischen den Lebenswelten an verschiedenen Orten in der Stadt entwickelt er eine Dialektik von Dorfkultur und

Großstadtbildung. Als Individuen entfremden sich die Großstädter ihrer traditionellen Kultur, und das birgt erhebliche Gefahren - sowohl für das Individuum wie für die soziale Ordnung der Stadt. Aber die Menschen leben in der Stadt nicht als Monaden, sondern sie suchen 'Stallwärme'. Und diese finden sie in den 'natural areas', in den Gebieten, wo Menschen mit ähnlicher Herkunft, ähnlichen Einstellungen, ähnlichen Werten und ähnlichen Sitten leben. Die Bevölkerung in den Großstädten lebt ethnisch und kulturell segregiert. Neue Zuwanderer bewegen sich dahin, "wo sie hingehören". 'Natural Areas' sind soziale Gebilde, die zu räumlich abgrenzbaren Einheiten führen, die durch eigene Normen, Traditionen und Verhaltensmuster geprägt sind. Segregation ist dabei als freiwillige Absonderung und Konzentration gedacht, nur so kann sie zu einer inneren kulturellen Homogenität führen.

Die Segregation in verschiedene Kulturen ist Ausdruck einer moralischen Distanz und sie verstärkt die moralischen Distanzen, „die die Stadt zu einem Mosaik von kleinen Welten machen, die sich berühren, aber nicht durchdringen“ (Park 1967, 40). Die Separierung der verschiedenen Kulturen ("cities within the city") zähmt einerseits die gefährlichen Tendenzen der Individualisierung, sie konstituiert allerdings andererseits auch einen Möglichkeitsraum:
„für Individuen ist es schnell und leicht möglich, von einem moralischen Milieu in ein anderes zu wechseln, ... zur selben Zeit in zahlreichen verschiedenen zwar benachbarten, aber andererseits weit getrennten Welten zu leben.“ (S. 41). Dieser Wechsel wird von Park als „gefährliches Experiment“ bezeichnet, als „Abenteuer“ - das zwar den "Stimulus" des städtischen Lebens ausmacht, aber doch vergleichbar ist mit der „Attraktivität des Feuers für die Motte“ (S. 41). Park sah sehr wohl die Ambivalenz von Freiheit und Kontrolle in der großstädtischen Vergesellschaftung, unter dem Einfluß der Meliorationsperspektive der Chicago-Soziologie[2] neigte er in seiner 'ökologischen Theorie' aber eher der Position zu, nach der Individualisierung in der Großstadt gleichbedeutend mit sozialer Desorganisation und Verwilderung der Sitten sei.

Simmel hat die Separierung der Individuen voneinander zur Voraussetzung einer 'negativen Integration' gemacht - Park sieht in der Segregation von Gruppen (communities) eine Voraussetzung für die soziale Integration in der Großstadt. Die Individuen sind nicht allein, sie bilden Gruppen, ordnen sich zu, betten sich ein in kulturelle Gemeinschaften, die sich tendenziell ablehnend und feindlich gegenüberstehen. Die Stadt setzt sich aus solchen Gemeinschaften zusammen, sie ist ein „Mosaik sozialer Welten“, die koexistieren, gerade weil sie voneinander abgeschottet sind. Stadtentwicklung heißt: Kampf und Wettbewerb zwischen communities. Die Kultur der 'Anderen' ist nur durch räumliche Segregation erträglich.

[2] Den wissenschaftshistorischen Hintergrund der auf Melioration der Gesellschaft gerichteten amerikanischen Soziologie um die Jahrhundertwende beschreibt sehr anschaulich Lindner (1990)

5.3 Zwei Perspektiven

Das zentrale soziologische Problem der Großstadt bei Simmel und Park ist die soziale Integration in einem begrenzten Raum unter Aufrechterhaltung von Distanz zwischen Fremden. Simmel hat eine Stadt der Kälte gezeichnet, Park baut eine Struktur aus warmen Nestern. In beiden Großstadtvorstellungen gibt es kein geistiges oder moralisches Zentrum, keine übergreifende 'moralische' Bindung. Die Freiheit der Großstadt beruht auf Dissens - nicht auf Konsens. In beiden Entwürfen zu einer soziologischen Stadttheorie wird die Fremdheit und die Distanz der Individuen, die Unverträglichkeit, ja die wechselseitige Feindschaft der Heterogenen und die dennoch gegebene Möglichkeit der Koexistenz zum zentralen Merkmal des Städtischen. Die Frage danach, wie Unterschiedliches und Gegensätzliches verbunden werden könne, wie Großstadt überhaupt möglich ist, wurde beantwortet mit einem einheitlichen Denkmuster: durch Separierung, durch Segregation, durch Abtrennung. Die Großstadt, so lautet die soziologische Antwort, ist eine Kultur der Differenz und der Indifferenz. Der Modus der Integration ist der Verzicht auf soziale Anpassung, Toleranz ergibt sich aus Gleichgültigkeit.

Durch diese Art von Toleranz kann aber kein soziales System auf Dauer zusammengehalten werden, die Attitüde des gegenseitigen Wegsehens, des Sich-Abschirmens und der Wurschtigkeit ist nur möglich, wenn die Großstädter etwas anderes auch verbindet. Simmel hat darauf eine klare Antwort gegeben: Die Geldwirtschaft, der Wettbewerb, die Arbeitsteilung. Sozial ist die Stadt nur negativ integriert, die positive Integrationsleistung erfolgt durch systemische Mechanismen: Durch Wettbewerb und Arbeitsteilung - dadurch, und nur dadurch ist die Stadt eine Integrationsmaschine. Aus der Perspektive von Park ist dies prinzipiell nicht anders, aber bei ihm konkurrieren communities; er trennt sogar ausdrücklich zwischen einer "biotischen" und einer "kulturellen" Ebene. Die community ist jene Institution, die zwischen Gesellschaft und Individuum vermittelt, gleichsam ein sozialer Puffer, der zugleich Verschiedenheit und Schutz vor Desintegration garantiert. In verschiedenen von Park angeleiteten Forschungsprojekten ist dies beschrieben und analysiert worden, wobei besonders auf die internen Unterstützungsnetze und die traditionalen Formen von Vergesellschaftung in einer sich modernisierenden Umwelt aufmerksam gemacht wurde: 'Dörfer in der Stadt'.

Parks Wahrnehmung der sozialen Realität in der amerikanischen Großstadt ist stark durch die Erfahrung der Einwanderungsstadt geprägt, in der ethnische Kolonien zunächst bei der Stabilisierung des sozialen Selbst helfen und eine Art Moratorium bis zur Anpassung an die neue Umwelt bieten. Simmel hat die Gelassenheit einer großstädtischen Lebensweise vor Augen und beschwört gleichsam ihre Toleranz und Liberalität, ohne moralisch zu argumentieren. Er zeigt, dass unter der Bedingung einer gesicherten Systemintegration Gleichgültigkeit zu Toleranz, Anonymität zu Freiheit wird.

6. Systemintegration oder Sozialintegration?

Die beiden zuvor behandelten und auch die in der weiteren Geschichte der Stadtsoziologie ausformulierten 'Theorien der Stadt' entstanden in einer Zeit, als die Großstädte eindeutig die Zentren des ökonomischen Wachstums waren - und insofern sie dies waren, waren sie auch die Orte, in denen die Individualisierung vorangetrieben wurde, und in denen die Individualisierung von zunehmend mehr Menschen als Emanzipation erlebt werden konnte. Die ökonomisch wachsende Stadt bot tatsächlich jedem (zumindest) die Perspektive des individuellen Erfolgs, indem sich die Arbeitsmärkte konsolidierten und die Arbeitskraftnachfrage stetig zunahm. Die Stadt war der Ort - wie Gottfried Korff bemerkte -, „an dem man es zu etwas bringen kann“. Ob dies tatsächlich der Fall war oder nur Hoffnung blieb, ist für die soziale Integration nicht entscheidend: So lange es mit der Entwicklung der Stadt insgesamt 'aufwärts' ging, konnte die Stadt eine Integrationsmaschine sein, in der man Widersprüche, Unterschiede und Gegensätze aushalten konnte, weil man sich in eine 'Entwicklung' eingebunden sah, die jedem Einzelnen Aufstieg und Erfolg versprach.

Angesichts der faktisch zunehmenden ökonomischen Integration konnte die soziale Indifferenz zur Tugend werden. Gleichgültigkeit, Differenzierung von Lebensstilen und Individualisierung als Form der sozialen Integration, ökonomisches Wachstum, Arbeitsteilung und soziale Sicherung als Form der systemischen Integration - dies sind die zwei Seiten von Urbanität als Vergesellschaftungsform. Ungleichheit wird dadurch nicht aufgehoben, soziale Gegensätze bestehen weiter, aber es sind (lediglich) Differenzen in der Einheit - die sich auch verändern können.

Es gibt also theoretisch zwei Wege der städtischen Integration, die gleichzeitig wirksam werden und für unterschiedliche soziale Gruppen unterschiedliche Relevanz haben. Die Perspektive der Individualisierung setzt eine Integration auf der Ebene des Arbeitsmarktes bzw. eines gut ausgebauten Sozialstaates voraus - je mehr ökonomisches Wachstum, je stabiler die staatlichen Sozialsysteme, desto eher kann sich der Lebensstil in Richtung Individualisierung 'modernisieren'. Lokale Gemeinschaften sind demgegenüber vormoderne Vergesellschaftungsformen, sie haben den Status eines 'Noch-nicht', weil ihre Angehörigen 'noch' auf solidarische Netzwerke angewiesen sind. Für Zuwanderer haben die ethnischen oder nationalen communities die Funktion einer Passage, über die sie sich auf die höhere Stufe der individuellen Integration begeben können. Die Community-Bildung führt nur dann nicht zum Ausschluss von den Chancen der Stadt, wird nur dann nicht zu einem Gefängnis sozialer oder ethnischer Diskriminierung, wenn sie offen bleibt für 'Übergänge'. Sozialräumliche Konzentration von ethnischen Gruppen ist daher nicht in jedem Fall mit einem Getto gleichzusetzen, sie kann dies aber werden, wenn die Übergänge verschlossen sind.

Angesichts des Übergangs von der fordistischen zu einer postfordistischen Stadt (vgl. Schema), der verbunden ist mit dem Abbau von Arbeitsplätzen für Ungelernte in der industriellen Fertigung, mit einem Umbau zentral organisierter Sozialsysteme und einer Flexibilisierung der Beschäftigungsverhältnisse, und der gekennzeichnet ist von einer stärkeren Privatisierung und Individualisierung, wird der auf Systeme orientierte Integrationsmodus an Bedeutung verlieren. Die Sozialintegration wird demgegenüber an Bedeutung gewinnen, und das wird unsere Städte erheblich verändern.

Literaturverzeichnis

Bahrdt, Hans-Paul, 1999: Die moderne Großstadt. Opladen: Leske + Budrich (Neuauflage, zuerst 1965)

Häußermann, Hartmut, 1995: Die Stadt und die Stadtsoziologie. In: Berliner Journal für Soziologie, 5. Jg., Heft l, 89-98

Häußermann, Hartmut; Oswald, Ingrid (Hrsg.), 1997: Zuwanderung und Stadtentwicklung. Leviathan Sonderheft 17/1997. Opladen: Westdeutscher Verlag

Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter, 1995: Dienstleistungsgesellschaften. Frankfurt/M.: Suhrkamp

Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter, 1996: Soziologie des Wohnens. Weinheim: Juventa

Hoffmann-Axthelm, Dieter, 1993: Die dritte Stadt. Frankfurt/M.: Suhrkamp

Krummacher, Michael; Waitz, Viktoria, 1996: Einwanderer in der Kommune. Analysen, Aufgaben und Modelle für eine multikulturelle Stadtpolitik. Essen: Klartext

Park, Robert, 1967: The City: Suggestions for the Investigation of Human Behaviour. In: Park, R. E. u.a. (Hrsg.): The City. Chicago: University Press, 1-45

Simmel, Georg, 1984: Die Großstädte und das Geistesleben. In: Simmel, G.: Das Individuum und die Freiheit. Berlin: Wagenbach, 192-204

Dimension	Zustand Vergangenheit	Charakteristika	Wandel	Zustand Zukunft
Ökonomie und Beschäftigung	Industrielle Stadt	Vollbeschäftigung Großindustrie, Gewerkschaften, Normalarbeitsverhältnis (ganztags, unbefristet, sozialversichert, Familienlohn)	Tertiärisierung Informalisierung Flexibilisierung	Dienstleistungsstadt Flexible Beschäftigung Wachsende Einkommens-ungleichheit; Polare Entwicklung der Qualifikationen
Wohnungspolitik	Eigentumsbildung Sozialer Wohnungsbau	Integration, Geringe soziale Segregation Suburbanisierung	Rückzug des Staates Privatisierung der Wohnungsversorgung	Differenzierung Segregation Kulturelle Distinktion
Lebensstile, Wohnformen	Fordismus Wachsende Homogenität	Standardisierung der Lebensformen: Familie, Trennung von Arbeiten und Wohnen Ökonomische und räumliche Stabilität: Eigenheime Versorgtes Wohnen: sozialer Wohnungsbau	Individualisierung Pluralisierung Internationalisierung	Destandardisierung Globalisierung Regionalisierung
Sozialstruktur	Homogenität Zuwanderung als Additivum	Wachsende Mittelschicht Soziale Inklusion – Zuwanderer als temporärer Sonderfall	Destrukturierung Heterogenisierung Multikulturalisierung	Fragmentierung Mehr Ungleichheit Neue Geographie der Marginalität Ethnische Kolonien
	Vorrang der Systemintegration		Stärkere Bedeutung der Sozialintegration	

Alois Weidacher

Soziokulturelle und politische Orientierungen

Aspekte der Integrationsbereitschaft griechischer, italienischer und türkischer junger Erwachsener in Deutschland

1. Konzept einer empirischen Studie

Untersuchungsfokus der Studie und Stichprobe

Junge Erwachsene aus Migrantenfamilien dokumentieren durch ihre Lebensführung und ihr politisches Verhalten, dass sie sich in Deutschland zu Hause wissen. 60 % entscheiden sich klar für den Verbleib in Deutschland, 25 % sind unentschlossen, nur 15 % erwägen eine Rückkehr. 70 % verfügen nach eigener Bewertung, aber auch nach Einschätzung der Interviewer, über gute bis sehr gute Deutschkenntnisse. Die (noch) ausländischen jungen Erwachsenen unterscheiden sich kaum von den altersgleichen Deutschen in ihren Meinungen und Einstellungen zu Grundregeln einer demokratischen Gesellschaftsordnung. Obwohl sie von zentralen Formen politischer Partizipation (Wahlrecht, Übernahme von politischen und anderen öffentlichen Ämtern) bislang ausgeschlossen waren oder nur begrenzt daran teilhaben konnten (EU-Mitgliedslandangehörige), bekunden sie zu erstaunlich hohen Anteilen - wenn auch in etwas geringerem Maße als die Deutschen - Vertrauen in die gesellschaftlichen Institutionen in Deutschland, beteiligen sich in deutschen Vereinen und nehmen auch die ihnen zugänglichen Möglichkeiten politischer Mitbestimmung wahr.

Zu diesen Ergebnissen kommt eine breit angelegte Studie bei 2 504 18- bis 25-Jährigen griechischen, italienischen und türkischen jungen Erwachsenen, in der insbesondere politische Einstellungen, Interessen und Beteiligungsbereitschaft untersucht wurden (Weidacher, 2000). Die Erhebung erfolgte in Ergänzung zu einer entsprechenden Untersuchung bei 3500 deutschen jungen Erwachsenen gleichen Alters im Rahmen einer repräsentativen Querschnittsuntersuchung („DJI-Jugendsurvey“) in Ost- und Westdeutschland (Gille/Krüger, 2000). Die Zahl der Befragten nach Geschlecht, Wohnregion, Alter und Nationalität ergaben sich im Rahmen des Ausländersurvey aufgrund von Quotierungsmerkmalen. Den Vergleichszahlen zu den deutschen jungen Erwachsenen liegt eine repräsentative Stichprobe in Ost- und Westdeutschland zugrunde (MARPLAN; 1997; INFAS; 1997).

Die relativ große Stichprobe für die ausländischen jungen Erwachsenen ermöglichte es, eine Beschränkung auf „Problemgruppen“ ausländischer Jugendlicher zu vermeiden. Damit kann in der vorliegenden Untersuchung gezeigt werden, dass ausländische junge Erwachsene, sofern sie über

mittlere und höhere Schulabschlüsse verfügen, im Vergleich zu deutschen eher geringfügig unterschiedliche politische Einstellungen und Beteiligungsbereitschaft äußern.

Im Fokus der Studie steht der Vergleich politischer Orientierungen sowohl zwischen nicht-deutschen und deutschen jungen Erwachsenen sowie zwischen den drei ausländischen Populationen. Die politischen Orientierungen werden vor dem Hintergrund vergleichbarer oder unterschiedlicher Ausgangsbedingungen nach soziodemographischen Gegebenheiten, soziostrukturellen Bedingungen und migrationsspezifischem Hintergrund untersucht und interpretiert. Die für die Untersuchung ausgewählte Altersgruppe der 18- bis 25-Jährigen ist deswegen von besonderer Bedeutung, weil die jungen Erwachsenen in dieser Phase nicht nur ihre Eigenständigkeit gegenüber dem Elternhaushalt entwickeln, sondern auch mit der Gestaltung ihres beruflichen, sozialen und politischen Lebens befasst sind.

Das Erhebungsinstrument der Studie beinhaltet Fragen zur sozialen Herkunft der jungen Erwachsenen (ausländischen und deutschen), zu ihren Lebensbedingungen, zur Bewertung ihrer persönlichen sozialen Situation und zu Wertorientierungen. Zusätzlich wurden bei den (noch) ausländischen jungen Erwachsenen eine Reihe von Fragen zu Orientierungen in soziokulturellen Bereichen bzw. zu ihrem Migrationshintergrund gestellt. Der Hauptteil der Untersuchung galt drei zentralen Fragen:

1. Wie ähnlich oder unterschiedlich gestalten sich die politischen Orientierungen bei ausländischen und deutschen jungen Erwachsenen?
2. Inwieweit sind solche Unterschiede in soziostrukturell ungünstigen Handlungsmöglichkeiten (Bildungsniveau, Rechtsstatus etc.) begründet?
3. Wie wirken sich Effekte aus dem Migrationshintergrund der jungen Erwachsenen bzw. ihrer Eltern auf politische Orientierungen aus?

Politische Orientierungen: Hypothesen und Begründungen

Gegenstand der Analysen war insbesondere die Überprüfung folgender Annahmen:

1. Die politischen Orientierungen der hier dauerhaft lebenden (noch) ausländischen jungen Erwachsenen unterscheiden sich nur geringfügig (sofern überhaupt) von denen der deutschen. Die Dimension „politische Orientierungen“ umfasst politische Einstellungen, Interessen, die erklärte Beteiligungsbereitschaft und bisher realisierte Formen politischer Beteiligung.
2. Sofern Unterschiede in politischen Orientierungen von ausländischen jungen Erwachsenen zu deutschen festgestellt werden, sind sie in erster Linie auf unterschiedliche Bedingungen in soziostrukturellen Ressourcen (wie Schulabschlüsse) und Handlungsgelegenheiten (Zeitpunkt des Einstiegs in Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit, Familientätigkeit) zurückzuführen.

3. Bei Teilen der jungen Erwachsenen werden diese Ausgangsbedingungen für politische Orientierungen nachhaltig beeinflusst durch späte Zuwanderung (erst zu Beginn, im Verlauf oder am Ende des Schulalters), Unsicherheit in der Verbleibsplanung, geringe Deutschkenntnisse und damit meist verbunden geringe Kontakte zu Deutschen.
4. Bei einem Teil der ausländischen jungen Erwachsenen können Einstellungen und Verhaltensweisen festgestellt werden, die von Deutschen nicht selten als Distanzierung zur Aufnahmegesellschaft gedeutet werden (ALLBUS 1997; Noelle-Neumann/Köcher, 1997): Beschränkung der Alltagskontakte auf Personen der eigenen Volksgruppe, kein Interesse an einer Heirat mit Deutschen, Wunsch nach eigenen ethnischen Einrichtungen im Freizeit- und Bildungsbereich. Stärkere Bindung der Kontakte an den Familienverband und die eigene Volksgruppe, häufigere Erfahrungen der Benachteiligung als Ausländer, höhere Unzufriedenheit mit der rechtlichen Position, stärkere Traditionsbindungen in geschlechtsspezifischen Rollen sowie in familialer und religiöser Lebensgestaltung haben zusammen mit aber auch neben ungünstigen Voraussetzungen in Bildung, Sprachkenntnissen und der Erwerbssituation Einfluß darauf, in welchem Maße sich ausländische junge Erwachsene der Aufnahmegesellschaft zugehörig wissen, sich von ihr akzeptiert erfahren, ihre gesellschaftlichen Institutionen akzeptieren und sich an politischen Aktionen beteiligen.

Die Analysen gründen damit vorrangig auf einer „Normalitätsannahme“, der Annahme, dass die politischen Einstellungen und Verhaltensweisen der ausländischen jungen Erwachsenen vorrangig von denselben Bedingungen beeinflusst werden wie die der deutschen. Kulturelle Effekte sind demnach im politischen Verhalten der nationalen Gruppen, wenn überhaupt, nur von geringer Bedeutung. Diese These kann mit Argumenten auf zwei Ebenen gestützt werden:

1. Es gibt in der Bevölkerung beinahe weltweit eine Konvergenz, einen Trend in *erklärten* Zielen sozialer Wohlfahrt auf der Grundlage demokratischer Prinzipien (Hoffmann-Nowotny, 1999). Zielvorstellungen sozialer Wohlfahrt (Grundrechte der Person, Verzicht auf Gewalt, Regeln zur Kontrolle politischer Macht, Trennung von Religion und Politik) bilden zunehmend einen Codex, zu dem sich Bürgerschaft und Regierungen beinahe weltweit auf der Ebene von Bekenntnissen verständigen. In vielen demokratischen Staaten werden Forderungen nach politischer Gleichberechtigung und kultureller Gleichwertigkeit und die faktische Realisierung gleichwertiger Chancen für Männer und Frauen mit Verweis auf die in den Verfassungen garantierten Grundrechte der Person erhoben. Die Ähnlichkeit in politischen Einstellungen zwischen jungen Erwachsenen unterschiedlicher nationaler Zugehörigkeit mag auch damit zusammenhängen, dass junge Erwachsene weithin dieselben medien- und jugendspezifischen Informations- und Meinungswelten teilen. Gleichzeitig ist vor allem bei der jungen Generation ein stärkeres Interesse und eine Sympathiepräferenz für humanitäre soziale Ziele (Frieden, soziale Gerechtigkeit, Umwelt- und Tierschutz etc.) denn für nationalpolitische Orientierungen festzustellen (Wilkinson, 1997, Offe, 1999).

Diese Entwicklung wird möglicherweise unterstützt durch die Wahrnehmung, dass transnationale Faktoren zunehmend die Wohlfahrtserhaltung und –entwicklung im nationalen Rahmen bestimmten. Die technischen Möglichkeiten zu überregionaler Mobilität und Kommunikation erleichtern die Wahrnehmung transnationaler Realitäten. Negative Erfahrungen mit der Gestaltungskraft etablierter Institutionen, aber auch Auswirkungen individualisierter Lebensgestaltung auf die Motivation und die Realisierungschancen für solidarische Organisationen, mögen ebenfalls die Ausrichtung auf allgemeinere soziale Zielvorstellungen begünstigen.

Die Annahme schließt mit ein, dass sozial eingegliederte ausländische junge Erwachsene auch trotz der für sie geltenden rechtlichen Barrieren von Staatszugehörigkeit und Bürgerrechten ähnliche politische Zielvorstellungen und Einstellungen entwickeln können wie die deutschen. Die Entwicklung demokratie-orientierter Einstellungen und Zielvorstellungen ist nicht vollends vom Besitz der Bürgerrechte abhängig; es gibt auch Formen politischer Beteiligung und Einflussnahme, die nicht an die Staatsbürgerrechte gebunden sind. Die Fragen nach dem Vertrauen in die gesellschaftlichen Institutionen mögen für ausländische junge Erwachsene eher ausschließlich als Fragen nach deren aktueller Leistung für die eigene existenzielle Lebensgestaltung wahrgenommen werden, ohne dass ihre geschichtliche und gesellschaftliche Bedeutung damit verbunden wird, wie es bei Teilen der deutschen Bevölkerung zutreffen könnte.

2. Das Hauptargument für die Normalitätsannahme liefern soziologische Befunde: Die Entwicklung von Dispositionen, Kompetenzen, Informiertheit, Systemkenntnis, Artikulationsfähigkeit, Selbstwert etc. werden vor allem durch Sozialisation sowie sprachliche, schulische und berufliche Qualifikationen grundgelegt. Sie begründen Fähigkeiten, die besonderes Gewicht haben, wenn es um Einstellungen, Interessen und die Handlungsbereitschaft der hier genannten Art geht. Dazu kommen stark in Verbindung mit Bildungseffekten variierende Handlungsspielräume nach Geschlecht, Lebensform und Erwerbssituation. Dies trifft für ausländische wie für deutsche Jugendliche zu. Es wird angenommen, dass sich ausländische wie deutsche junge Erwachsene am deutlichsten danach unterscheiden, wie Ressourcen und Rollenprägungen ihre Handlungsspielräume bestimmen. Dabei wird allerdings unterstellt, dass sich diese Ausgangslagen deutlich ungünstiger für die ausländischen jungen Erwachsenen darstellen.

Inhaltliche Aspekte der Analysen

Die folgenden Analysen sollen politische Orientierungen im Kontext der Aufnahmegesellschaft als Dimension erfolgreicher Integration oder der Integrationsbereitschaft überprüfen. Dazu enthielt die Untersuchung Fragen zum Vertrauen der jungen Erwachsenen in Institutionen der Gesellschaft, zu Erwartungen an die politische Führung, zu Einstellungen zu demokratischen Prinzipien politischen

Handelns, zum Interesse für Politik und zu möglichen, persönlich bevorzugten oder bereits realisierten Formen politischer Beteiligung.

Zunächst werden Aspekte aus dem Migrationshintergrund der jungen Erwachsenen beschrieben, von denen angenommen wird, dass sie für die Gestaltung ihrer politischen Orientierungen von Bedeutung sind (Abschnitt 2.1).
Im Anschluss daran werden mögliche Zusammenhänge zwischen Ausprägungen politischer Orientierungen und sozialen Faktoren untersucht, wie sie in der Ausstattung mit Ressourcen (vor allem der Schulbildung) und aufgrund unterschiedlicher Handlungsspielräume (spezifischer Rollenprägungen, Alter, Haushalts- bzw. Lebensform, Erwerbssituation, etc.) zum Tragen kommen (Abschnitte 2.2 bis 2.5).
Dabei geht es auch um die Frage, welche Effekte aus dem Migrationshintergrund der jungen Erwachsenen möglicherweise in einer gewissen Eigenständigkeit zu den allgemeinen soziostrukturellen Bedingungen (von Bildung, Alter, Lebensform, Erwerbssituation etc.) die Entwicklung politischer Orientierungen beeinflussen. Die Übersicht 1 (im Anhang) vermittelt einen Einblick in die Variablenstruktur, die die Grundlage der Analysen bildet.
Der Beitrag schließt mit einer Kurzbilanz von Ergebnissen und einem Ausblick auf künftige Problemperspektiven (Abschnitt 3).

2 Zusammenschau der wichtigsten empirischen Ergebnisse

2. 1 Ähnlichkeiten im Migrationshintergrund, Unterschiede in kulturellen Traditionen

Die für die Untersuchung ausgewählten Populationen von griechischen, italienischen und türkischen jungen Erwachsenen verfügen über einen vergleichbaren Erfahrungshintergrund der Migration: Sie verfügen zu vergleichbaren Anteilen über eine längere Phase der soziokulturellen Kommunikation mit der Gesellschaft in Deutschland, das Niveau ihrer Schulbildung ist nur geringfügig unterschiedlich, sie verfügen zu ähnlichen Anteilen über gute Deutschkenntnisse und sie wollen mehrheitlich in Deutschland bleiben.

Ein Informationsziel der Studie ist es, zu überprüfen, ob trotz des ähnlichen Migrationshintergrundes kulturelle Traditionen (neben den vermutlich bedeutsameren Effekten aus soziostrukturell bedingten Handlungsspielräumen in Form von Bildungsniveau oder rechtlich politischem Status etc.) Einfluß auf ihre Integrationsbereitschaft und politischen Orientierungen haben.

In der vorliegenden Studie wurde im Unterschied zu den Angaben der amtlichen Statistik ein größerer Anteil von nicht-deutschen jungen Erwachsenen mit mittleren und höheren Schulabschlüssen erfasst (vgl. Abb.1 und Tab.2 im Anhang). Dies ermöglicht es, nach weiteren Merkmalen differenzierte Aussagen auch über diese Gruppen machen zu können und eine Fokussierung auf Problemgruppen zu vermeiden.

Die soziale Situation der nicht-deutschen jungen Erwachsenen ist vergleichsweise zu den deutschen insbesondere gekennzeichnet durch einen stark höheren Anteil an fehlenden und niedrigen Schulabschlüssen. Die in der Untersuchung erfassten griechischen, italienischen und türkischen jungen Erwachsenen haben zu ähnlichen Anteilen niedrige oder höhere Bildungsabschlüsse. Ähnlich sind sich die drei Populationen auch in den Bildungsabschlüssen ihrer Eltern. So verfügen zwischen 84 % und 90 % der Väter in den drei Populationen (84 % der Griechen, 86 % der Italiener, 90 % der Türken) nicht über einen Schulabschluss oder (nur) einen Hauptschulabschluss.

Die befragten griechischen, italienischen und türkischen jungen Erwachsenen haben eine ähnliche Sozialisationserfahrung in Deutschland. Jeweils rund 40 % von ihnen leben seit Geburt hier, rund 30 % sind vor dem Schulalter, 30 % später zugezogen. Ähnlich verhalten sich die jungen Erwachsenen der drei Bevölkerungsgruppen auch in ihren Verbleibeoptionen. In Deutschland geborene Türken wollen allerdings im Unterschied zu Griechen und Italienern zu etwas höheren Anteilen in Deutschland bleiben.

Geringe Deutschkenntnisse werden häufig als Indiz geringer Integrationsbereitschaft gewertet. Sie sind ein grundlegender Faktor im Erwerb schulischer und beruflicher Qualifikationen. Auch für das Akzeptanzverhalten der deutschen Bevölkerung gegenüber Migranten spielen deren Deutschkenntnisse eine bedeutende Rolle. Ein geringfügig kleinerer Teil der türkischen jungen Erwachsenen glaubt über gute Deutschkenntnisse zu verfügen als Griechen und Italiener. Zwar sind Deutschkenntnisse klar unterschiedlich nach Höhe der Bildungsabschlüsse, aber die jungen Erwachsenen der drei Populationen verfügen zu ähnlich hohen Anteilen über niedrige und höhere Schulabschlüsse. 82 % der jungen erwachsenen Italiener und Griechen sowie 78 % der Türken sind selbst der Meinung, dass sie gut bis sehr gut deutsch schreiben können. Ähnlich hoch werten auch die Interviewer die Deutschkenntnisse der Befragten ein: 79 % der Türken und 86 % der Italiener werden gute bis perfekte Deutschkenntnisse attestiert. Nahezu 100 % der jungen Erwachsenen, die einen deutschen Kindergarten besucht haben, bewerten ihre Deutschkenntnisse als gut bis sehr gut. In der Studie wurde auch nach der Sprachverwendung am Arbeitsplatz, in der Freizeit, mit Geschwistern und Eltern, bei der Lektüre von Zeitschriften und der Nutzung von Videos und TV-Unterhaltungssendungen gefragt. Auch die Befragten, die sich sehr gute Deutschkenntnisse bescheinigen, unterhalten sich mit ihren Eltern überwiegend in ihrer Muttersprache (zwischen 69 % und 82 %), mit ihren Geschwistern jedoch

bereits häufiger in Deutsch (Italiener zu 61 %, Griechen zu 55 % und Türken zu 43 %). 76 % der Italiener, 79 % der Griechen, aber nur 49 % der Türken sehen überwiegend oder ausschließlich deutschsprachige TV-Unterhaltungssendungen. Der hohe Anteil an guten Deutschkenntnissen gilt allerdings bezogen auf die Altersgruppe der Befragten und enthält keinerlei Aussage über Deutschkenntnisse der Befragten zum Schulbeginn oder zu ihrer Bedeutung für den Schulerfolg.
Geringe Deutschkenntnisse, aber auch fehlende Schulabschlüsse ergeben sich bei den in der Studie Befragten ganz überwiegend bei der Gruppe der nach dem 6. Schuljahr zugezogenen jungen Erwachsenen. Auch ergeben sich die geringen Anteile mit guten Deutschkenntnissen vorwiegend in der Gruppe derer mit (nur) Hauptschulabschlüssen und fehlenden Schulabschlüssen.

Die Studie enthält Fragen zum alltäglichen persönlichen Beziehungsnetz der Befragten: zu ihren Kontakten mit Deutschen insgesamt, im Freizeitbereich oder in Situationen von Hilfebedarf (vgl. Abbildung 2 im Anhang). Hierbei zeigt sich deutlich, dass von den drei nicht-deutschen Populationen die Italiener die meisten Kontakte zu Deutschen haben, die Kontakte von Türken besonders häufig auf die eigene Volksgruppe bezogen bleiben. Diese Tendenz bestätigt sich in den Angaben zur Frage nach dem Interesse an partnerschaftlichen Beziehungen mit Deutschen (vgl. Tab. 3 im Anhang). Vergleichsweise wenige türkische Frauen haben nicht-türkische Männer oder können sich eine Partnerschaft mit einem Deutschen vorstellen.

Türkische Männer wünschen sich häufiger als griechische oder italienische eigenethnische Freizeiteinrichtungen (Sportvereine, Clubs, Discos), türkische Frauen häufiger als griechische und italienische eigenethnische Bildungseinrichtungen (Schulen, Unterricht in der Muttersprache als 1. Fremdsprache, Heimatkundeunterricht) (vgl. Tab. 4 im Anhang). Türken sind auch etwas häufiger als Griechen und Italiener Mitglied in eigenethnischen Vereinen (vgl. Abb. 3 im Anhang), was aufgrund der Gelegenheiten bedingt auch durch die Größe der Bevölkerungsgruppe und die Unterschiede in religiösen Traditionen nicht überrascht.

Die Unterschiede in den erwähnten kulturellen Orientierungen sind deutlich an den Bildungsniveaus der jungen Erwachsenen ausgerichtet. Traditionsgebundene familiale, geschlechtsspezifische und religiöse Wertorientierungen und Rollenprägungen (z.B. frühe Familiengründung, Familientätigkeit der Frau) spielen eine größere Rolle. Postmaterialistische Wertorientierungen (Inglehart, R. 1998) und Werthaltungen der Selbstverwirklichung werden seltener von griechischen als von italienischen und besonders selten von türkischen jungen Erwachsenen vertreten.

Sowohl aufgrund der zahlenmäßigen Stärke der Bevölkerungsgruppe wie auch durch eine besondere zivilisatorische Eigenständigkeit von tradierten Wertedimensionen innerhalb der Bevölkerungsgruppe stehen türkischen jungen Erwachsenen einerseits deutlichere Alternativen zu Verhaltensnormen in der

Aufnahmegesellschaft zur Verfügung. Andererseits bedingen gerade diese ausgeprägten Handlungsalternativen ein Spannungsverhältnis im Akkulturationsprozess. Türkische junge Erwachsene sprechen sich zu ähnlich hohen (teilweise auch höheren Anteilen) wie Griechen und Italiener, für den Verbleib in Deutschland, für die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft und für die Beteiligung an allgemeinen Wahlen aus (vgl. Tab. 5 und 6 im Anhang).

2. 2 Hohe Ähnlichkeit in politischen Einstellungen nach Nationalitäten

Ein bedeutendes Ergebnis der Analysen ist, dass sich die jungen Erwachsenen in politischen Einstellungen nur geringfügig nach Nationalitäten unterscheiden. Nicht-deutsche junge Erwachsene stimmen den Prinzipien der Gewaltlosigkeit und den Regeln der Machtkontrolle ebenso häufig zu wie die deutschen. Auch zwischen den ausländischen jungen Erwachsenen ergaben sich keine bedeutsamen Unterschiede. Türkische junge Erwachsene stimmen der Trennung von Kirche und Staat ebenso häufig zu wie Griechen und Italiener.

In Einstellungen zu demokratischen Prinzipien und noch deutlicher in Bezug auf die Gleichberechtigung in Chancen zwischen den Geschlechtern unterscheiden sich jedoch erkennbar die Positionen von Frauen und Männern, der Befragten mit Mittlerer Reife bzw. Abitur von denen mit bzw. ohne Hauptschulabschluss. So sind rechtspolitische Orientierungen bei Westdeutschen und Italienern fast ausschließlich (und damit deutlicher als bei den anderen Populationen) bei jungen Erwachsenen ohne Schulabschluss oder mit (nur) Hauptschulabschluss zu finden. Die drei Populationen stimmen zu ähnlichen Anteilen der Forderung nach gleichen Positionen für Frauen (wie für Männer) im öffentlichen Leben zu, aber zu sehr unterschiedlichen Anteilen als Frauen und Männer.

2. 3 Ähnliche Präferenz bei unterschiedlicher Akzeptanz gesellschaftlicher Einrichtungen

Bei Fragen des Vertrauens in gesellschaftliche Einrichtungen lassen sich zwei Richtungen feststellen:

- Vertrauen in politisch verwaltende Institutionen, z.B. Deutscher Bundestag, Regierung, Gerichte, Polizei;
- Vertrauen in „basisdemokratische Solidargemeinschaften“ wie Greenpeace, Bürgerinitiativen, Gewerkschaften.

Bildungsabschlüsse, Zufriedenheit mit den Möglichkeiten politischer Mitbestimmung, Geschlecht und Wohnregion, religiöses Interesse und Wertorientierungen von sozialer Sicherheit oder Selbstverwirklichung spielen für das Vertrauen (Enthaltungen oder Bewertung) und die beiden genannten Richtungen eine besondere Rolle. Junge Erwachsene, z.B. mit mittleren oder niedrigen Bildungs-

abschlüssen, denen Religion in der persönlichen Lebensgestaltung wichtig ist, vertreten häufiger Wertorientierungen von sozialer Sicherheit (seltener von Selbstverwirklichung) und sie äußern eher starkes Vertrauen in die politisch-verwaltenden Institutionen. Diese Orientierung (und gleichzeitig jene, die keine Vertrauenswertung abgeben) verstärkt sich noch bei den jungen Erwachsenen, die bereits verheiratet sind, im Familienhaushalt tätig sind und ganz besonders bei denen, die bereits Kinder haben.

Abb. 1: Einstellung in der Frage der Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern. Zustimmung zur Forderung „Mehr Frauen in öffentliche Führungspositionen“

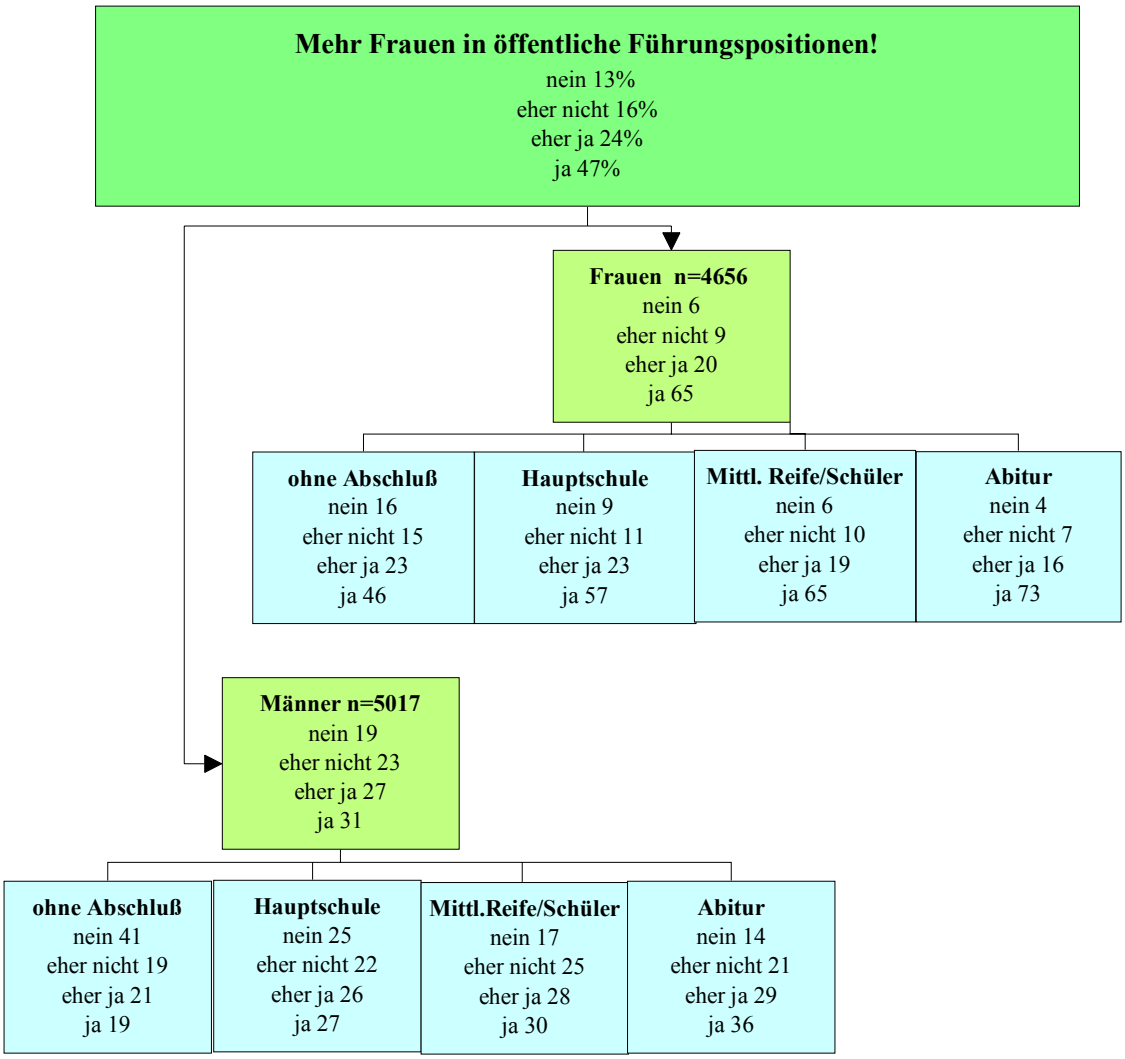
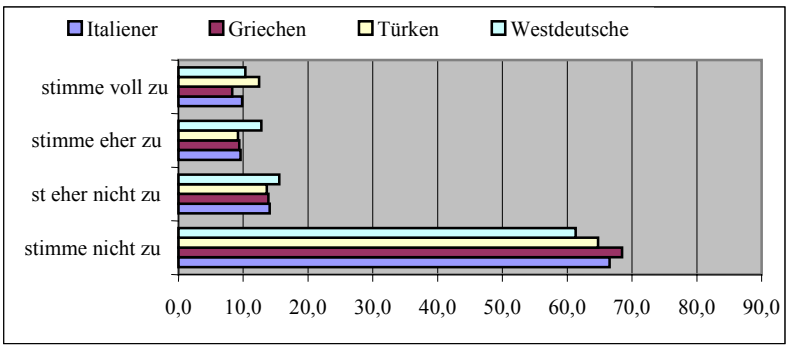
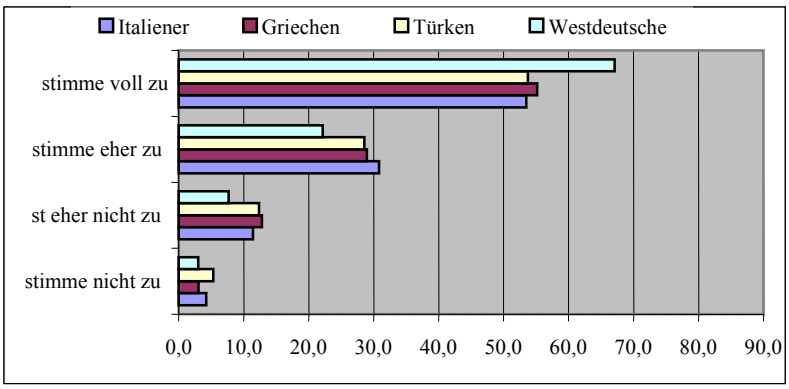


Abb. 2: Zustimmung/Nichtzustimmung zu demokratischen Prinzipien

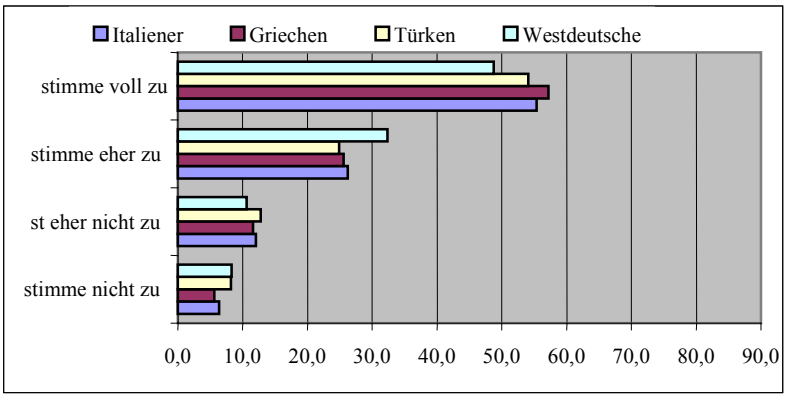
Konflikte, müssen mit Gewalt ausgetragen werden:



Eine lebensfähige Demokratie ist ohne politische Opposition nicht denkbar:



Auch wer in einer Auseinandersetzung Recht hat, sollte einen Kompromiß suchen:



Religion ist Privatsache. Staat und Religion sollten unabhängig voneinander sein:

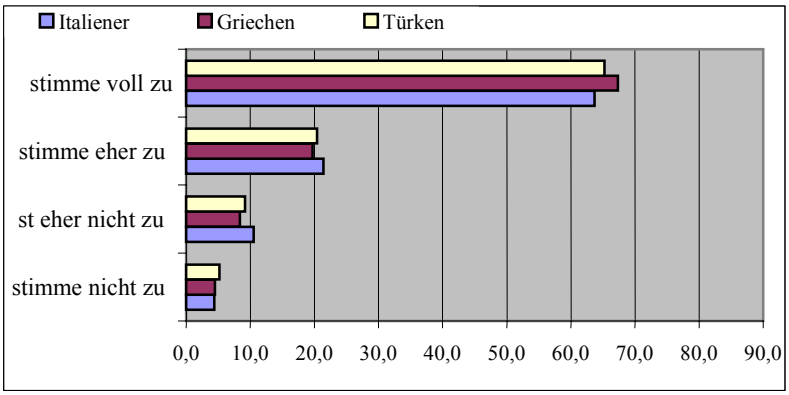
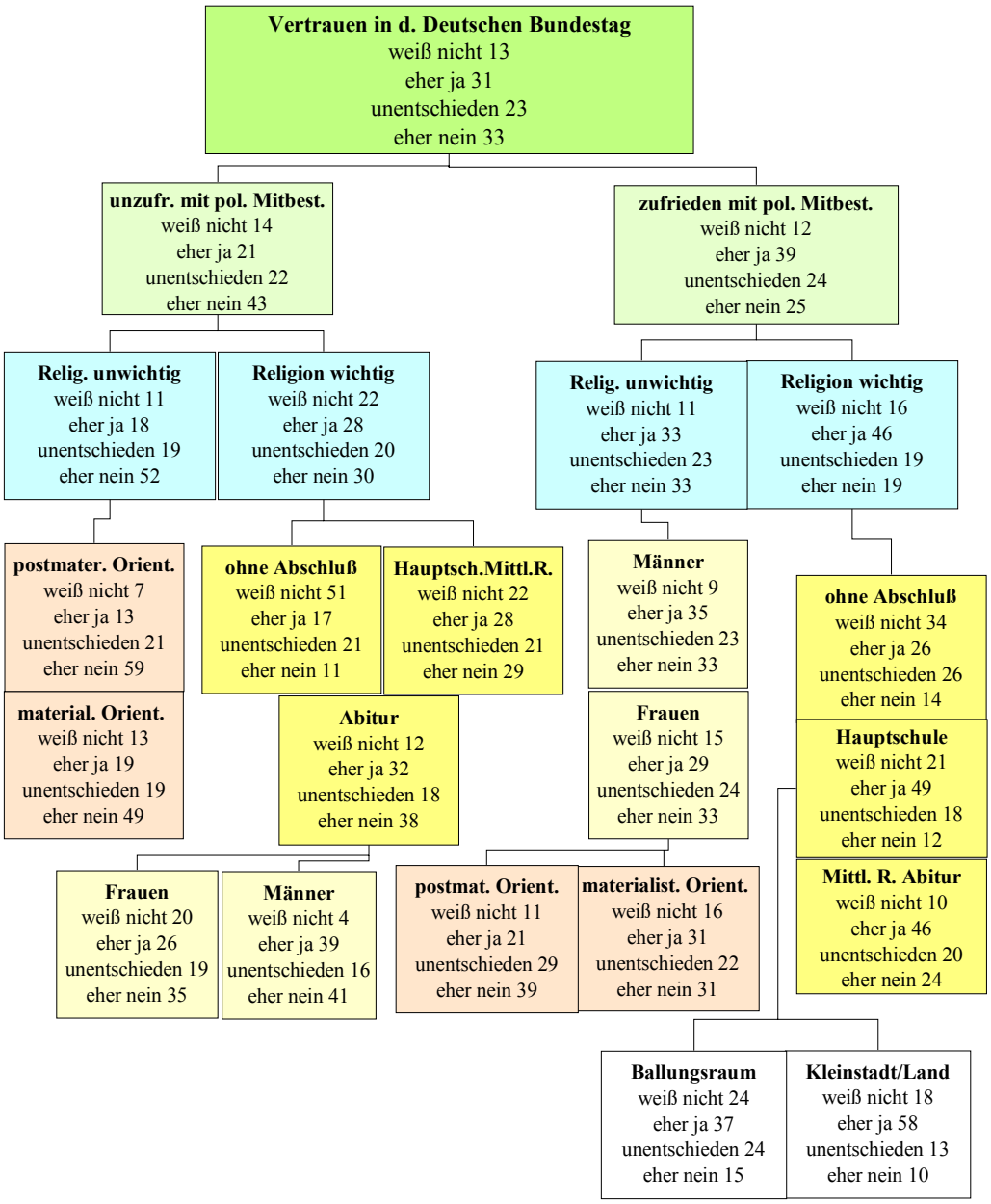


Abb. 3: Vertrauen in den Deutschen Bundestag. Vertrauensäußerungen der Befragten insgesamt und in Teilgruppen nach signifikant differenzierenden Merkmalen (Angaben in % der jeweiligen Gruppe)



Überprüfte Zusammenhänge nach Geschlecht, Alter, Nationalität, Wohnregion, Erwerbssituation, Lebensform, höchster Schulabschluss, Zufriedenheit mit den eigenen Möglichkeiten zur politischen Einflussnahme und ausgewählten Wertorientierungen [gesellschaftspolitische Orientierung nach dem Inglehart-Index, Wichtigkeit von Religion in der persönlichen Lebensgestaltung].

Im folgenden Ergebnis einer deskriptiven Analyse[1] wird deutlich, aufgrund welcher Merkmale der Befragten das Vertrauen in den Deutschen Bundestag signifikant andere Ausprägungen annimmt als in der Gesamtgruppe aller ausländischen und deutschen Befragten. Die Gesamtgruppe der Befragten differenziert sich entlang der Dimension „Zufriedenheit mit den eigenen Möglichkeiten politischer Mitbestimmung“: 43 % derer, die mit ihren Möglichkeiten politischer Mitbestimmung unzufrieden sind, äußern kein Vertrauen in den deutschen Bundestag, gegenüber nur 25 % aus der Gruppe der Zufriedenen.

Die Analyse zeigt, dass sich Unterschiede in der Vertrauenshaltung nicht entlang der Nationalitäten ergeben, sondern nach transnationalen Aspekten von Lebensbedingungen.

Ausgangsbedingungen, die eine Artikulation von Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen, politisches Interesse sowie die Beteiligung am sozialen Leben und an politischer Mitbestimmung begünstigen oder erschweren, korrelieren eng miteinander: Sozialisation und Kindergartenbesuch in Deutschland begünstigen einerseits sowohl den Erwerb von Deutschkenntnissen und von mittleren/höheren Schulabschlüssen wie auch den Kontakt zu Deutschen und die Teilnahme am sozialen Leben (in Vereinen, Organisationen). Andererseits ermöglicht der Schulbesuch in Deutschland den Erwerb von Deutschkenntnissen, die Wahrnehmung von Informationsangeboten, von Kontakten zu Deutschen und die Teilnahme am öffentlichen Leben. Die Untersuchung enthält eine Reihe von Indikatoren, die eine Beschreibung von Lebenslagen, Einstellungen und Verhaltenstypen ermöglichen, nach denen sich die politischen Orientierungen der Befragten deutlich unterscheiden. Es muss aber in vielen Fällen offen bleiben, welche Einstellungen oder Verhaltensweisen und vor allem in welchem Maße sie die politischen Orientierungen ursächlich beeinflussen. So können eine Reihe von signifikanten Zusammenhängen aufgezeigt werden, ohne dass das ursächliche Gewicht bestimmter Effekte quantifiziert zu ermitteln ist.

[1] Das Erhebungsinstrument enthält eine Fülle von Einstellungsfragen mit Antwortkategorien auf nominal- oder ordinalskaliertem Niveau. Aus diesem Grunde muß in vielen Fällen auf anspruchsvollere Ursachenanalysen verzichtet werden. Als ein informatives exploratives Instrument hat sich das Analyseverfahren C H A I D (Chi-squared Automatic Interaction Detector) (Brosius, 1997; Bühl/Zöfel, 1996) erwiesen. Das Verfahren war in den Situationen gut anwendbar, in denen es darum ging, mögliche Einflüsse verschiedener Faktoren (wie z.B. höchster Schulabschluss, Alter der Befragten, Kontakt zu Deutschen etc.) auf eine zu erklärende Zielvariable (z.B. Interesse für Politik) zu untersuchen. Auf der Basis von Chi2-Berechnungen werden die einzelnen Gruppensegmente bezüglich ihres Gewichts in eine Reihenfolge gebracht (über eine Pfadstruktur in Form eines Baumdiagramms ausgewiesen). Dies zeigt, wie sich in diesen Untergruppen signifikant unterschiedliche Ausprägungen zu der in der Zielvariable dargestellten ergeben. Die Pfadstruktur der ausgewiesenen Ergebnisse in den CHAID-Berechnungen haben den Vorteil, dass darin Untergruppen ausgewiesen werden, die sich zwar stark unterschiedlich zur Allgemeinheit (wie sie sich in den Ausprägungen der Zielvariable darstellt) verhalten, die sich bezogen auf die (in der Pfadstruktur) vorhergehend angezeigte Einheit deutlich unterscheiden, denen aber möglicherweise geringes insgesamt erklärendes Gewicht zukommt.

Zufriedenheit mit den eigenen Möglichkeiten zur politischen Einflussnahme und eine religiöse Lebensorientierung stehen in positivem Zusammenhang mit Vertrauen in den Deutschen Bundestag bei deutschen wie nicht-deutschen jungen Erwachsenen. Ausländische junge Erwachsene, die eher religiös oder eher materialistisch orientiert sind, enthalten sich häufiger der Vertrauensbewertung.

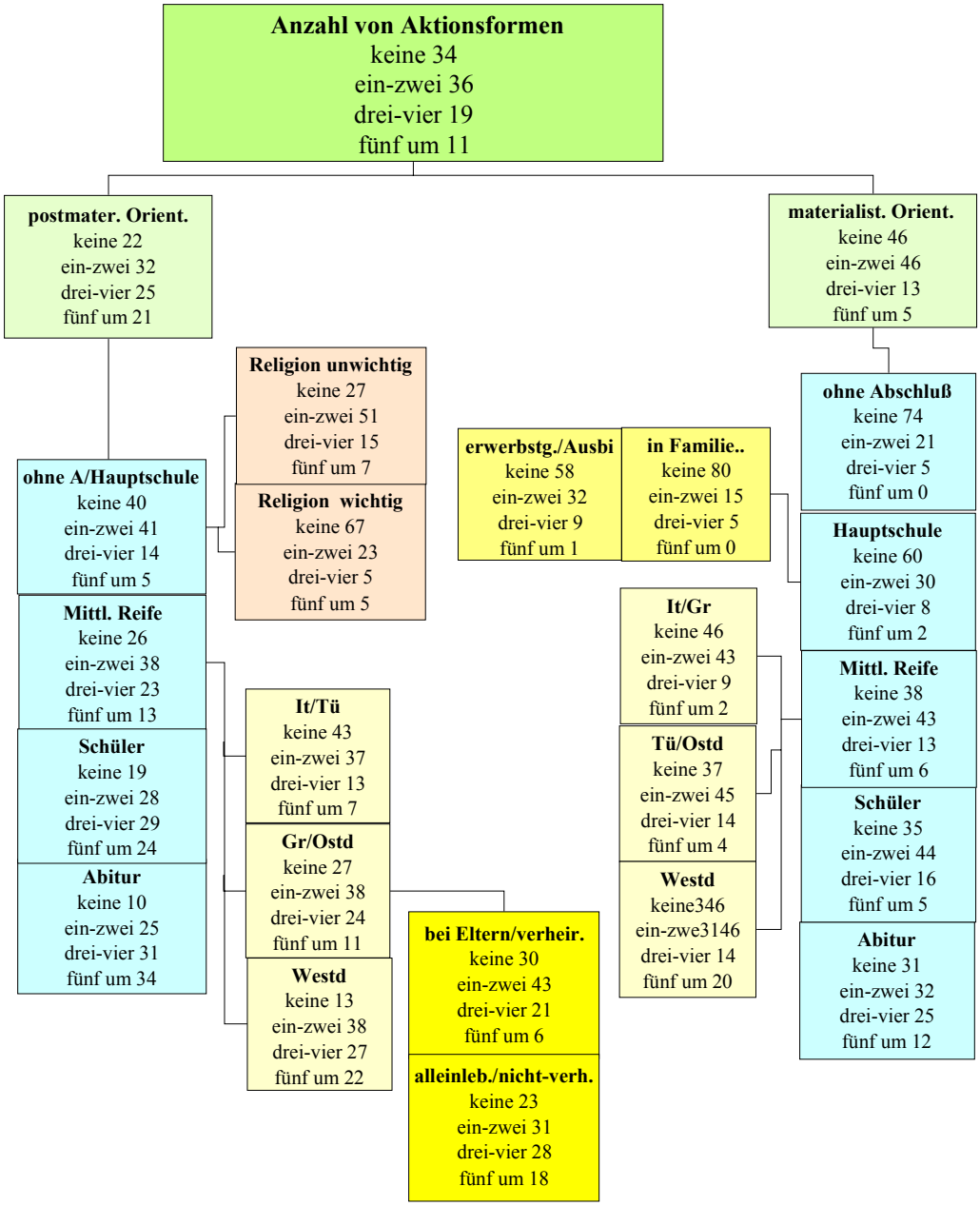
Weitere Unterschiede ergeben sich nach der Höhe der Schulabschlüsse, der Geschlechtszugehörigkeit und der Wohnregion. Unterschiede nach Nationalitäten in der Frage des Vertrauens in den Deutschen Bundestag werden weithin durch diese Merkmale abgedeckt bzw. überlagert. Die Darstellung in den Abbildungen 3 bis 5 beschränkt sich aus Raumgründen auf die vorrangigen Effekte, bzw. die Merkmale, nach denen sich eine breite Gruppe von Befragten differenziert. Kleinere Teilgruppen, in denen das Zielmerkmal „Vertrauen in den Deutschen Bundestag“ extremere Werte aufweist, sind nicht mehr ausgewiesen.

2.4 Ähnliche Präferenzen aber unterschiedlich häufige Beteiligung in politischen Aktionen

Ausländische, darunter besonders türkische junge Erwachsene haben sich zu deutlich höheren Anteilen noch in keiner politischen Aktionsform bzw. nicht in mehr als zwei Aktionsformen beteiligt. Allerdings – und dies ist von vorrangiger Bedeutung – zeigen ausländische und deutsche junge Erwachsene die gleiche Präferenzstruktur für politische Aktionen: Die häufigste Aktionsform der deutschen ist auch die häufigste der ausländischen jungen Erwachsenen (Unterschriften sammeln).
Das Bildungsniveau der Befragten ist von größerer Bedeutung, wenn es um die eigene Beteiligung in politischen Aktionsformen geht: ob und in wie vielen Aktionsformen sich die jungen Erwachsenen bereits beteiligt hatten. Gesellschaftspolitische Orientierungen (post-/materialistische Werthaltungen) korrelieren deutlich mit dem Bildungsniveau und sind damit teilweise parallel in derselben Richtung wirksam.

Die Enthaltung in der Frage des Vertrauens in gesellschaftliche Einrichtungen und die geringere politische Beteiligung von ausländischen jungen Erwachsenen erklärt sich weithin durch niedrigere Bildungsabschlüsse im Herkunftsland und ungünstigere Bildungschancen aufgrund der Migrationssituation, stärkere Einbindung in traditionelle Wertorientierungen und geschlechtsspezifische, familiale und religiöse Rollenprägungen und den mit diesen Faktoren verbundenen Handlungsspielräumen: Ausländische junge Erwachsene sind zu weit geringeren Anteilen noch in Ausbildung, zu höheren Anteilen bereits erwerbstätig, arbeitslos oder in Familientätigkeit (in der Situation junger Eltern, die sich in dieser Phase mit höherer Priorität familialen Anforderungen zuwenden). Dies sind Bedingungen, unter denen auch deutsche junge Erwachsene eine geringere aktive politische Orientierung zeigen.

Abb. 4: Anzahl politischer Aktionen, in denen sich die jungen Erwachsenen bereits beteiligt haben. Insgesamt und in Teilgruppen nach Wertorientierungen, höchstem Schulabschluss, Erwerbssituation, Lebensform und Nationalität der Befragten (Angaben in % der jeweiligen Gruppe).



Legende:
Populationen/Nationalitäten: It(Italiener), Gr(Griechen), Tü(Türken), Ostd(Ostdeutsche), Westd(West-deutsche)
Lebensform: bei Eltern(im Elternhaushalt), verheir(verheiratet zusammenlebend), alleinleb(alleinlebend), nicht-verh(nicht-ehelich zusammenlebend
Erwerbssituation: erwerbstg(erwerbstätig), Ausbi(in Ausbildung), in Familie(im Familienhaushalt tätig, arbeitslos, sonstig
Gesellschaftspolitische Orientierung (Inglehart-Index): Postmaterialistische – materialistische Orientierungen (ohne Mischformen)
Überprüfte Zusammenhänge nach Geschlecht, Alter, Nationalität, Wohnregion, Erwerbssituation, Lebensform, höchster Schulabschluss, Zufriedenheit mit den eigenen Möglichkeiten zur politischen Einflussnahme und ausgewählten Wertorientierungen [gesellschaftspolitische Orientierung nach dem Inglehart-Index, Wichtigkeit von Religion in der persönlichen Lebensgestaltung].

2.5 Zusätzliche Einflüsse aus der Migrationssituation

In einer weiteren Analyse wurden zusätzlich zu den in Abbildung 4 genannten Variablen (zu vorwiegend soziodemographischen und soziostrukturellen Bedingungen) Zusammenhänge mit dem Migrationshintergrund der jungen Erwachsenen nach folgenden Merkmalen überprüft.

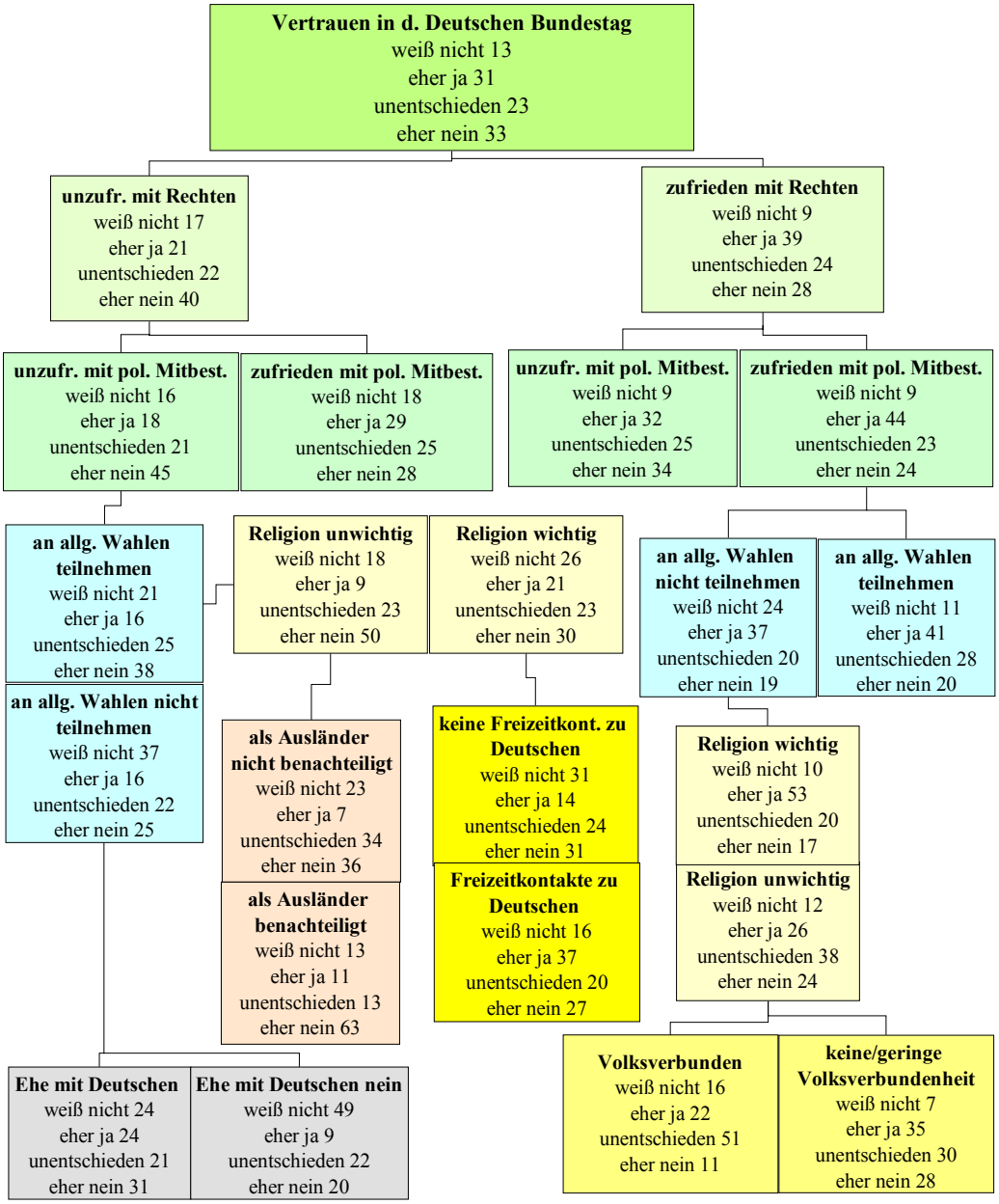
Sprachkenntnisse, Aufenthaltsdauer in Deutschland/im Herkunftsland, Verbleibeoptionen, Zufriedenheit mit den eigenen Rechten und Freiheiten, Erfahrung von Benachteiligung als Ausländer, Anteil Deutscher im alltäglichen persönlichen Beziehungsnetz/bei Freizeitkontakten/in der Situation von Hilfebedarf, Wunsch nach eigenethnischen infrastrukturellen Einrichtungen, Verbundenheit mit der eigenen Volksgruppe, Interesse an ehelicher Partnerschaft mit Deutschen, Interesse an der Beteiligung an allgemeinen Wahlen in Deutschland.

Die Analysen sollten Aufschluss darüber geben, ob zusätzlich zu oder unabhängig von soziostrukturellen Ressourcen und Gelegenheiten Einflüsse aus migrationsspezifischen Bedingungen auf politische Orientierungen feststellbar sind.
Aus der Analyse ergibt sich, dass die Sozialisationsdauer in Deutschland, Deutschkenntnisse und die Entscheidung zum Verbleib in Deutschland mit höheren Anteilen von Vertrauen in politische Institutionen und von politischer Beteiligungsbereitschaft stehen. Das Merkmal „Wichtigkeit von Religion in der persönlichen Lebensgestaltung“ verliert durch Einführung dieser Variablen in die Analyse stark an Differenzierungskraft.

Das Ergebnis der Analysen bezogen auf die Frage nach dem Vertrauen in politische Institutionen (hier am Beispiel des Deutschen Bundestages) zeigt,

- dass sich die Gruppen der Befragten in der Vertrauensfrage zunächst nach ihrer Zufriedenheit mit den eigenen Rechten und Freiheiten und mit den Möglichkeiten politischer Einflussnahme unterscheiden;
- dass nun Merkmale wie Schulabschlüsse, Deutschkenntnisse, Dauer der Sozialisation in Deutschland nur punktuelle oder nicht signifikante Effekte haben. Diese vermutlich ursächlichen Faktoren werden nun durch Merkmale überlagert wie Kontakt mit Deutschen, Interesse an Wahlbeteiligung, keine Erfahrung von Benachteiligung als Ausländer und geringe Volksverbundenheit. Diese Merkmale sind eher Ergebnis der Wirksamkeit struktureller Faktoren bzw. Ausdruck der durch soziostrukturelle Faktoren ermöglichten und erfolgten Orientierung an der Gesellschaft des Aufnahmelandes. Die Unterschiede in den Vertrauenshaltungen gruppieren sich nach integrationsbezogenen Orientierungen, die ihrerseits vorrangig von strukturellen Bedingungen nach Ressourcen und Handlungsspielräumen abhängig sind (Schulabschlüsse, Sprachkenntnisse, Erwerbssituation, Lebensform etc.).

Abb. 5: Vertrauen in den Deutschen Bundestag. Vertrauensbewertungen insgesamt und in Teilgruppen der Befragten nach signifikant differenzierenden Merkmalen. (Angaben in % der jeweiligen Gruppe)



In der Frage der bisherigen *Beteiligung in politischen Aktionsformen* ergibt sich bei Einbeziehung der oben genannten Merkmale aus dem Migrationshintergrund ein Kontrastbild der Beteiligung überhaupt und der Beteiligung in mehr als zwei Aktionsformen nach folgenden Merkmalen:

Eher/häufiger bisher beteiligt:	*eher nicht /seltener beteiligt*
Wohnort: Ballungsraum	Wohnort Kleinstadt/Land
Mittlere/höhere Schulabschlüsse	fehlender/niedriger Schulabschluss
In Ausbildung	erwerbstätig, arbeitslos, Familientätigkeit
Männer	Frauen
Griechen	Italiener, Türken
Zufriedenheit mit d. eigenen Rechten	Unzufriedenheit mit den eigenen Rechten
Unzufriedenheit mit Mitbestimmungsmöglk.	Zufriedenheit mit Mitbestimmungsmöglichk.
Religion eher unwichtig für eig. Lebensgestaltung	Religion eher wichtig für eigene Lebensgest.
Wichtigkeit eigenethn. qualifikat. Einrichtungen	eigenethn. qualifik. Einrichtungen unwichtig
Gute Kontakte zu Deutschen	Wenig/keine Kontakte zu Deutschen
Geringe Verbundenheit mit der eig. Volksgruppe	starke Verbundenheit mit eig. Volksgruppe
Interessiert an Teilnahme an allgemeinen Wahlen	nicht interessiert an der Teilnahme an allgemeinen Wahlen

3. Wertung von Ergebnissen und Ausblick

Die Studie befasst sich erstmalig mit politischen Orientierungen dauerhaft in Deutschland lebender ausländischer junger Erwachsener. Sie tut dies nicht mit einem bisher sehr üblichen Fokus auf Probleme oder Problemgruppen. Aus den Ergebnissen wird vor allem deutlich, dass die ausländischen jungen Erwachsenen unter soziostrukturell ähnlichen Ausgangsbedingungen zu Deutschen auch ähnliche politische Orientierungen entwickeln. Dies mag vor allem damit zusammenhängen, dass gute Kommunikationsvoraussetzungen (Deutschkenntnisse, Sozialisation in Deutschland) und die Einbeziehung in Bildungsniveaus die Voraussetzung zur Angleichung an Informiertheit und an Werthaltungen schaffen, d.h. dass eine „Homogenisierung“ (Hoffmann-Nowotny, 1999) in politischen Orientierungen durch Bildungschancen begünstigt wird.

Die Ergebnisse der Studie zeigen eine hohe Ähnlichkeit in politischen Einstellungen zwischen den Befragten der unterschiedlichen Nationalitäten, wie es sich etwa in der Zustimmung zu demokratischen Prinzipien einer politischen Ordnung zeigt.

Die Ähnlichkeiten beschränken sich nicht auf Einstellungen; ausländische und deutsche junge Erwachsene zeigen auch ähnliche Präferenzen im Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen und in der Bereitschaft zur Beteiligung an politischen Aktionsformen. Dies ist umso erstaunlicher, wenn man sich vergegenwärtigt, dass es um Erwartungen und die Beteiligungsbereitschaft von Bevölkerungsgruppen geht, die bisher keine Identität polischer Zugehörigkeit im Aufnahmeland entwickeln konnten.

Die Ergebnisse, die gerade auch die politischen Orientierungen von jungen Erwachsenen mit mittleren und höheren Schulabschlüssen, guten Deutschkenntnissen und guten Kontakten zur deutschen Bevölkerung berücksichtigen, bestätigen nicht eine für die türkische Gruppe in der Öffentlichkeit nicht selten vorzufindende Unterstellung eigenethnischer, auf Segregation von der deutschen Bevölkerung zielender Orientierungen. Immerhin sind auch die in kulturellen Aspekten (Deutschkenntnisse, Wunsch nach eigenethnischen infrastrukturellen Einrichtungen, Mitgliedschaft in deutschen und eigenethnischen Organisationen, Kontakte zu Deutschen) festgestellten Unterschiede zwischen den griechischen, italienischen und türkischen jungen Erwachsenen eher schwach ausgeprägt.

Die Enthaltungen („kenne ich nicht/kann ich nicht beurteilen“) zu Fragen des Vertrauens in gesellschaftliche Einrichtungen in Deutschland und auch die geringere Beteiligung in politischen Aktionsformen bzw. eine in geringerem Umfang artikulierte Bereitschaft dazu lassen sich plausibel daraus erklären, dass ausländische junge Erwachsene in weit höherem Maße als deutsche unter sozialen Bedingungen leben, die der Entwicklung eines Bewusstseins des gleichwertigen politischen Miteinanders und einer möglichen nützlichen politischen Beteiligung nicht besonders förderlich sind. Die Vertrauensbewertungen in Institutionen und die bekundete politische Beteiligungsbereitschaft zeigen einen deutlichen Zusammenhang mit schulischen Qualifikationsniveaus, sowie mit einer Reihe von nach Sozialisation, Erwerbssituation und traditionsgebundenen Wertorientierungen und Rollenprägungen bestimmten Handlungsspielräumen. Die ausländischen jungen Erwachsenen stammen im Vergleich zu deutschen zu unverhältnismäßig hohen Anteilen aus Arbeiterfamilien mit fehlenden oder niedrigen Bildungsabschlüssen und niedrigen Berufspositionen der Eltern. Ungünstige soziostrukturelle Voraussetzungen für die Entwicklung einer Identität gesellschaftlicher Zugehörigkeit und Solidarität werden durch migrationsspezifische Bedingungen verstärkt.

In Verbindung mit, aber gelegentlich auch in einer gewissen Eigenständigkeit zu soziostrukturell bedingten Einflussfaktoren, lassen sich Zusammenhänge zwischen religiösen, familialen und gesellschaftspolitischen Werthaltungen auf der einen Seite, Vertrauenshaltungen in die Institutionen des Aufnahmelandes und Bereitschaft zu politischer Beteiligung auf der anderen Seite feststellen. Traditionsgebundene Werthaltungen, aber auch Präferenzen für eigenethnische infrastrukturelle Einrichtungen, die Begrenzung des eigenen alltäglichen Kontaktes auf Mitglieder der eigenen Volks-

gruppe, die Verwendung der Herkunftssprache im Unterhaltungsbereich etc. treten eher in der Gruppe auf, die sich in der Frage des Vertrauens in Institutionen nicht äußert und die geringe politische Beteiligungsinteressen bekundet. An diesem Punkt ist allerdings anzumerken, dass es kein zentrales Ziel der Studie war, Bestrebungen zu eigenethnischer Organisation sozialen Lebens bei den ausländischen Bevölkerungsgruppen zu überprüfen.

Die mit der Gesetzesnovelle erleichterte deutsche Staatsbürgerschaft für einen großen Teil der Migranten wird neue Fragen des Miteinander von „alten" und „neuen" Deutschen stellen und das Verständnis nationaler Zugehörigkeit in der Gesamtbevölkerung beeinflussen. Auch der neue Status des türkischen Staates als EU-Beitrittskandidat dürfte einerseits die Eingliederungsbestrebungen der türkischen Migranten bestärken und auch das Akzeptanzverhalten der „alten" Deutschen gegenüber den türkischen Deutschen positiv beeinflussen. Andererseits ist zu beobachten, dass der gemeinsame politische Rahmen der EU-Mitgliedschaft und die Mobilitätsmöglichkeiten innerhalb dieses Rahmens auch die Anreize zur staatsbürgerlichen Zugehörigkeit und die Identifizierung mit der Gesellschaft in Deutschland eher verringern.

Die Akzeptanz der deutschen Gesellschaft gegenüber Migranten und Eingebürgerten könnte durch ein dynamischeres Verständnis von Kultur und eine Öffnung des nationalen Identitätsverständnisses gefördert werden. Auch könnte das Interesse und die Bereitschaft zur sozialen Eingliederung und politischen Mitgestaltung von Migranten über eine positive Wertung von „Akkulturation" unterstützt werden, die nicht auf zwangsweise Anpassung an eine Mehrheitskultur abzielt und den Verrat an der Herkunftskultur beinhaltet, sondern die Erweiterung von Handlungskompetenzen im Auge hat.

Die Ergebnisse der Analysen zum Zusammenhang von politischen Orientierungen, Wertorientierungen und Bildungsvoraussetzungen unterstreichen vor allem erforderliche Mehraufwendungen im Bildungsbereich, um eine statusgleiche Eingliederung von Kindern und Jugendlichen aus Migrantenfamilien zu ermöglichen.

Anhang: Übersichten/Abbildungen/Tabellen

Übersicht 1: Indikatoren zur Beschreibung und Analyse politischer Orientierungen

1. Soziale Herkunft und Lebensbedingungen der jungen Erwachsenen

1.1 Allgemein soziodemographisch:

- Geschlecht, Alter, Wohnregion, Nationalität

- Schulabschlüsse und Berufsausbildung
- Erwerbssituation
- Haushalts-/Lebensform
- Bildungsstand der Eltern (der Väter)

1.2 In Verbindung mit der Zuwanderung:

- Zeitpunkt der Zuwanderung nach Deutschland/Dauer der Sozialisation in Deutschland
- Verbleibsabsicht in Deutschland
- Aufenthaltsrechtlicher Status
- Deutsche Sprachkenntnisse und Kenntnisse der Herkunftssprache
- Verwendung von Deutsch oder der Herkunftssprache am Arbeitsplatz, mit Mitschülern, Eltern, in der Mediennutzung

2. Bewertung der Sozialen Situation:

- Zufriedenheit mit den Möglichkeiten der persönlichen Lebensgestaltung: mit der finanziellen Situation, den Möglichkeiten der Mitsprache in Schule und Beruf, mit den persönlichen Rechten und Freiheiten und den Möglichkeiten zur politischen Einflussnahme
- Bewertung der eigenen sozialen Lage im Vergleich zum Rest der Bevölkerung
- Persönliche Erfahrungen der Benachteiligung als „Ausländer“

3. Wertorientierungen:

- Wie wichtig sind den Befragten bestimmte Werthaltungen (soziale Sicherheit, Solidarität, Selbstverwirklichung) und bestimmte Lebensbereiche (Familie, Religion, Beruf, Politik)?
- Welche gesellschaftspolitische Richtung vertreten die Befragten („materialistische“ – versus „postmaterialistische“ Werthaltungen?
- Welche Position vertreten sie bezüglich geschlechtsspezifischer Rollen in Partnerschaft, Beruf und Öffentlichkeit?

4. Beteiligung am sozialen Leben – Bindung an das eigenethnische Beziehungsnetz

- Wunsch nach eigenethnischen infrastrukturellen Einrichtungen im Bildungs- und Freizeitbereich
- Grad der Verbundenheit mit der eigenen Volksgruppe
- Kontakt mit der deutschen Bevölkerung (bei Freizeitaktivitäten, bei Hilfebedarf und in alltäglichen Beziehungen insgesamt)

- Interesse an partnerschaftlichen Beziehungen mit Deutschen
- Mitgliedschaft in deutschen und/oder herkunftsethnischen Vereinen/Organisationen sowie Teilnahme an deren Veranstaltungen

5. Aspekte politischer Orientierungen

5.1 Allgemein (ausländische und deutsche junge Erwachsene):

- Vertrauen in wichtige gesellschaftliche Einrichtungen in Deutschland: politische u. verwaltende staatliche Institutionen, Solidargemeinschaften, Medien
- Zustimmung/Nicht-Zustimmung zu demokratischen Prinzipien: Meinungsfreiheit, Gewaltlosigkeit, demokratische Regeln politischer Machtausübung, Trennung von Kirche und Staat
- Interesse für Politik?
- Politische Ansichten im „Links-Rechts"-Schema
- Eigenständigkeit politische Vorstellungen und Ansichten im Verhältnis zu denen in der Familie / im Freundeskreis / in der Glaubensgemeinschaft / in der Mehrheit der Bevölkerung?
- Bewertung der Wichtigkeit von Themen/Aufgaben zukünftiger Politik in Deutschland
- Möglichkeiten politischer Beteiligung, die für die Befragten aus ihrer Sicht in Frage kommen
- Möglichkeiten zur politischen Einflussnahme, die die Befragten bereits wahrgenommen haben

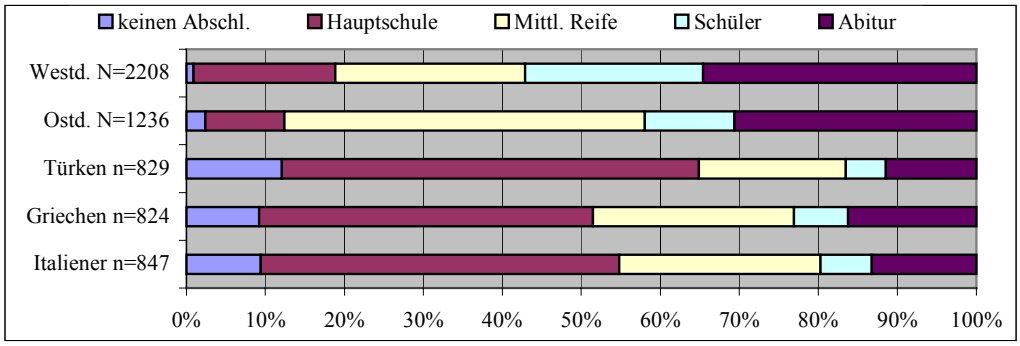
5.2 In Verbindung mit der Zuwanderung:

- Interesse der Befragten an der deutschen Staatsbürgerschaft
- Interesse der Befragten an der Beteiligung an allgemeinen und kommunalen Wahlen in Deutschland

Tab. 1: Populationen der Stichprobe nach Nationalität, Geschlecht, Altersgruppen

	Männer	Frauen	18-19 Jahre	20-21 Jahre	22-23 Jahre	24-25 Jahre	gesamt
Italiener	425	423	220	185	195	248	848
Griechen	429	397	229	175	192	230	826
Türken	422	408	217	172	175	266	830
Ostdeutsche	689	568	441	334	253	229	1257
Westdeutsche	1177	1066	717	581	484	461	2243
gesamt	3142	2862	1824	1447	1299	1434	6004

Abb. 1: Höchster Schulabschluss nach Nationalität der Befragten (Studie)

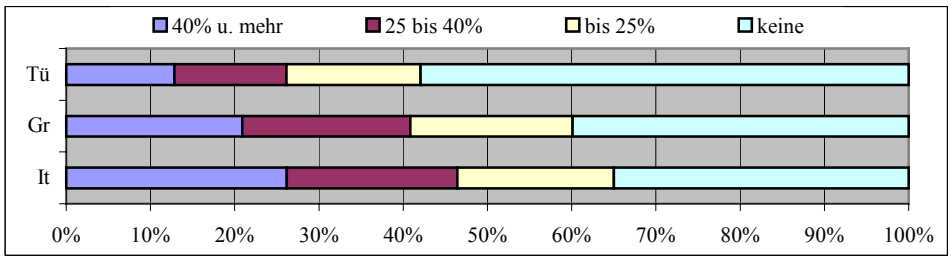


Tab.2: Höchster Schulabschluss. Schulentlassene ausländische Kinder insges. 1997/98

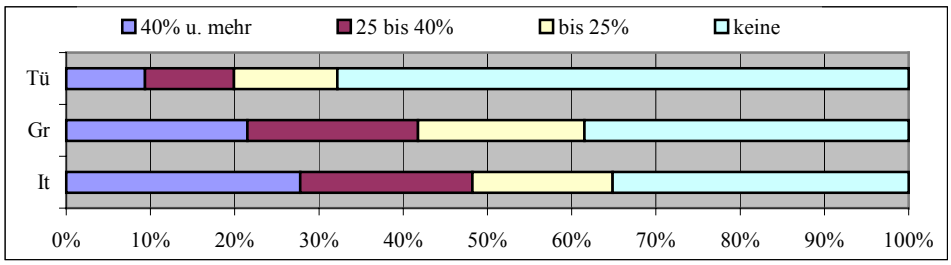
Ohne Abschluss	19,4 %
Hauptschulabschluss	42,7 %
Mittlere Reife	28,7 %
Fach-/Hochschulreife	9,7 %

Abb. 2: Anteil Deutscher im alltäglichen persönlichen Beziehungsnetz

Männer



Frauen



Tab. 3: Bereitschaft zur Ehe mit deutschem Partner/deutscher Partnerin nach Nationalität

Italiener	auf jeden Fall	möglicherweise	eher nicht	auf keinen Fall	ges. n
Männer	23,0	48,0	13,0	16,0	405
Frauen	18,0	37,0	20,0	25,0	404
Türken					
Männer	10,0	35,0	25,0	30,0	406
Frauen	7,0	22,0	18,0	53,0	392

Tab. 4: Gewünschte eigenethnische Freizeit- und Bildungseinrichtungen (Skala von 1 bis 7: 1,2 unwichtig; 3,4,5 teils/teils; 6,7 wichtig: hier die Werte 6 und 7)

Freizeiteinrichtungen	**Italiener**	**Griechen**	**Türken**	**Gesamt n**
Sportvereine	19,8	23,7	32,8	724
Jugendclubs	24,2	29,9	36,8	634
Discotheken	14,4	21,4	25,9	756
Bildungseinrichtungen				
Heimatsprache erste Fremdspr.	47,8	49,8	44,4	1076
Heimatkundeunterricht	37,6	44,1	47,6	512
Schulen	33,5	40,7	45,5	1183
Büchereien	25,1	28,5	33,4	997

Abb. 3a: Mitgliedschaft in deutschen Vereinen nach Nationalität

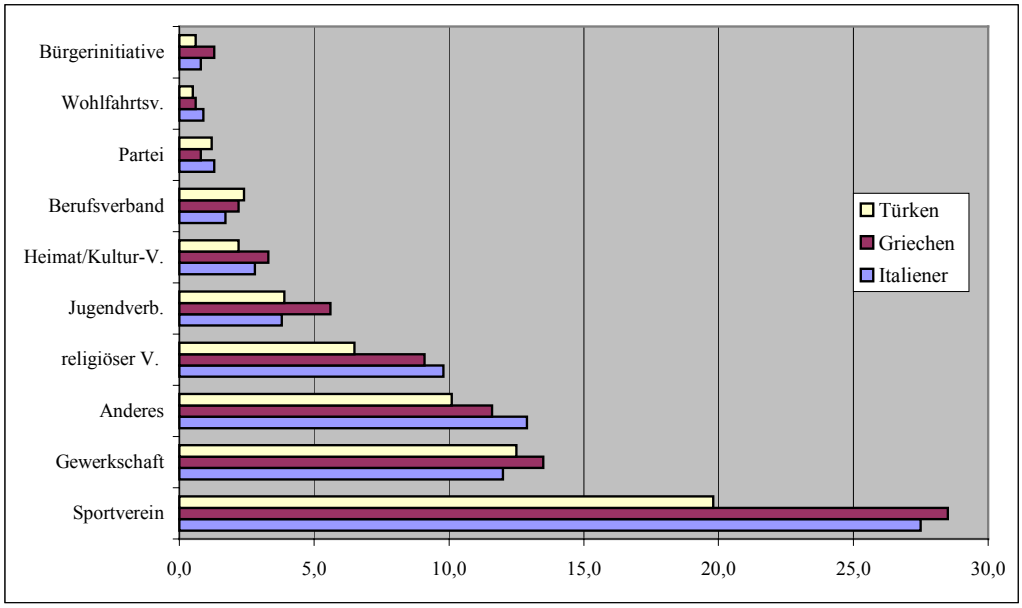
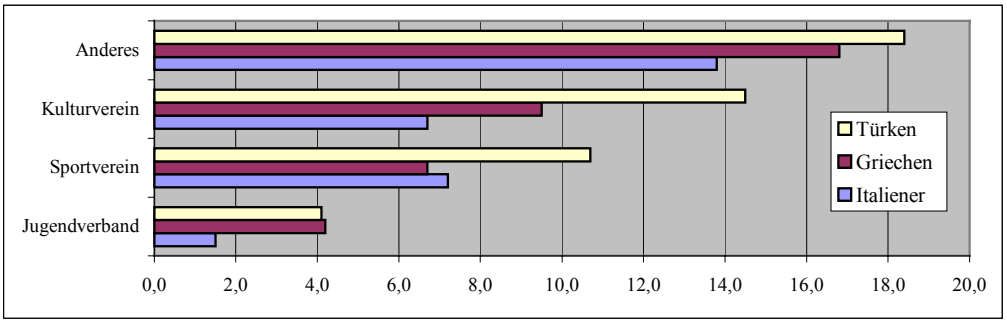


Abb. 3b: Mitgliedschaft in ausländischen Vereinen nach Nationalität



Tab. 5: Interesse an der deutschen Staatsbürgerschaft

	Italiener	Griechen	Türken	gesamt n
ja	29,5	26,9	31,3	732
möglich	36,7	36,8	35,3	908
nein	33,8	36,3	33,4	864
gesamt%/n	100,0	100,0	100,0	2504

Legende: Ja: Ich besitze sie bereits bzw. habe sie beantragt/ ja, auf jeden Fall; möglich(erweise), nein: wahrscheinlich nicht/auf keinen Fall

Tab.6:„Wenn auch Ausländer das allgemeine Wahlrecht in Deutschland erhalten, würden Sie dann selbst zur Bundestagswahl gehen?“

	Italiener	Griechen	Türken	gesamt n
ja	59,0	64,4	67,8	732
nein	13,7	12,3	10,4	908
weiß nicht	27,3	23,3	21,8	864
gesamt%/n	100,0	100,0	100,0	2504

Literaturverzeichnis

ALLBUS-Bevölkerungsumfrage 1996 (1997): „Einstellungen zu ethnischen Gruppen in Deutschland und zur Immigration“. Schwerpunktthema

Brosius, F. (1997): SPSS CHAID: Statistische Datenanalyse für Segmentierungsmodelle und Database Marketing. International Thomson Publishing Company

Bühl, A.; Zöfel, P. (1996): Professionelle Datenanalyse mit SPSS für Windows. Darstellung der Programmsyntax und Beschreibung der Module Categories, CHAID, Exakte Tests, LISREL, Tables and Trends, Bonn

Gille, M.; Krüger, W. (Hg.) (2000): Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16- bis 29-Jährigen im vereinten Deutschland. DJI-Jugendsurvey 2, Opladen

Hoffmann-Nowotny, J. (1999): Aspekte der internationalen Migration. In: Oltmer, J. (Hg.): Eingliederung und Ausgrenzung. Beiträge aus der historischen Migrationsforschung. Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS), Beiträge 12, S. 141-148

INFAS– Institut für angewandte Sozialwissenschaft GmbH (Hg.) (1998): „DJI – Jugendsurvey 1997“ – Methodenbericht, Bonn

Inglehart, R. (1998): Modernisierung und Postmodernisierung. Kultureller, wirtschaftlicher und politischer Wandel in 43 Gesellschaften. Frankfurt/New York

Marplan Forschungsgesellschaft mbH (Hg.) (1997): Methodenbericht „Ausländersurvey“, Offenbach/ Main

Noelle-Neumann, E.; Köcher, R. (Hg.), (1997): Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1993-1997, Bd. 10, Allensbach, S. 625-643

Offe, K. (1999): Wenn das Vertrauen fehlt. Demokratisierung ist nicht genug: Warum die Institutionen vor allem das politische Misstrauen der Staatsbürger entkräften müssen. In: Die Zeit, 50, 1999, S.12

Weidacher, A. (Hg.): In Deutschland zu Hause. Politische Orientierungen griechischer, italienischer, türkischer und deutscher junger Erwachsener im Vergleich. Opladen 2000

Wilkinson, H.: Kinder der Freiheit. Entsteht eine neue Ethik individueller und sozialer Verantwortung. In. Beck, U. (Hg.): Kinder der Freiheit. Frankfurt/M, 1997, S. 85-123

Andreas Goldberg

Integration von Türken in Deutschland

Vortrag bei der Arbeitstagung des Arbeitskreises „Migration – Integration – Minderheiten“ der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft in Berlin, 14. und 15.10.1999

Einleitung

In der Bundesrepublik leben derzeit rund 2,4 Mio. Bürger türkischer Herkunft. Viele von ihnen sind hier geboren oder haben ihre entscheidende Entwicklungsphase in der Bundesrepublik erlebt. Schon längst sind sie fester Bestandteil der Bevölkerung der Bundesrepublik. Als solche nehmen sie an sämtlichen Bereichen des politischen, gesellschaftlichen und öffentlichen Lebens teil. Darüber hinaus wird sich durch das neue Einbürgerungsgesetz ein nicht unerheblicher Teil der Migranten vom passiven „Mit“-Bürger zum aktiven Wähler wandeln. Dennoch weist die Integration dieser Bevölkerungsgruppe in vielen Bereichen noch deutliche Defizite auf. Auf der anderen Seite existieren eine ganze Reihe positiver Entwicklungen der Einbindung der Migranten in die deutsche Gesellschaft.

Der folgende Aufsatz stellt Umfrageergebnisse vor, die einige Facetten der sozialen, gesellschaftlichen, politischen und rechtlichen Integration und die Integrationsbereitschaft aus Sicht der türkischen Migranten beleuchten. Die Daten wurden im Rahmen einer im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Soziales, und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen jährlich stattfindenden Befragung türkischer Migranten in Nordrhein-Westfalen erhoben. Sie beinhaltet zentrale Aspekte der Integration wie die Schul- und Ausbildungssituation der türkischen Migranten, das Einkommen und die Haushaltsstruktur, den Zuwanderungsgrund und die Aufenthaltsdauer, Angaben zu Kontakten mit Deutschen, Rückkehrabsicht und Heimatbindung, Interesse an deutscher und türkischer Politik, die Einbürgerungsabsicht und Einschätzungen über die zukünftige Entwicklung der rechtlichen Stellung der Migranten.

Zunächst werden einige strukturelle Daten, die die Lebenssituation der türkischen Migranten kennzeichnen sowie die Methodik und die Durchführung der Befragung erläutert, um die Interpretation der Umfrageergebnisse zu ermöglichen.

1. Die Allgemeine Situation der Türken in Deutschland

Die Bevölkerungsentwicklung der türkischen Immigranten zeigt nach wie vor eine wachsende Tendenz, verursacht in erster Linie durch Geburtenüberschuss und Familiennachzug (vgl. Tab. 1). Die regionalen Schwerpunkte liegen in Berlin sowie den großstädtischen Ballungszentren der Länder NRW (Ruhrgebiet), Hessen (Frankfurt) und Baden-Württemberg (Stuttgart). In den neuen Bundesländern ist der Anteil der türkischen Bevölkerung nach wie vor sehr gering und umfasst nur rund 11.000 Personen insgesamt.

Die türkische Bevölkerung zeichnet sich aufgrund der Migrationsgeschichte durch eine jüngere Altersstruktur aus als die deutsche Bevölkerung. Knapp 30 % der Migranten sind unter 15 Jahre alt (Deutsche: 16 %), nur rund 10 % sind über 55 Jahre, und lediglich rund 2 % sind älter als 65 Jahre (Deutsche über 65: 16 %).

Mehr als ein Drittel der Migranten lebt seit über 20 Jahren in Deutschland und knapp zwei Drittel seit mehr als 10 Jahren. Bis 1997 wurden rund 175.000 Türken eingebürgert, zwei Drittel davon seit 1995. Für 1998 und 1999 wird mit je 40.000 Einbürgerungen gerechnet. Durch das neue Gesetz wird dieser Anteil noch deutlich steigen.

Das Bildungsniveau der türkischen Jugendlichen ist jedoch trotz eines erheblichen Anstiegs im Vergleich zur Elterngeneration gegenüber den deutschen Jugendlichen nach wie vor geringer: 45 % der türkischen Schüler besuchen die Grundschule, 22 % eine Hauptschule, 8 % eine Realschule und nur 5,5 % ein Gymnasium (Anteil der deutschen Gymnasiasten an allen Schülern: 22 %). 45.000 türkische Jugendliche befinden sich in einer gewerblichen Ausbildung (entspricht 2,8 % aller Azubis); vorwiegend in Industrie und Handwerk. Insgesamt besuchen knapp 100.000 Jugendliche eine berufliche Schule. Knapp 24.000 türkische Migranten studieren an deutschen Hochschulen, dies entspricht einem Anteil von 1,3 % aller Studierenden. Die Arbeitslosenquote unter den Türken in Deutschland betrug Ende 1998 24 % (Bundesdurchschnitt: 11,8 %).

Tab. 1: Allgemeine Situation der Türken in Deutschland[1]

Türkische Bevölkerung	2,1 Mio. Personen, 2,5 % der Bevölkerung
Regionaler Schwerpunkt	
Berlin	4,1 % der Bevölkerung
Nordrhein-Westfalen	4,0 % der Bevölkerung
Hessen	3,6 % der Bevölkerung
Baden-Württemberg	3,4 % der Bevölkerung
Altersstruktur	
Bis 15 Jahre	28,1 %
15 – 21 Jahre	11,3 %
21-35 Jahre	31,3 %
35-45 Jahre	10,0 %
45-55 Jahre	9,9 %
55-65 Jahre	7,9 %
Über 65 Jahre	1,7 %
Aufenthaltsdauer	
Bis 10 Jahre	38,2 %
10-20 Jahre	26,9 %
Mehr als 20 Jahre	34,9 %
Einbürgerungen	
Bis 1995 insgesamt	86.450 Personen
1996	46.294 Personen
1997	40.996 Personen
1998	40.000 (Schätzung)
Verteilung der Schüler	
Grundschule	45 %
Hauptschule	22 %
Realschule	8 %
Gymnasium	6 %
Ausbildungssituation	
Berufsschulen	100.000 Jugendliche
AZUBIs	45.000 Jugendliche
Studenten	24.000 Jugendliche
Erwerbstätigkeit	
Erwerbstätig	568.000 Personen
Arbeitslose	172.630 Personen Quote: 23 % (1997)

2. Die Studie: Auswahl und Methode

Im Juni 1999 wurden im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen vom Zentrum für Türkeistudien eine repräsentative, standardisierte, computerunterstützte telefonische Befragung von 1.000 volljährigen, türkischstämmigen Immigranten durchgeführt.

[1] Daten: Statistisches Bundesamt, ZfT-Berechnungen, Bezugsjahr 1997 – falls nicht anders angegeben

Die Befragten wurden nach dem Zufallsprinzip aus einer im Zentrum für Türkeistudien (ZfT) erstellten Adressenliste von mehr als 90.000 türkischen Haushalten in Nordrhein-Westfalen ausgewählt. Diese wurde aus einem bundesweiten elektronischen Telefonverzeichnis anhand einer 10.000 türkische Nachnamen umfassenden Liste ausgewählt. Aus diesem Pool wurden 5.000 Haushalte als Stichprobe gezogen. Anhand der „Geburtstagsfrage“ (Wer hatte in ihrem Haushalt als letztes Geburtstag?) wurde innerhalb der Haushalte eine Zufallsauswahl getroffen. Aufgrund der Auswahl nach Nachnamen sind auch Personen unter den Befragten, die die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Die Interviews wurden wahlweise in deutsch oder türkisch geführt.

3. Ergebnisse

3.1 Soziodemographische Merkmale der türkischen Migranten

Das Durchschnittsalter der Befragten beträgt 36 Jahre; mehr als ein Drittel sind zwischen 18 und 29 Jahre alt, nur 5 % sind 60 Jahre und älter. Durch die Altersstruktur ergibt sich auch die Familienkonstellation, die von derjenigen der deutschen Bevölkerung abweicht: Die Befragten leben seltener in Single-Haushalten. Lediglich 2,5 % der Türken leben alleine, während inzwischen 16 % der Deutschen in NRW in Ein-Personen-Haushalten leben. Die durchschnittliche Haushaltsgröße beträgt 4,1 Personen, deutsche Haushalte bestehen demgegenüber im Schnitt aus 2,2 Personen. Knapp 80 % der volljährigen Türken sind verheiratet. Im Durchschnitt haben sie 1,4 Kinder. Für die türkischen Migranten ist demzufolge eine stärkere Einbindung in familiäre Bezüge festzustellen.

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer beträgt 21 Jahre. 64 % der Befragten leben 20 Jahre und länger in Deutschland. Die Mehrheit der Befragten (58 %) ist im Zuge der Familienzusammenführung nach Deutschland gekommen, nur noch 17 % aller Migranten sind als Gastarbeiter eingereist. Fast ebenso viel (15 %) sind bereits in Deutschland geboren. In der Befragung wurden keine Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren berücksichtigt.

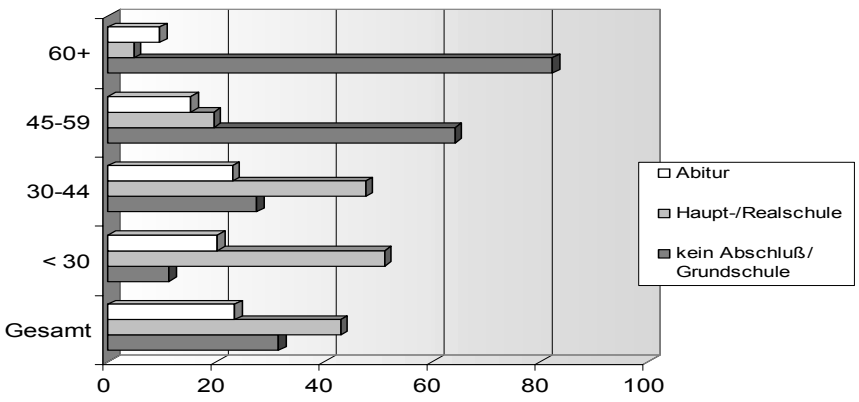
Tab. 2: Soziostrukturelle Merkmale

	Prozent
Alter	
unter 30 Jahre	36,9
30 bis 44 Jahre	38,4
45 bis 59 Jahre	20,3
60 Jahre und älter	4,5
Mittelwert (Jahre)	36,0
HaushaltsgrößeMittelwert (Personen)	4,1
Kinder pro Haushalt Mittelwert (Kinder)	1,4
Verheiratete	78,3
Aufenthaltsdauer in Deutschland	
bis 3 Jahre	2,1
4 bis 9 Jahre	11,3
10 bis 19 Jahre	22,5
20 und mehr Jahre	64,1
Mittelwert	20,9
Zuwanderungsgrund der Befragten	
Gastarbeiter	17,0
Flüchtling/Asylbewerber	0,8
Familienzusammenführung	57,9
Studium oder Ausbildung	2,7
In Deutschland geboren	15,5
Sonstiges	1,9

3.2 Schul- und Ausbildung als Voraussetzung der sozialen Integration

Das Niveau der schulischen wie der beruflichen Ausbildung ist nach wie vor gering, steigt jedoch in den jüngeren Altersgruppen deutlich an. Mehr als ein Drittel der Befragten – vorwiegend die älteren Befragten - haben keinen Schulabschluss, 43 % erreichten einen Haupt- oder Realschulabschluss und nur rund 23 % der Befragten erwarben eine Fachhochschul- oder Hochschulreife.

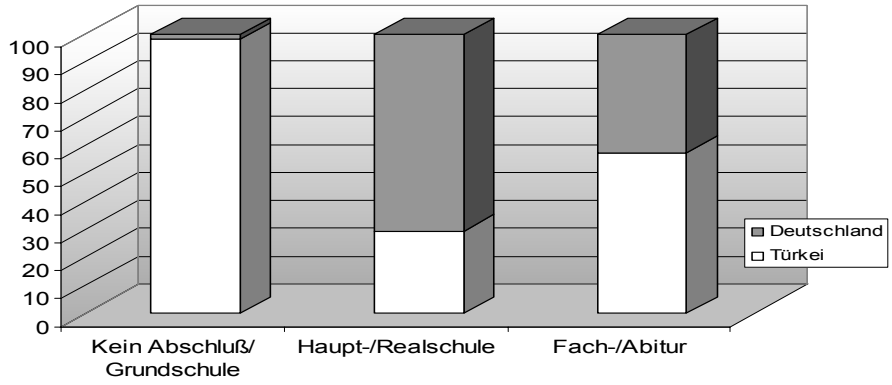
Abb. 1: Schulabschluss gesamt und nach Altersgruppen



Bei der Betrachtung der Schulabschlüsse nach Altersgruppen zeigt sich, dass in der jüngsten Generation (18-29 Jahre) noch 11 % keinen Schulabschluss haben. Entsprechend ist der Anteil der Befragten mit Fachabitur und Abitur in den beiden jüngeren Altersgruppen (18-44 Jahre) höher als in den älteren.

Rund 60 % der Befragten absolvierten die schulische Ausbildung in der Türkei. Insbesondere die Befragten, die keinen Abschluss besitzen oder nur die Grundschule besuchten – also die älteren Befragten - verbrachten ihre Schulzeit in der Türkei. Diejenigen, die die Schule in Deutschland besucht haben, erwarben auch einen Abschluss – meist einen Haupt- oder Realschulabschluss. Auffällig ist allerdings, dass die Mehrheit der Befragten mit Abitur – auch die jüngeren - dieses in der Türkei erworben haben.

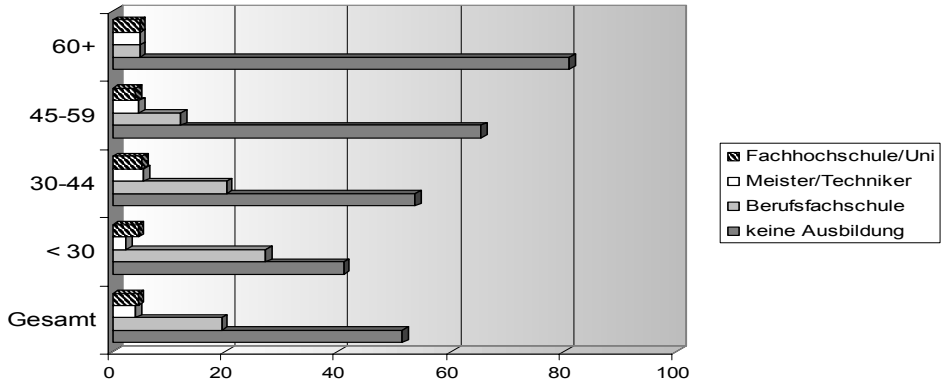
Abb. 2: Schulabschluss nach Schulabschlussländern



Nach wie vor gelingt es Türken selten, im deutschen Bildungssystem das höchste Niveau zu erreichen. Das Ansteigen des Niveaus generell in den jüngeren Generationen lässt jedoch für die Zukunft auf die zunehmende Integration der Migranten in das Schulsystem und damit auf bessere Voraussetzungen für die soziale Integration hoffen.

Die gleiche Tendenz zeigt sich bei den Berufsabschlüssen. Auch hier ist zunächst hervorzuheben, dass mehr als die Hälfte der Befragten keine Berufsausbildung haben. Nur rund 4 % haben einen Techniker- oder Meisterabschluss und lediglich 5 % einen Universitätsabschluss. Sichtbar ist jedoch ebenfalls, dass der Anteil derjenigen mit einer Berufsausbildung in der jüngsten Generation deutlich höher ist als bei den älteren Befragten. Somit setzt sich der Zusammenhang zwischen dem Alter und dem Grad des Schulabschlusses in der beruflichen Ausbildung fort.

Abb. 3: Ausbildungsabschluss gesamt und nach Altersgruppen



Da fehlende Ausbildungsabschlüsse und eine unzureichende Berufsausbildung als einer der wichtigsten Ursachen für sozio-ökonomische Problemlagen und als größtes Hemmnis der Integration angesehen werden müssen, kann das steigende Ausbildungsniveau in den jüngeren Altersgruppen als positives Zeichen für die Entwicklung der türkischen Migrantengruppe angesehen werden.

3.3 Berufliche Stellung und Einkommensstruktur als Indikatoren der sozialen Integration

Die Mehrheit der Befragten ist erwerbstätig. Von den 40 %, die nicht erwerbstätig sind, sind die Hälfte Hausfrauen, nur 12 % sind Rentner. 15 % der nicht erwerbstätigen Befragten gaben an, arbeitslos zu sein. Zu berücksichtigen ist hierbei, dass Jugendliche unter 18 Jahren in der Befragung nicht enthalten sind.

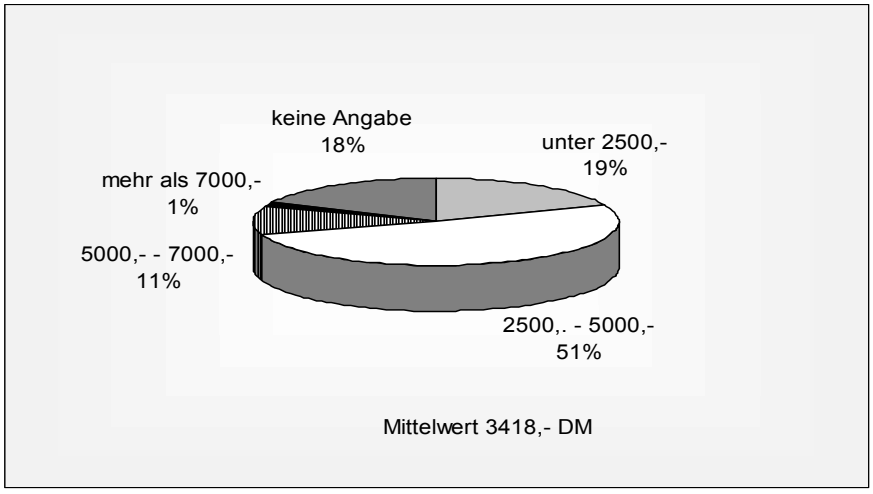
Tab. 3: Erwerbsstruktur

	Prozent
Erwerbstätigkeit	
Vollzeit (mind. 34 Wochenstunden)	46,2
Teilzeit (unter 34 Wochenstunden/über 630 DM)	5,8
geringfügig beschäftigt (bis 630 DM)	4,5
nicht erwerbstätig	40,1
Geringfügig u. nicht erwerbstätige Personen sind...:	
Student/in	6,8
Rentner/in	12,3
Arbeitslose/r	15,2
Hausfrau/-mann	51,1
andere Gründe	10,5
Vollzeit u. Teilzeit erwerbstätige Personen sind...:	
Facharbeiter/Arbeiter/in	44,2
Facharbeiter/in	22,9
Angestellte/r	8,3
Beamter/Beamtin	2,8
Selbständige/r in freien akademischen Beruf	2,1
Selbständige/r in Handel, Gewerbe, Dienstleistung	12,6

Entsprechend der Ausbildungslage sind knapp die Hälfte der erwerbstätigen Befragten un- oder angelernte Arbeiter, ein Viertel sind Facharbeiter. Nur 8 % sind in einem Angestelltenverhältnis beschäftigt. Beamte und freie Berufe sind unter der türkischen Bevölkerung kaum zu finden[2]. Allerdings sind inzwischen 13 % der Befragten in Handel, Industrie oder Dienstleistung als Selbständige tätig.

Die berufliche Stellung wirkt sich deutlich auf den ökonomischen Status der Befragten und ihrer Familien aus. Im Durchschnitt steht den befragten Haushalten bei einer Haushaltsgröße von 4,1 Personen ein Netto-Einkommen von 3418,- DM zur Verfügung. Damit liegt das Durchschnittseinkommen der Befragten um ca. 660,- DM niedriger als das Durchschnitteinkommen der Gesamtbevölkerung in NRW (4079.- DM). Dabei ist zu berücksichtigen, dass die türkischen Haushalte fast doppelt so viele Personen umfassen wie deutsche Haushalte.

Abb. 4: Einkommensstruktur

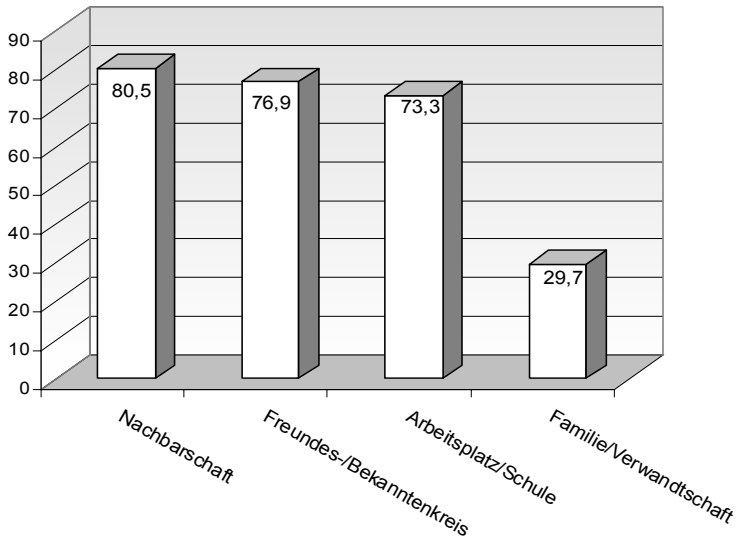


Nach wie vor ist die soziale Situation der türkischen Migranten schlechter als die der deutschen Bevölkerung. Zu hoffen ist, dass sich diese durch die Zunahme des Ausbildungsniveaus in den jüngeren Altersgruppen in Zukunft verbessert.

[2] In Nordrhein-Westfalen sind 55 % der Beschäftigten Beamte und Angestellte, 10 % sind Selbständige und 35 % sind Arbeiter (Quelle: Städte- und Kreisstatistik Ruhrgebiet, hrsg. vom Kommunalverband Ruhrgebiet, 1995

3.4 Die Kontakte zur deutschen Bevölkerung als Indikator der gesellschaftlichen Integration

Abb. 5: Kontakte zu Deutschen



Rund drei Viertel der Befragten haben Kontakte zu Deutschen, am häufigsten mit 81 % in der Nachbarschaft. 77 % haben Deutsche in ihrem Freundes- und Bekanntenkreis. Der Anteil dieser „freiwilligen“ Kontakte übertrifft den Anteil der Kontakte am Arbeitsplatz. Sogar innerhalb der Familie trifft man immerhin bei 30 % der Befragten auf Deutsche.

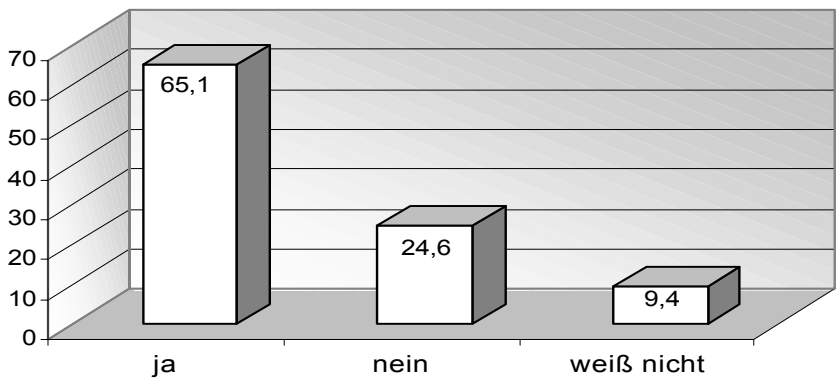
Ältere Befragte und Frauen haben dabei weniger Kontakte als jüngere Befragte. Markante Differenzierungen zeigen sich ebenfalls bei den formalen Bildungsabschlüssen: Je höher die Ausbildung der Befragten ist, um so größer ist der Anteil der deutschen Freunde und Bekannten. Möglicherweise liegt der Grund in den besseren Gelegenheitsstrukturen dieser Gruppe zum Kennenlernen Deutscher und in der größeren Offenheit gegenüber einer anderen Kultur.

Tab. 4: Zusammenhang zwischen Kontakten zu Deutschen in verschiedenen Lebensbereichen und soziodemographischen Merkmalen

	Kontakt zu Deutschen			
	Nachbarschaft	**Freundeskreis**	**Arbeitsplatz**	**Familie**
Geschlecht				
männlich	74,7	72,7	79,3	27,6
weiblich	69,7	64,8	51,5	26,0
Alter				
unter 30 Jahre	76,7	77,9	70,6	26,5
30 bis 44 Jahre	74,1	69,1	69,3	28,8
45 bis 59 Jahre	68,4	62,1	61,1	26,8
60 Jahre und älter	59,5	45,2	40,5	21,4
Erwerbstätigkeit				
Erwerbstätig	77,4	75,4	90,0	29,9
Nicht erwerbstätig	66,5	61,6	38,4	23,0
Schulbildung				
Noch Schüler	95,8	95,8	95,8	33,3
Ohne Abschluss/Grundschule	64,1	51,6	47,1	18,1
Haupt-/Realschule	76,2	76,7	73,5	29,9
Abitur	79,1	79,5	78,5	34,7
Aufenthaltsdauer				
Bis 3 Jahre	50,0	55,0	30,0	15,8
4 bis 9 Jahre	65,4	63,6	52,8	25,5
10 bis 19 Jahre	73,0	65,4	66,8	25,8
20 Jahre und mehr	74,4	73,1	70,2	28,3
Gesamt (Prozent)	80,5	76,9	73,3	29,7

Trotz der ausgeprägten Kontakte in allen Lebensbereichen verspürt die überwiegende Mehrheit der Befragten (65 %) den Wunsch nach mehr Kontakten zur deutschen Bevölkerung – unabhängig davon, ob sie bereits viel oder wenig Kontakte haben und in welchem Wohnumfeld sie leben.

Abb. 6: Wunsch nach mehr Kontakten zu Deutschen

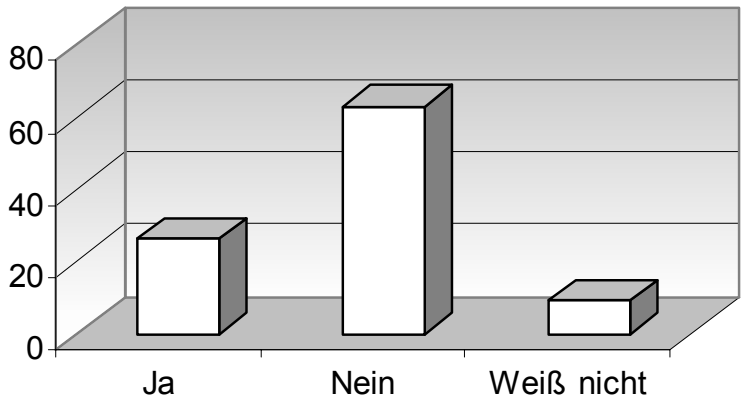


Der Kontakt zu Deutschen beschränkt sich nicht auf die Lebensbereiche, auf deren ethnische Zusammensetzung die Befragten keinen Einfluss haben. Dies deutet in Verbindung mit dem deutlichen Wunsch nach mehr Kontakten zu Deutschen darauf hin, dass die strikte Trennung der beiden Gesellschaften nicht mehr so stark ist und das Zusammentreffen mit Deutschen von der Mehrheit der türkischen Migranten gewollt wird und sogar intensiviert werden sollte. Somit kann bei der türkischen Bevölkerung eine hohe gesellschaftliche Integrationsbereitschaft festgestellt werden.

3.5 Rückkehrabsicht und nationale Verbundenheit als Indikator der Integrationsbereitschaft

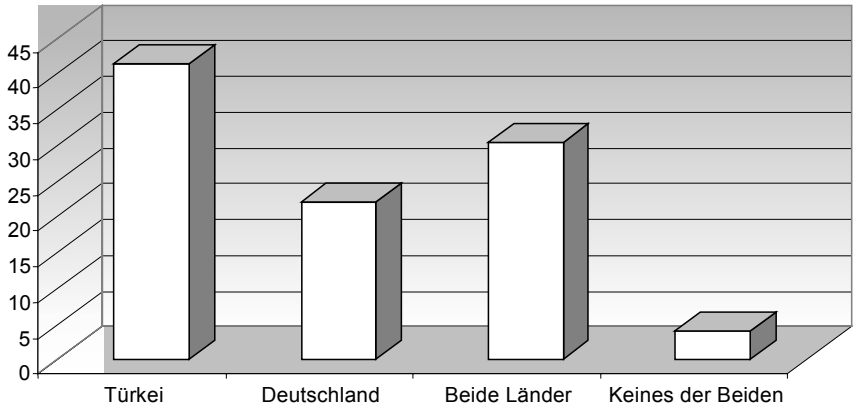
Fast zwei Drittel der Befragten planen keine Rückkehr in die Türkei. 22 % der Befragten fühlen sich in erster Linie mit der Bundesrepublik verbunden, ein Drittel hegt Verbundenheit sowohl mit Deutschland als auch mit der Türkei und nur 41 % der Befragten fühlen sich in erster Linie mit der Türkei verbunden.

Abb. 7: Rückkehrabsicht



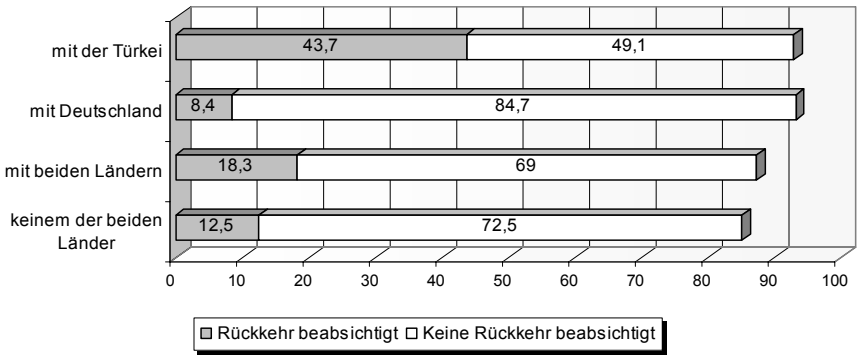
Die Rückkehrneigung steht erwartungsgemäß in enger Beziehung zur Verbundenheit mit der Türkei; dennoch wollen die Hälfte der Befragten, die sich in erster Linie mit der Türkei verbunden fühlen, nicht dorthin zurückkehren. Offensichtlich hat auch die Mehrheit der Heimatverbundenen inzwischen ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland gefunden.

Abb. 8: Nationale Verbundenheit



Sowohl Rückkehrneigung als auch Heimatverbundenheit stehen mit soziodemographischen Faktoren in Zusammenhang: Je jünger die Befragten sind und je länger sie in der Bundesrepublik leben, um so geringer ist der Anteil der Rückkehrwilligen und der Türkeiverbundenen.

Abb. 9: Zusammenhang von nationaler Verbundenheit und Rückkehrabsicht



Am stärksten ist jedoch der Zusammenhang zwischen Heimatverbundenheit und Rückkehrabsicht, wenn man nach dem Zuwanderungsgrund differenziert: „Gastarbeiter“ fühlen sich danach noch am stärksten mit der Türkei verbunden und hegen am ehesten den Wunsch nach Rückkehr. Befragte, die im Zuge der Familienzusammenführung nach Deutschland gekommen sind und solche, die hier geboren wurden, fühlen sich in stärkerem Maße in der Bundesrepublik zu Hause – nur noch 16 % der hier Geborenen fühlen sich in erster Linie mit der Türkei verbunden.

Obwohl inzwischen auch 59 % der ehemaligen Gastarbeiter nicht mehr daran denken, ganz in die Heimat zurückzugehen, haben ein Drittel von ihnen zumindest gedanklich die Absicht, zurückzukehren. Von den hier Geborenen schließen drei Viertel eine „Rückkehr“ aus; lediglich 18 % denken über die Option der Auswanderung in die Türkei nach.

Tab. 5: Zusammenhang von Rückkehrabsicht bzw. Heimatverbundenheit und soziodemographische Merkmalen

	Verbundenheit mit			Rückkehrabsicht	
	Türkei	Deutschland	beiden	ja	nein
Geschlecht					
Männlich	46,9	21,3	25,8	29,6	59,8
Weiblich	35,4	22,9	35,8	22,9	67,1
Alter					
Unter 30 Jahre	29,9	33,1	32,6	22,0	69,5
30 – 44 Jahre	41,5	20,3	32,9	26,2	63,5
45-59 Jahre	56,1	11,6	30,2	34,7	56,8
60 Jahre und älter	75,6	2,4	19,5	35,7	57,1
Aufenthaltsdauer					
Bis 3 Jahre	60,0	15,0	25,0	35,0	65,0
4 – 9 Jahre	52,3	17,8	23,4	33,0	56,6
10 – 19 Jahre	43,9	21,2	30,2	21,8	66,4
20 Jahre und mehr	38,7	24,3	33,2	27,0	64,3
Zuwanderungsgrund					
Gastarbeiter	64,5	9,0	21,7	33,3	58,9
Familienzusammenf.	42,4	20,5	33,6	27,7	62,5
Studium/Ausbildung	44,4	14,8	33,3	25,9	55,6
Geburtsort	16,2	42,9	35,7	17,8	75,0
Einkommen					
Unter 2500,-	49,7	23,5	23,0	23,9	65,8
2500,- bis 5000,-	42,5	22,7	30,4	29,2	63,1
5000,-bis 7000,-	31,1	27,2	36,9	18,4	70,9
Mehr als 7000,-	46,2	23,1	23,1	53,8	46,2
Berufliche Stellung					
Arbeiter	42,8	25,1	28,5	27,3	62,8
Angestellte	22,4	31,0	43,1	13,6	72,9
Selbständige	34,6	19,2	41,0	34,6	59,0

Erwartungsgemäß wirkt sich die soziale Lage der Befragten auf die Heimatgefühle aus. Je niedriger das Einkommen und die berufliche Stellung der Befragten ist, um so höher ist die Verbundenheit mit der Türkei.

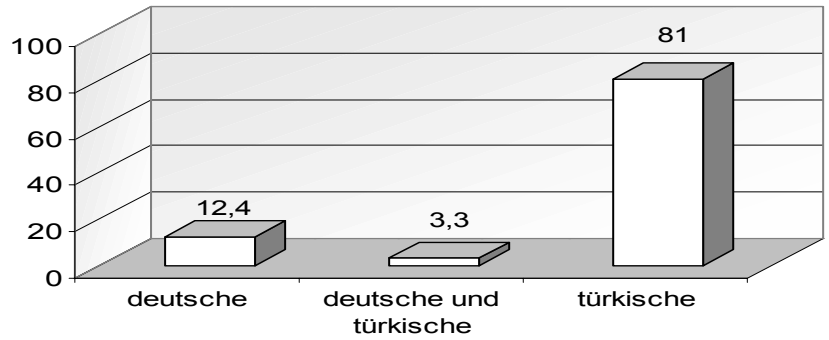
Auf die Rückkehrabsicht wirkt sich das Einkommen und der Berufsstatus allerdings in anderer Art aus: Befragte mit mittlerem und mit sehr hohem Einkommen sowie Selbständige wollen überproportional häufig in die Türkei zurückkehren. Möglicherweise wirkt sich die Aussicht, mit dem hier erworbenen Geld in der Türkei in besseren Verhältnissen leben und eine berufliche Existenz aufbauen zu können, auf diese Überlegungen aus. Diese Option stellt sich für die Befragten mit niedrigem Einkommen und Berufsstatus nicht.

Sowohl die soziale Lage als auch die Aufenthaltsdauer, das Alter, vor allem aber die mental lange nachwirkende Zuwanderungsursache wirken sich auf die Heimatverbundenheit aus und beeinflussen in erster Linie die Rückkehrneigung. Insgesamt kann jedoch eine hohe Integrationsbereitschaft festgestellt werden.

3.6 Einbürgerung als Indikator der rechtlichen Integration

Die überwiegende Mehrheit der Befragten ist nach wie vor türkischer Staatsangehörigkeit. Immerhin haben bereits 16 % ausschließlich oder zusätzlich die deutsche Staatsbürgerschaft und damit volle demokratische und rechtsstaatliche Rechte in der Bundesrepublik erhalten.

Abb. 10: Staatsangehörigkeit



Die eingebürgerten Migranten gehören mehrheitlich den beiden jüngeren Altersgruppen an. Diejenigen Befragten, die die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, leben zu 78 % seit 20 Jahren und länger in Deutschland. Befragte, die weniger lange hier leben, haben unterdurchschnittlich häufig die deutsche Staatsbürgerschaft. Dies hat seine Ursache in den gesetzlichen Bestimmungen zur Einbürgerung, die den Immigranten bisher die Einbürgerung stark erschwert haben.

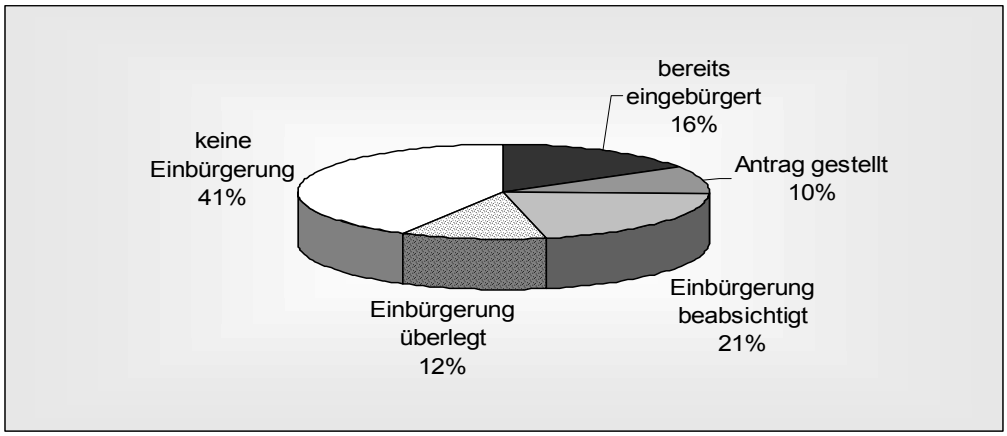
Tabelle 6: Zusammenhang zwischen Staatsbürgerschaft und soziodemographischen Merkmalen

	Staatsbürgerschaft		
	deutsche	deutsche und türkische	türkische
Geschlecht			
Männlich	51,2	43,8	52,5
Weiblich	48,8	56,3	47,5
Alter			
Unter 30 Jahre	41,3	36,4	36,4
30 – 44 Jahre	45,5	39,4	37,2
45-59 Jahre	13,2	18,2	21,2
60 Jahre und älter	-	6,1	5,2
Aufenthaltsdauer			
Bis 3 Jahre	0,8	6,1	2,2
4 – 9 Jahre	5,8	-	12,7
10 – 19 Jahre	15,7	30,3	23,3
20 Jahre und mehr	77,7	63,6	61,9
Zuwanderungsgrund			
Gastarbeiter	9,8	6,1	18,8
Familienzusammenf.	58,2	57,6	59,8
Studium/Ausbildung	4,9	6,1	2,4
Geburtsort	25,4	24,2	14,3

Ein Viertel der Eingebürgerten ist hier geboren, knapp 60 % von ihnen sind im Zuge der Familienzusammenführung nach Deutschland eingereist und nur 10 % sind ehemalige Gastarbeiter. Damit sind letztere unter den türkischstämmigen Deutschen deutlich unterrepräsentiert. Neben den gesetzlichen Bestimmungen ist möglicherweise auch die mentale Befindlichkeit der „Gastarbeiter" eine Ursache für den geringen Einbürgerungsgrad der Migranten der ersten Generation.

10 % der Befragten, die die deutsche Staatsbürgerschaft noch nicht besitzen, haben bereits einen Antrag auf Einbürgerung gestellt und ein weiteres Fünftel hat die feste Absicht, dies in nächster Zukunft nachzuholen. Zusätzlich überlegen weitere 12 % der türkischen Staatsbürger, ob sie einen Antrag stellen wollen. 40 % der Befragten möchten oder können sich nicht einbürgern lassen.

Abb. 11: Einbürgerungsabsicht



Die Befragten aus den beiden jüngeren Altersgruppen haben überproportional eine feste Einbürgerungsabsicht bzw. bereits Anträge gestellt. Entsprechend ist der Anteil der Einbürgerungswilligen unter den älteren Befragten geringer.

Damit hängt vermutlich zusammen, dass Befragte ohne Schulabschluss weniger häufig Einbürgerungsabsichten haben als Haupt- oder Realschulabgänger und Abiturienten, von denen jeweils ein Drittel die Absicht bekunden und weitere 15 % bereits einen Antrag gestellt haben.

Nach der beruflichen Stellung weisen Angestellte die höchste Einbürgerungsabsicht auf. Ein Drittel von ihnen hat bereits einen Antrag gestellt, weitere 30 % haben die Absicht. Arbeiter sind sowohl der Absicht nach als auch in der Antragstellung zurückhaltender. Mit steigendem Einkommen verstärkt sich die Einbürgerungsabsicht tendenziell.

Tab. 7: Zusammenhang von Einbürgerungsabsicht und soziodemographischen Merkmalen

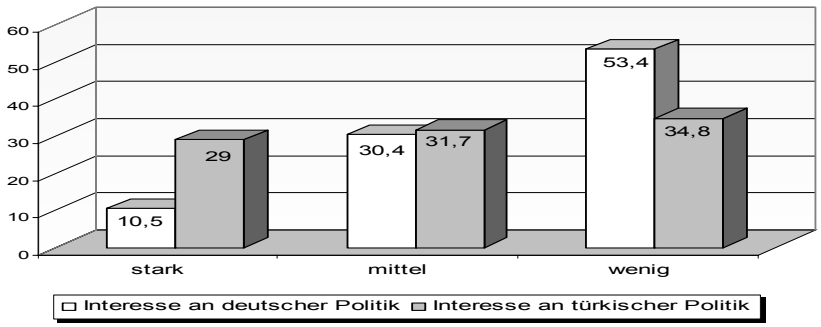
	Feste Absicht auf Einbürgerung	Einbürgerungsantrag bereits gestellt
Geschlecht		
Männlich	25,9	10,6
Weiblich	21,6	11,7
Alter		
Unter 30 Jahre	31,8	15,5
30 – 44 Jahre	28,7	12,8
45-59 Jahre	11,3	3,6
60 Jahre und älter	5,0	2,5
Schulbildung		
Keinen Abschluss	13,3	6,0
Haupt-/Realschule	30,4	14,9
Abitur	31,4	15,4
Erwerbstätigkeit		
Erwerbstätig	25,3	15,2
Nicht erwerbstätig	23,7	7,3
Berufliche Stellung		
Arbeiter	23,3	12,3
Angestellte	29,7	35,1
Selbständige	30,9	16,4
Einkommen		
Unter 2500	21,9	6,3
2500 bis 5000	22,8	13,5
5000 – 7000	27,8	11,4
Mehr als 7000	18,2	9,1
Aufenthaltsdauer		
Bis 3 Jahre	35,3	-
4 – 9 Jahre	37,0	6,0
10 – 19 Jahre	25,7	15,8
20 Jahre und mehr	21,3	11,5
Zuwanderungsgrund		
Gastarbeiter	10,3	5,8
Familienzusammenf.	25,6	10,6
Studium/Ausbildung	31,6	15,8
Geburtsort	35,7	19,1

Somit ist insbesondere unter den jüngeren türkischen Migranten ein hohes Potential an Einbürgerungswilligen vorhanden. Allerdings zeigt sich auch hier, dass soziale Benachteiligung die Integrationsbereitschaft beeinträchtigt.

3.7 Interesse an deutscher Politik und Interessenvertretungsinstanzen als Indikator der politischen Integration

Das Interesse der Befragten an der Politik in Deutschland ist im Vergleich mit der türkischen Politik etwas geringer ausgeprägt. Dennoch interessieren sich rund 40 % der Befragten für politische Ereignisse in Deutschland[3].

Abb. 12: Interesse an deutscher und türkischer Politik



Je schlechter die soziale Lage (berufliche Stellung, Einkommen) der türkischen Migranten und je geringer das Bildungsniveau ist, desto geringer ist generell das politische Interesse.

Befragte, die bereits in Deutschland geboren sind, sind stärker an deutscher und weniger stark an türkischer Politik interessiert als die Gastarbeiter der ersten Generation.

Der Zusammenhang von Staatsbürgerschaft und Interesse an deutscher Politik macht deutlich, dass der rechtliche Ausschluss der Mehrheit der Migranten vom politischen Leben starken Einfluss auf das politische Interesse nimmt. Von den türkischen Staatsbürgern sind 38 % an deutscher Politik interessiert, bei den deutschen Staatsbürgern sind es fast doppelt so viele (64 %).

[3] Zum Vergleich: In der deutschen Bevölkerung liegt der Anteil derjenigen, die sich für Politik interessieren bei rund 55 % (Quelle: Wilhelm Bürklin: Gesellschaftlicher Wandel, Wertewandel und politische Beteiligung, 1992)

Tab. 8: Zusammenhang zwischen geringem politischen Interesse und soziodemographischen Merkmalen

	Geringes Interesse an **deutscher** Politik	**Geringes** Interesse an **türkischer** Politik
Geschlecht		
Männlich	44,7	29,2
Weiblich	62,9	41,1
Alter		
Unter 30 Jahre	58,3	40,2
30 – 44 Jahre	49,7	29,8
45-59 Jahre	52,6	34,2
60 Jahre und älter	69,0	31,7
Schulbildung		
Keinen Abschluss	65,4	38,5
Haupt-/Realschule	57,1	37,8
Abitur	36,4	26,4
Erwerbstätigkeit		
Erwerbstätig	47,4	32,6
Nicht erwerbstätig	62,8	39,3
Berufliche Stellung		
Arbeiter	52,0	32,0
Angestellte	30,5	44,1
Selbständige	42,3	30,8
Einkommen		
Unter 2500	56,5	40,8
2500 bis 5000	57,5	33,3
5000 – 7000	44,2	32,7
Mehr als 7000	46,2	33,3
Aufenthaltsdauer		
Bis 3 Jahre	70,0	52,6
4 – 9 Jahre	68,2	24,3
10 – 19 Jahre	60,2	33,2
20 Jahre und mehr	49,4	37,3
Zuwanderungsgrund		
Gastarbeiter	56,0	34,7
Familienzusammenf.	57,9	35,0
Studium/Ausbildung	18,5	18,5
Geburtsort	48,4	40,6

Das geringere Interesse an der deutschen Politik hat neben dem rechtlichen Ausschluss vom politischen Leben möglicherweise eine weitere Ursache in der Einschätzung geringer politischer Einflussmöglichkeiten und einer geringen Interessenvertretung durch politische Instanzen und Institutionen. Die Mehrheit der Befragten sieht die eigenen Interessen nicht oder nur teilweise durch politische Institutionen vertreten. Türkische Selbstorganisationen und Gewerkschaften gelten dabei für die türkischen Migranten noch in stärkerem Maße als Interessenvertreter. Dies ist angesichts der Sozialstruktur (hoher Arbeiteranteil) und der Basisnähe dieser beiden Organisationstypen allerdings keine Überraschung. Bemerkenswert ist, dass auch die türkische Regierung überwiegend als Interessenvertreter gesehen wird.

Abb. 13: Zusammenhang von Staatsbürgerschaft und Interesse an deutscher Politik

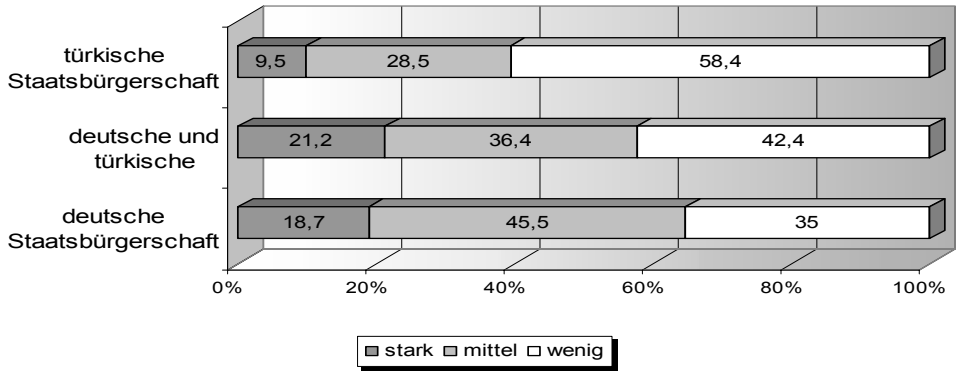
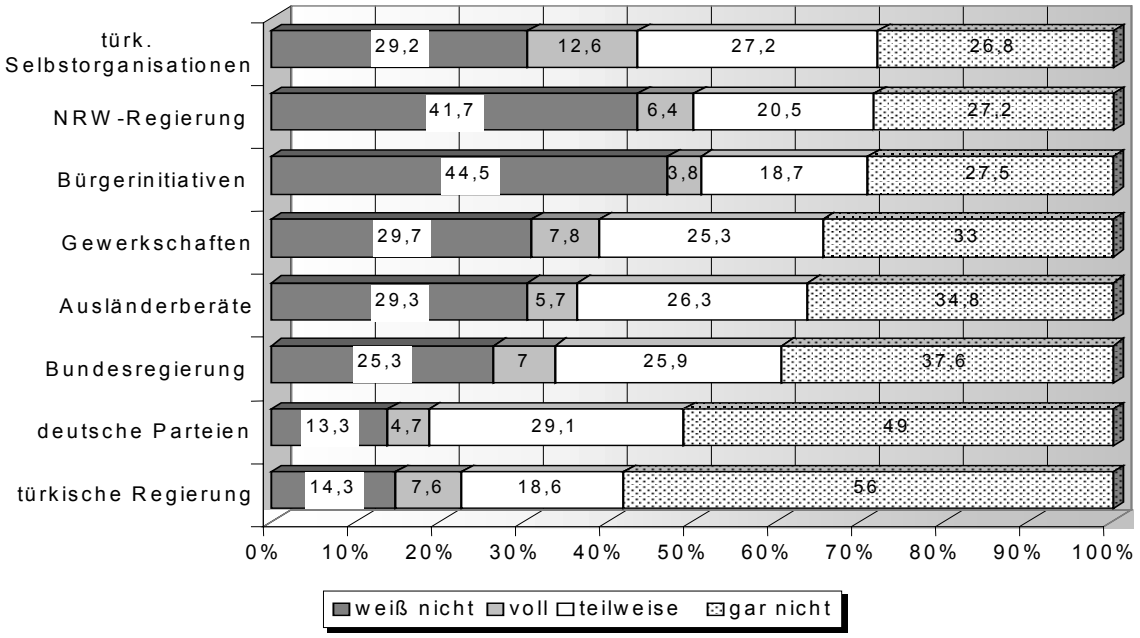


Abb. 14: Interessenvertretung durch Institutionen



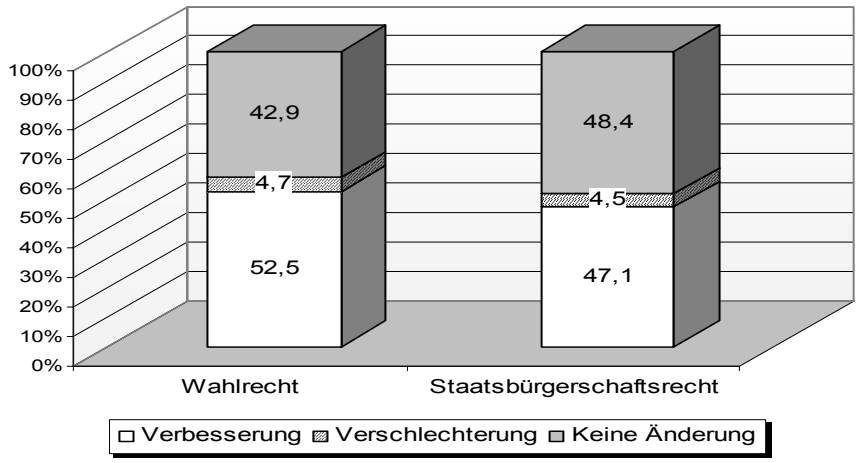
Auch die deutschen Parteien werden kaum als Interessenvertretung angesehen, wobei der hohe Anteil in der Kategorie "teilweise" auf eine differenzierte Beurteilung der Parteien hindeutet. Aber auch die Ausländerbeiräte sowie die Bundes- und Landesregierung werden nur von einem kleinen Teil der Befragten als Interessenvertreter gesehen.

3.8 Erwartungen an die rechtliche Integration

Die Befragten hoffen mehrheitlich, dass sich die Situation der Ausländer in der Bundesrepublik durch ein Wahlrecht verbessern würde, dennoch sind 43 % der Überzeugung, dass sich nichts ändern würde.

Diese Einstellung korrespondiert leicht mit der Einschätzung einer geringen Interessenvertretung durch die deutschen Parteien.

Abb. 15: Erwartete Veränderung durch neue Gesetzgebung



In Bezug auf die erleichterte Einbürgerung stellt sich die Perspektive widersprüchlich dar: Etwa die Hälfte erwartet Verbesserungen, die andere Hälfte glaubt jedoch nicht, dass sich dadurch an der Situation der Ausländer in der Bundesrepublik etwas ändert. Offensichtlich traut man Gesetzesänderungen nicht zu, an der vorwiegend im alltäglichen Umgang mit der deutschen Bevölkerung und weniger im Rechtssystem stattfindenden Diskriminierung etwas ändern zu können.

Die Erwartung über eine verbesserte Situation durch das neue Einbürgerungsgesetz steht in Zusammenhang mit der Einbürgerungsabsicht: 63 % derjenigen, die eine Verbesserung erwarten, denken über eine Einbürgerung nach oder haben den Antrag schon gestellt, während von denjenigen, die eine Verschlechterung erwarten, nur ein Drittel einen Antrag auf Einbürgerung gestellt hat.

Fazit

Insgesamt zeigen die Ergebnisse der Studie sowohl positive als auch negative Aspekte der Integration der Immigranten in Nordrhein-Westfalen:
Als negatives Ergebnis muss die schlechte Bildungs- und Ausbildungssituation der Befragten und in der Folge der niedrige ökonomische Status hervorgehoben werden, der die soziale Integration erschwert.
Positives lässt jedoch die verbesserte Situation der jüngeren Generation erwarten.

Positiv zu beurteilen ist insbesondere auch der ausgeprägte Kontakt zu Deutschen und der Wunsch, diesen noch zu intensivieren. Dies zeigt, dass von Abschottung und freiwilliger Segregation bei der Mehrheit der hier lebenden Türken nicht die Rede sein kann, sondern im Gegenteil gesellschaftliche Integration durchaus vorhanden und in noch stärkerem Umfang gewünscht wird. Damit in Zusammenhang steht auch die erfreulich große Zahl der Befragten, die sich inzwischen in der Bundesrepublik heimisch fühlen und den Lebensmittelpunkt bewusst hier sehen. Konsequenz daraus ist die hohe Zahl an Einbürgerungsinteressierten, um die rechtliche Gleichstellung zu erhalten.

Tab. 9: Bewertung der Indikatoren für die Integration

Soziale Integration	**-**
Bildung und Ausbildung	-/+
Ökonomischer Status	-
Gesellschaftliche Integration/ Integrationsbereitschaft	**++**
Kontakt zu Deutschen	++
Wunsch nach mehr Kontakt	++
Nationale Verbundenheit	+
Rückkehrabsicht	+
Einbürgerung	+
Politische Integration	**-**
Interesse an Politik	-
Interessenvertretung	-
Erwartung für die Zukunft	**-/+**
Wahlrecht	-/+
Einbürgerungsrecht	-/+

Bedenklich stimmt jedoch, dass es weder den Parteien noch der Landes- und der Bundesregierung gelungen ist, als Interessenvertreter von der Mehrheit der Immigranten wahrgenommen zu werden. Um die Integration der Immigranten auch in das politische Leben der Bundesrepublik voranzutreiben und deren Interesse am politischen Leben in der Bundesrepublik zu erhöhen, sind hier weitere Anstrengungen notwendig.

Oliver Hämmig

Die zweite Ausländergeneration in der Schweiz: Strukturelle Integration, Anomie und Anpassungsformen

1. Einleitung

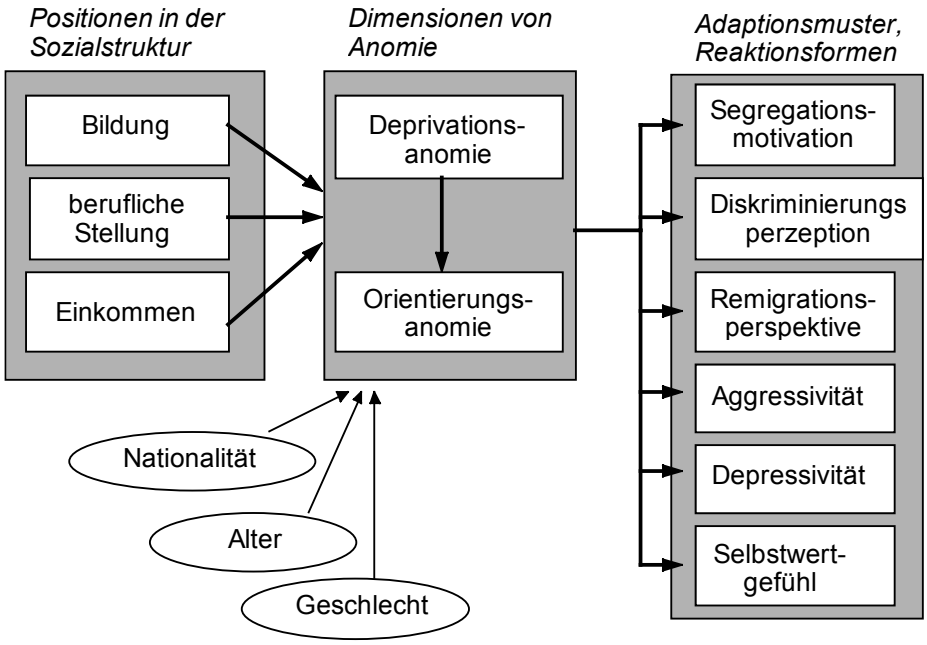
In der *Schweiz* gibt es bislang über die Lebenssituation und soziale Lage der zweiten Ausländergeneration oder sogenannten „Gastarbeiterkinder" im Unterschied zu derjenigen der ersten Einwanderergeneration erst relativ wenig gesicherte Erkenntnisse. Immerhin soviel ist bereits bekannt: Nicht nur die ausländischen Gastarbeiter, welche die schweizerische Aufnahmegesellschaft "unterschichtet" haben (vgl. Hoffmann-Nowotny 1973), sondern eben auch die Angehörigen der besagten Zweiten Generation, d.h. die direkten Nachkommen der Arbeitsmigranten, sind sozial oder vielmehr strukturell benachteiligt gegenüber der einheimischen Bevölkerung. Allerdings nimmt sich die sozioökonomische Situation und (Status-)Position der Zweitgenerationspopulation in der Schweiz insgesamt bereits deutlich besser aus als noch diejenige der Eltern bzw. Gastarbeitergeneration (vgl. Haug, 1995: S. 59 ff.; Meyer-Sabino, 1995: S. 155 ff.).

In der Zweitgenerationsforschung anderer Länder wird meist nicht nur von einer relativen Chancenlosigkeit der Zweiten Generation ausgegangen oder von ihrer unterprivilegierten Berufs- und Bildungssituation berichtet (vgl. u.a. Boos-Nünning 1986), sondern auch auf erhöhte Frustration, Ziel-Mittel-Diskrepanz und Anomie als Folge dieser Unterprivilegierung hingewiesen (vgl. Heitmeyer et al., 1997: S. 640; Nieke, 1991: S. 18; Weber, 1989: S. 168; Bendit, 1987: S. 129).

Im vorliegenden Beitrag geht es nun um mehrere offene Fragen und ungeklärte Sachverhalte in diesem Zusammenhang, die auf der Datenbasis einer im Kanton Zürich durchgeführten, repräsentativen Telefonbefragung unter türkischen, italienischen und schweizerischen jungen Erwachsenen beantwortet werden sollen. Fragen, die bislang entweder noch nicht genauer erforscht oder nicht mittels eines komparativen Forschungsdesigns bzw. Gruppenvergleichs angegangen worden sind. Fragen auch, die bislang etwa für die türkische Zweite Generation in der Schweiz ohnehin noch nicht hätten beantwortet werden können, da diese erst jetzt ins Erwachsenenalter kommt.

Das folgende Modell (siehe Abbildung 1) illustriert die Kausalzusammenhänge, die zunächst postuliert und plausibilisiert sowie anschließend mittels bivariater und multivariater statistischer Analysen überprüft werden. Die Pfeile im Modell repräsentieren damit gleichzeitig die angesprochenen Fragestellungen und das erklärte Untersuchungs- und Erkenntnisinteresse des Beitrags.[1]

Abb. 1: Theoretisches Kausalmodell



2. Deprivations- und Orientierungsanomie

Theoretisch kann man von einem klassischen anomietheoretischen Ansatz ausgehen und postulieren, dass relative strukturelle Benachteiligung zu anomischen Gefühlen der Frustration, Deprivation und Orientierungsunsicherheit führen kann, wobei dem Individuum infolgedessen verschiedene Reaktionsformen oder Adaptionsmuster offen stehen. Im folgenden sollen einige Grundbegriffe und Argumentationsstränge eines solchen Ansatzes skizziert werden.

---

[1] Aus Gründen der Pragmatik und Komplexitätsreduktion und nicht zuletzt der besseren Verständlichkeit und Übersichtlichkeit halber werden in diesem Beitrag bewusst zwei Einschränkungen gemacht: *Zum einen* wird eine strukturalistische Perspektive eingenommen und in der theoretischen Analyse entsprechend argumentiert. Auch in den multiplen Regressionsanalysen werden die zu erklärenden Phänomene vornehmlich durch Strukturvariablen zu determinieren versucht. Dabei bleiben kulturelle Spannungsindikatoren absichtlich ausgeklammert. *Zum anderen* wird – wie man nicht ganz zu Unrecht einwenden mag – eine etwas defizitorientierte Sichtweise eingenommen, indem allein auf das soziale Phänomen bzw. Problem struktureller Marginalität sowie auf „Folgeprobleme“ und Begleiterscheinungen fokussiert wird. Doch auch wenn das Erkenntnisinteresse im vorliegenden Untersuchungsbeitrag zugegebenermaßen ausschließlich den möglichen Belastungen und Auswirkungen struktureller Desintegration bei der Zweiten Generation gilt und weniger den potentiellen Chancen des „Zweitgenerationsdaseins“, ist und bleibt die Problematik nichtsdestoweniger gesellschaftlich relevant, sozialpolitisch brisant und nicht zuletzt auch sozialwissenschaftlich interessant.

Zunächst sei ein universeller Wertekonsens unterstellt, der die Mehrheit der Individuen danach streben lässt, auf den zentralen gesellschaftlichen Statuslinien (Einkommen, Bildung, berufliche Stellung) möglichst hohe Positionen zu erreichen, d.h. gesellschaftlichen "Erfolg" und hohes Sozialprestige zu erringen. Auch wenn dieses Statusstreben nicht bei allen Individuen gleichermaßen ausgeprägt ist, darf wohl mit einigem Recht von einer generellen Präferenz für hohe gegenüber tiefen Statuspositionen ausgegangen werden. Da die Arbeitsmigration für gewöhnlich ein Mobilitätsprojekt darstellt, gilt besagte Statusorientierung ganz besonders im Migrationskontext und für Mitglieder von Migrantenfamilien. Der soziale Aufstieg war und ist nicht nur das erklärte Ziel praktisch aller Einwanderer und Gastarbeiter, sondern auch noch das vieler Angehöriger der Zweiten Generation (vgl. Wilpert, 1980: S. 83 f.)

Wenn von *struktureller Benachteiligung* die Rede ist, sind damit relativ niedrige Statuspositionen einzelner Gesellschaftsmitglieder gemeint, beispielsweise ein unterdurchschnittliches Einkommen oder ein vergleichsweise geringes Bildungsniveau. Angesprochen ist damit hauptsächlich die sogenannte Rangspannung (vgl. Hoffmann-Nowotny, 1973: S. 8), die besser bekannt ist unter dem Terminus "Marginalität des niederen Ranges". Im Unterschied zur besagten Benachteiligung wird der Begriff der *strukturellen Desintegration* hier nicht auf einzelne Individuen, sondern allein auf soziale Gruppen bezogen. Desintegriert ist eine Gruppe demnach dann, wenn ihre Mitglieder mehrheitlich untere Positionen in der Sozialstruktur und Statushierarchie bekleiden und sich im Durchschnitt als statusniedriger erweisen als Mitglieder anderer Gruppen oder als die Mehrheit der Gesellschaft. Auf der individuellen Ebene sei also von Benachteiligung gesprochen, auf der kollektiven von Desintegration.

Wenn eine solche Benachteiligung vorliegt, wird sie vom Individuum unter Umständen als Statusfrustration und relative Deprivation erfahren. Für René Bendit ist aufgrund sozialstruktureller Benachteiligung der zweiten Ausländergeneration *"die potentielle Gefahr einer Anomisierung für zumindest einen Teil dieser Gruppe von Jugendlichen nicht auszuschließen" (Bendit, 1987: S. 129).* Die Wahrnehmung des Nichterreichens von Statuszielen soll in diesem Sinne und in Anlehnung an Robert K. Mertons Konzept der Ziel-Mittel-Diskrepanz und seine "anomy of deprivation" (vgl. Merton, 1964) im folgenden *Deprivationsanomie* heißen. Deprivationsanomie liegt also vor, wenn ein Individuum mit seiner Verortung im Statusgefüge der Gesellschaft nicht zufrieden ist und einzelne oder mehrere seiner Statuspositionen als zu niedrig wahrnimmt. Entscheidend bei der subjektiven Perzeption von Benachteiligung ist natürlich nicht allein die objektive strukturelle Lage, sondern sind auch die individuellen Ansprüche und Zielsetzungen, Vergleichsmaßstäbe und Bezugsgruppen. Denn Statusdeprivation entsteht teilweise erst im sozialen Vergleich mit anderen Personen oder Populationen.

Das Nichterreichen von Statuszielen kann nicht nur zu Deprivationsanomie, sondern auch zu sogenannter *Orientierungsanomie* führen. Mit Orientierungsanomie ist ganz im Sinne von Durkheim (1993) ein Zustand gesellschaftlicher Regel- und Normlosigkeit (Makroebene) und – als subjektiver Ausdruck dessen – ein diffuses Gefühl normativer Desorientierung und sozialer Verunsicherung und Vereinzelung (Mikroebene) gemeint, d.h. die Wahrnehmung einer im raschen Wandel befindlichen, ungeregelten und normlosen Gesellschaft, die einer ungewissen und unsicheren Zukunft entgegensteuert. Individuen, die ihre Ziele und anvisierten Statuspositionen nicht erreichen und dies als Belastung empfinden, werden mitunter auch Ohnmachtsgefühle entwickeln und einen generalisierten Kontrollverlust erfahren. Das Individuum beginnt daran zu zweifeln, aus eigener Kraft und mit legitimen Mitteln, d.h. auf "normalem", institutionalisiertem Wege – über die Kanäle des Bildungssystems oder des Arbeitsmarktes – gesellschaftlichen Erfolg erreichen und den sozialen Aufstieg (Aufwärtsmobilität) schaffen zu können. Es entsteht für die „Betroffenen" der Eindruck, die als „offen" propagierte Gesellschaft würde ihnen die Chancengleichheit und den Zugang zum „Erfolg" verwehren, wodurch die Gesellschaft als unsicher, unberechenbar und wenig verlässlich perzipiert wird. Es stellt sich beim Einzelnen dann ein anomischer Zustand der Verunsicherung und Orientierungslosigkeit ein, wie ihn Emile Durkheim seinerzeit beschrieben hat – wenn auch im Sinne eines gesamtgesellschaftlichen Zustands, einer kollektiven und nicht individuellen "Gemütsverfassung".[2]

Die bisherigen Ausführungen münden in folgendem Grundpostulat: Unter der Prämisse relativer struktureller Benachteiligung kann für die Zweite Generation im Vergleich mit der Schweizer Kontrollgruppe sowohl eine erhöhte Statusfrustration oder Deprivationsanomie als auch eine erhöhte normative Verunsicherung oder Orientierungsanomie erwartet werden.

[2] Die konzeptuelle (und auch operationelle) Unterscheidung von Deprivations- und Orientierungsanomie, wie sie hier getroffen wird, ist in der Literatur nicht üblich. Aus forschungshistorischen Gründen werden meist beide Aspekte im selben Konzept vermengt. Unter Anomie wird häufig sowohl der Durkheimsche Begriff von Anomie (Orientierungslosigkeit, Normlosigkeit) wie das Mertonsche Anomie-Konzept (Ziel-Mittel-Diskrepanz) subsummiert. Die beiden "Väter" und prominentesten Vertreter der Anomietheorie hatten stark unterschiedliche Konzeptionen und Auffassungen von Anomie vertreten, zwischen denen in der Folge meist nicht klar unterschieden wurde: Durkheim hatte Orientierungsanomie vor Augen, Merton Deprivationsanomie. Beide bezogen sie den Begriff auf die gesellschaftliche Ebene, verstanden unter Anomie eine allgemeine Gesellschaftsverfassung, nicht einen individuellen Gemütszustand. Die anschließende Forschung hat den Begriff dann auf die individuelle Ebene übertragen und im Sinne von Durkheim sowie in Anlehnung an Leo Sroles Anomia-Skala (vgl. Srole, 1956: S. 712/713) operationalisiert. In der theoretischen Argumentation wird häufig Mertons Vorstellung von einer Ziel-Mittel-Diskrepanz favorisiert, bei der operationellen Umsetzung dagegen vornehmlich auf Durkheim rekurriert. Wie gezeigt werden kann, gehen dabei jedoch wichtige Differenzierungen verloren. Die beiden Konzepte lassen sich nicht nur theoretisch, sondern auch empirisch sehr gut trennen.

3. Anomische Anpassungsformen

Individuen, die ihre strukturelle Benachteiligung als belastend erfahren und sich entsprechend anomisch, d.h. depriviert und desorientiert fühlen, können sich in unterschiedlichster Art und Weise an diese Situation anpassen. Auch wenn grundsätzlich viele und ganz verschiedene anomische Reaktionen und Anpassungsformen denkbar sind, seien im Rahmen dieses Beitrags drei universelle kulturunabhängige Adaptionsformen sowie drei "spezielle" migrations- bzw. zweitgenerationsspezifische Reaktionsmuster postuliert, die sich aufgrund von theoretischen Überlegungen und Literaturhinweisen geradezu aufdrängen.

3.1 Universelle Reaktionsmuster: Aggressivität, Depressivität, Selbstwertschätzung

Obschon den Migranten und Migrantinnen der ersten Einwanderergeneration wie auch den Angehörigen der Zweiten Generation gerne eine gewisse psychosoziale Auffälligkeit respektive eine erhöhte Krankheits- oder Störungsanfälligkeit attestiert wird (vgl. Portera 1995; Collatz 1995; Wicker 1993; Özelsel 1990), werden die drei Reaktionsmuster explizit nicht als anomische Adaptionsformen verstanden, die allein auf Migranten oder Zweitgenerationsangehörige beschränkt sind.

- Immer wieder findet sich in der Literatur der Hinweis auf *Aggressivität* als eine anomische Reaktion und kulturübergreifende Bewältigungsstrategie (vgl. Portera, 1995: S. 212; Özelsel, 1990: S. 103 f.). Agostino Portera konnte im Rahmen seiner Untersuchung über "Gastarbeiterkinder" u.a. zeigen, dass (strukturelle) Marginalität und der geringe Zugang zu ökonomischen Erfolgszielen intensive Frustrationserfahrungen mit sich bringen (vgl. Portera, 1995: S. 201). Manfred Markefka definiert Frustration als Nichterreichen eines Status- oder Verhaltensziels (vgl. Markefka, 1975: S. 44). Vorausgesetzt, hohe oder höhere Statuspositionen werden im Sinne eines kulturellen Basiskonsenses also tatsächlich universell angestrebt, dann hat strukturelle Desintegration und sozioökonomische Unterprivilegierung – und zwar unabhängig von der ethnisch-nationalen Zugehörigkeit – beinahe zwangsläufig eine gewisse Statusfrustration und relative Deprivation zur Folge. Frustrationen ihrerseits lösen nach der Frustrations-Aggressions-Hypothese (vgl. Stroebe et al., 1990: S. 280 ff.) bei einem Individuum Aggressionen aus, die sich gegen irgendwelche Personen, Populationen oder Institutionen richten (Sündenbock-Mechanismus). Es darf also infolge von wahrgenommener struktureller Benachteiligung und daraus resultierender Deprivationsanomie sowie ungeachtet der Nationalität, d.h. sowohl bei den ausländischen als auch bei den einheimischen Befragten, eine erhöhte Aggressivität erwartet werden, welche sich in einer verstärkten Neigung zur Konfrontation und einer gewissen latenten Konflikt- und Gewaltbereitschaft gegenüber Drittpersonen ausdrückt.

- Die Enttäuschung über ein vergleichsweise geringes Erwerbseinkommen oder den eigenen, als (zu) niedrig empfundenen Berufs- oder Bildungsstatus kann sich – beispielsweise infolge verstärkter Selbstkontrolle – statt nach "außen" auch nach "innen" richten. Der andauernde und allgegenwärtige "Misserfolg" einer niedrigen Statusposition oder –konfiguration wird nicht unbedingt immer extern, sondern mitunter auch intern attribuiert und als persönliches Scheitern und eigenes "Versagen" interpretiert. Die mit dem Nichterreichen von Statuszielen einhergehende Frustration zielt also auf die eigene Person und nicht gegen Drittpersonen. Durch einen solchen Attributionsstil stellt sich das Phänomen der sog. erlernten Hilflosigkeit und das Gefühl ein, die eigenen Handlungen würden ungeachtet der unternommenen persönlichen Anstrengungen ohnehin und auch zukünftig nicht von Erfolg gekrönt. Der oder die "Erfolglose" macht dabei nicht die anonyme Gesellschaft, die undefinierten "Anderen" oder irgendwelche Sündenböcke und widrigen Umstände für seine/ihre vergleichsweise niedrige Statusposition verantwortlich, sondern macht die Ursache für die Erfolglosigkeit bei sich selber und der eigenen Unfähigkeit aus. Statt in Form von Aggression manifestiert sich besagte Statusdeprivation dann etwa in Resignation und emotionaler Depression. Der oder die Statusdeprivierte "reagiert" entsprechend mit erhöhter *Depressivität*, d.h. mit übertriebener "Grübelei" und mit Gefühlen von innerer Leere und scheinbar grundloser Niedergeschlagenheit, und zeigt ein vergleichsweise geringes *Selbstwertgefühl* sowie entsprechende Symptome wie Selbstzweifel und Versagensängste. Die genannten beiden Formen anomischer Anpassung sind als funktionale Äquivalente zu Aggressivität zu verstehen, müssen also nicht alternativ oder substitutiv dazu auftreten, sondern können auch kombiniert und kumuliert vorkommen.

3.2 Spezielle Reaktionsmuster: Diskriminierungsperzeption, Segregationsmotivation, Remigrationsperspektive

Alle drei "speziellen", d.h. migrations- bzw. zweitgenerationsspezifischen Formen der Reaktion auf Anomie verweisen auf den Ausländerstatus und stehen daher optional nur AusländerInnen rsp. Zweitgenerationsangehörigen zur Auswahl. Es handelt sich dabei um funktionale Bewältigungsstrategien oder Anpassungsformen, die dazu dienen, Gefühle individueller Benachteiligung und Orientierungsunsicherheit zu vermindern, indem die Bezugsgruppe gewechselt und die ethnische Zugehörigkeit betont (Segregationsmotivation), die wahrgenommene Benachteiligung extern attribuiert (Diskriminierungsperzeption) und der gegenwärtig empfundenen Benachteiligung eine (vermeintlich) bessere Zukunftsperspektive im Herkunftsland gegenübergestellt wird (Remigrationsintention bzw. "Rückkehrillusion").

- Als Reaktion der Zweiten Generation auf sozialstrukturelle Benachteiligung und Anomie wird in der Literatur u.a. eine verstärkte *Diskriminierungsperzeption* genannt (vgl. Hilpert, 1997: S. 297).

Ist der ersten Generation der Gastarbeiter ihre "Unterschichtung" im Sinne der von Hoffmann-Nowotny berichteten neofeudalen Absetzung "nach unten" noch halbwegs als legitim erschienen (vgl. Hoffmann-Nowotny, 1973: S. 266), dürfte die Zweite Generation diese Benachteiligung und Unterprivilegierung schon eher als diskriminierend empfinden und weit weniger akzeptieren (vgl. Hilpert, 1997: S. 297). Durch die im Generationenwechsel stattgefundene Verlagerung der Referenzgruppe von den Landsleuten und den in der Heimat Zurückgebliebenen zu den Einheimischen, von der Ausländerkolonie (bei der Gastarbeitergeneration) zur Schweizer Gleichaltrigengruppe (bei der Zweiten Generation) werden Statusunterschiede zwischen Ausländern und Autochthonen aus Sicht der ausländischen Benachteiligten und Statusfrustrierten erklärungsbedürftig und begründungspflichtig. Dabei bietet sich ihnen das Deutungsmuster der Diskriminierung geradezu an. Die im sozialen Vergleich mit der einheimischen Bevölkerung wahrgenommene Benachteiligung wird von den Angehörigen der Zweiten Generation somit extern attribuiert und dem eigenen Ausländerstatus bzw. der formalen oder vielmehr nationalen Nichtzugehörigkeit zugeschrieben, d.h. unter Verweis auf das der eigenen Person anhaftende soziale Etikett des Fremden und Außenstehenden als Ausländerdiskriminierung[3] perzipiert und interpretiert. Dabei wird prinzipiell offengelassen, ob eine ethnische Diskriminierung – im Sinne einer aufgrund askriptiver Merkmale und partikularistischer Kriterien verwehrten Chancengleichheit – tatsächlich vorliegt oder nicht.

- Manches deutet darauf hin, dass die Intention (im Sinne einer Handlungsbereitschaft) zur ethnischen Segregation, die *Segregationsmotivation*[4], infolge von Anomie und struktureller Benachteiligung zunimmt. So sind von italienischen Gastarbeitern seit Hoffmann-Nowotnys Studie zum Fremdarbeiterproblem die Betonung nationaler Eigenart und der Rückzug aus dem Immigrationskontext (Rückwanderung ins Heimatland) als Reaktionen auf Anomie bekannt (vgl. Hoffmann-Nowotny, 1973: S. 234/252). Gleichzeitig ist über türkische Immigrantenfamilien belegt, dass bei deren Mitgliedern eine „extrem hohe" ethnische Homogenität der Netzwerke vorliegt (vgl. Nauck et al., 1997: S. 490), d.h. eine starke Konzentration der Sozialkontakte auf die eigene Ethnie festgestellt werden kann. Das gilt insbesondere auch für die Zweite Generation der türkischen Einwanderer. Ein solcher Rückzug in die eigene Ethnie dürfte nicht zuletzt Ausdruck einer subjektiv perzipierten Benachteiligung und strukturellen Unterprivilegierung sein. Gefühle von Statusfrustration und relativer Deprivation, die bekanntlich aus einem sozialen Vergleich mit privilegierteren, statushöheren Individuen und Bezugsgruppen entstehen, lassen sich wohl am

[3] Gemeint ist mit einer solchen Diskriminierungsperzeption im Unterschied zur Statusdeprivation keine anonyme und insofern unbeabsichtigte strukturelle Benachteiligung, sondern eine institutionelle und durch Arbeitskollegen, Schulkameraden, Arbeitgeber, Behördenvertreter, Wohnungsvermieter usw. quasi personifizierte und intendierte Benachteiligung.

[4] Hierunter sei eine intendierte Beschränkung sozialer Interaktionen auf innerethnische Kontakte verstanden, mitunter die erklärte Absicht, sich von Schweizern und Schweizerinnen sozial zu distanzieren und abzusondern. Es ist in diesem Zusammenhang also keine geographische, residentielle Segregation oder "Gettoisierung" gemeint, sondern eine soziale Segregation.

besten durch einen Vergleich mit "Gleichgestellten", d.h. durch eine Änderung der Referenzgruppe und Orientierungsverschiebung hin zur eigenen Ethnie bzw. ethnischen Kolonie vermindern. Der nähere soziale Kontakt mit häufig „bessergestellten" Einheimischen wird daher zum Zwecke des Selbstwertschutzes möglichst vermieden. In Reaktion auf strukturelle Desintegration und Anomie ist demnach bei den Angehörigen der Zweiten Generation eine gewisse soziale Abgrenzung und Distanzierung gegenüber den zumeist statushöheren Autochthonen zu erwarten.

- Als dritte migrationsspezifische bzw. zweitgenerationstypische Anpassungsstrategie sei die *Remigrationsperspektive* oder Rückkehrplanung genannt. Bei Ausländern und Arbeitsmigranten der ersten Generation wird bekanntlich immer wieder eine ausgeprägte Heimat- und Rückkehrorientierung beobachtet (vgl. Nieke 1991; Korte 1990; Hansen 1989). Obschon ein Familienprojekt, dürfte der Rückkehrplan bei der Zweiten Generation anders als bei der ersten Generation kaum mehr tatsächlich realisiert werden. Vielmehr handelt es sich in den meisten Fällen um eine sog. Heimkehr- oder „Rückkehrillusion" (vgl. Nieke, 1991: S. 21; König, 1989: S. 229 f.), von der manche Autoren meinen, dass sie eine wichtige Funktion der Spannungsreduktion erfüllt und es sich dabei geradezu um eine klassische Bewältigungs- und sogar Überlebensstrategie handelt (vgl. Hill, 1990: S. 103; Hansen, 1989: S. 17; Bielefeld, 1988: S. 46; Twenhöfel, 1984: S. 428). Man träumt angesichts der empfundenen Benachteiligung – ganz nach dem Prinzip Hoffnung und im Sinne der Bedürfnisaufschiebung – von einer besseren Zukunft in der Ferne und plant mehr oder weniger konkret die Rückkehr respektive Auswanderung ins Herkunftsland der Eltern. Die ersehnte und geplante Rückkehr verheißt für die Zukunft Prestige- und Statusgewinn (vgl. Hettlage-Varjas/Hettlage, 1984: S. 374), dient als Fluchtweg aus der Realität und hilft über die gesellschaftliche Wirklichkeit, die soziale Randstellung und strukturelle Benachteiligung hinweg (vgl. Brainin, 1996: S. 348; Bielefeld, 1988: S. 46).

Die genannten Arbeitshypothesen lassen sich folgendermaßen nochmals kurz zusammen: Wer strukturell benachteiligt ist und sich daher depriviert und anomisch fühlt, reagiert – so sei zumindest postuliert – tendenziell mit einer erhöhten latenten Aggressivität, neigt eher zu einer gewissen Depressivität und weist eine relativ geringe Selbstwertschätzung auf. Bei diesen drei Adaptionsmustern handelt es sich um universale Reaktionsformen auf Anomie, die nicht nur bei Ausländern und Ausländerinnen der Zweiten Generation zu beobachten sein dürften, sondern auch bei strukturell benachteiligten und entsprechend statusdeprivierten und normativ desorientierten jungen Schweizern und Schweizerinnen. Ausländischen Personen und damit auch Angehörigen der türkischen und italienischen Zweiten Generation stehen daneben drei zusätzliche Formen anomischer Anpassung offen, nämlich eine erhöhte Segregationsmotivation, eine erhöhte Diskriminierungsperzeption und eine verstärkte Rückkehrorientierung oder Remigrationsperspektive.

4. Datenlage und empirische Befunde

Grundlage der empirischen Überprüfung besagter Arbeitshypothesen sind die Daten eines repräsentativen Surveys im Kanton Zürich. Die Erhebung hat im Herbst 1997 stattgefunden. Dabei handelt es sich um eine computerunterstützte standardisierte Telefonbefragung, welche am Soziologischen Institut der Universität Zürich durchgeführt worden ist. Ingesamt wurden für die umfangreiche und kulturvergleichend angelegte Studie 2264 Personen im Alter von 18 bis 35 Jahren aus den Einwohnerregistern von 32 Zürcher Gemeinden zufällig gezogen und ausgewählt, wobei letztlich ein Sample aus 1413 Personen befragt werden konnte. Unter Berücksichtigung von 729 sogenannt stichprobenneutraler Ausfälle entspricht dies einer Nettoausschöpfungsquote von rund 92 Prozent. Ungefähr je ein Drittel der gemachten Interviews entfielen auf eine italienische und eine türkische Gruppe (als Vertreterinnen der Zweitgenerationspopulation) sowie auf eine Schweizer Kontrollgruppe.

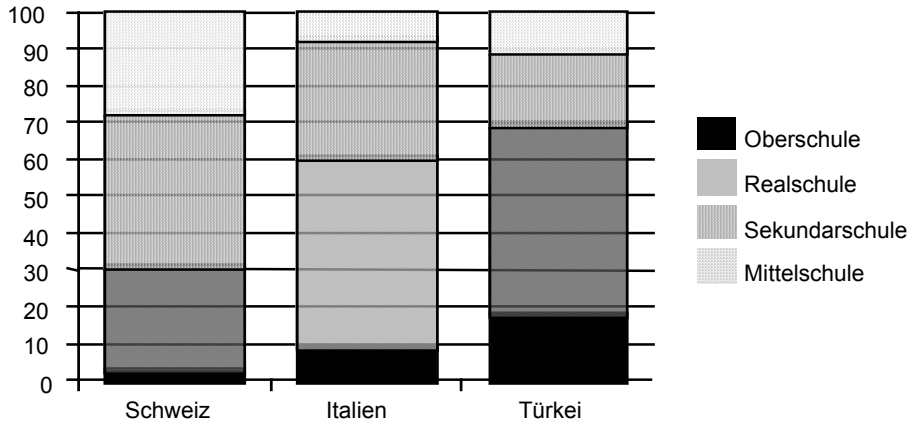
Im weiteren werden folgende Fragen anhand der Daten statistisch überprüft: Sind die italienischen und türkischen Angehörigen der Zweiten Generation, d.h. die in der Schweiz bzw. im Kanton Zürich geborenen und aufgewachsenen jungen ausländischen Erwachsenen, im Vergleich mit den Einheimischen der gleichen Altersgruppe tatsächlich und erwartungsgemäß strukturell desintegriert und, wenn ja, bezüglich welcher Statusdimensionen und in welchem Ausmaß sind sie unterprivilegiert (Kap. 4.1 bis 4.3)? Sind die strukturell benachteiligten Befragten auch entsprechend frustriert bzw. depriviert und infolgedessen desorientiert (Kap. 4.4), und wie gehen diese von gesellschaftlicher Anomie „Betroffenen“ damit im Hinblick auf bestimmte Dispositionen, Kognitionen und Verhaltensintentionen um (Kap. 4.5)?

Als Indikatoren für strukturelle (Des-)Integration werden die klassischen Statusdimensionen bzw. Schichtvariablen Bildung, berufliche Stellung und Einkommen verwendet. Die Operationalisierungen bzw. Fragebatterien für sämtliche übrigen Konstrukte, die in diesem Beitrag zur Sprache und Anwendung kommen, finden sich im Anhang (Übersicht 1).

4.1 Schul- und Berufsbildung

Sowohl bezüglich obligatorischer Schulbildung als auch hinsichtlich postobligatorischer Aus-/Weiterbildung zeigt sich tatsächlich eine relative strukturelle Desintegration der italienischen und türkischen Gruppe im Vergleich mit der Schweizer Kontrollgruppe. Dabei ist die türkische Gruppe tendenziell stärker benachteiligt als die italienische, wobei sich aber auf den jeweils höchsten Bildungsstufen (Mittelschule/Gymnasium, Hochschule/Universität) prozentual etwas mehr türkische als italienische Personen finden lassen.

Abb. 2: Bildungsverteilung im Gruppenvergleich



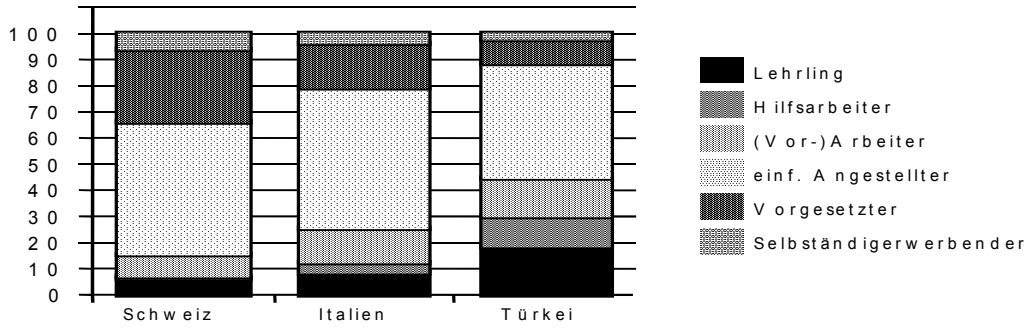
Wie aus der Abbildung 2 zu ersehen ist, weisen lediglich rund 3 % der Schweizer Kontrollgruppe, immerhin schon 10 % der italienischen Gruppe und sogar 18 % der türkischen Gruppe den niedrigsten Bildungsstatus (Oberschulabschluss) auf. Fasst man die beiden untersten Schulstufen zusammen, so verfügen nur gerade mal 30 % der befragten Schweizerinnen und Schweizer über einen Oberschul- oder Realschulabschluss, während bei über 60 % der italienischen und rund 70 % der türkischen Befragten ein solcher Abschluss zu finden ist. Demgegenüber besitzen 27 % der Schweizer Befragten zum Erhebungszeitpunkt den formal höchsten Bildungsabschluss, nämlich einen Mittelschulabschluss und damit eine Matura, während diese Anteile in der italienischen (knapp 7 %) und türkischen (knapp 11 %) Gruppe deutlich geringer sind.

Dieselbe strukturelle Desintegration der Zweiten Generation und insbesondere der türkischen Zweitgenerationspopulation zeigt sich auch bei der *postobligatorischen Ausbildung*. So haben über 20 % der türkischen und auch noch knapp 8 % der italienischen Befragten, aber nicht einmal 2 % der befragten Schweizer und Schweizerinnen nach der obligatorischen Schule keine weitere schulische oder berufliche Ausbildung – sei es nun eine Berufslehre, eine Fachschule oder eine Hochschule – in Angriff genommen, geschweige denn abgeschlossen. Umgekehrt weist etwa jede/-r Siebte (rd. 14 %) in der Schweizer Gruppe, aber lediglich jede/-r Vierundzwanzigste (rd. 4 %) der türkischen und sogar nur jede/-r Dreißigste (rd. 3 %)der italienischen Gruppe einen Hochschul- bzw. Universitätsabschluss auf.

4.2 Erwerbsstatus und berufliche Stellung

Eine strukturelle Desintegration der italienischen und türkischen Zweiten Generation lässt sich auch in bezug auf die Erwerbstätigkeit bzw. *Arbeitslosigkeit* nachweisen. So sind unter den türkischen Befragten rund 10 %, unter den italienischen 4.5 % und unter den schweizerischen lediglich 1.8 % Arbeitslose zu finden. Gleiches gilt für die berufliche Stellung, wie untenstehende Grafik (Abb. 3) illustriert.

Abb. 3: Berufliche Stellung im Gruppenvergleich



Betrachtet man die Variable *berufliche Stellung* (Abb. 3), so zeigt sich, dass 9 % der türkischen, über 3 % der italienischen Personen, aber nahezu keine schweizerischen Personen im Berufsstatus des Hilfsarbeiters und damit auf der untersten Stufe der „Karriereleiter" stehen. Umgekehrt hat fast jede/-r vierte (oder ein Anteil von über 23 %) der befragten Schweizer und Schweizerinnen eine Stellung als Vorgesetzte/-r inne. Bei den italienischen Befragten bekleidet noch jede/-r achte (knapp 14 %) eine Vorgesetztenfunktion, während bei den türkischen Befragten noch nicht einmal jede/-r dreizehnte (knapp 8 %) Angehöriger in einer unteren, mittleren oder oberen Führungsetage einsitzt.

Wiederum offenbart sich anhand dieses Befunds wie schon bei der Variable Bildung ein ähnliches, keineswegs unerwartetes Muster, nämlich die Tatsache, dass die italienische Zweitgenerationspopulation im Vergleich mit der Schweizer Kontrollgruppe zwar ebenfalls statusmässig benachteiligt ist, aber gleichzeitig strukturell integrierter ist als die türkische. Diese statistisch hochsignifikanten Gruppenunterschiede hinsichtlich des formalen Berufsstatus bleiben im übrigen auch dann bestehen, wenn man das innerhalb der untersuchten Alterskategorie der 18- bis 35-Jährigen doch recht unterschiedliche Alter der Befragten statistisch kontrolliert.

4.3 Einkommen

In bezug auf das *Einkommen* dagegen lässt sich keine Desintegration der Zweiten Generation nachweisen. Zwar verfügt die Schweizer Kontrollgruppe durchschnittlich über ein klar höheres Einkommen als die italienische und insbesondere die türkische Gruppe. Da die beiden Zweitgenerationspopulationen jedoch eine andere Altersverteilung und ein deutlich geringeres Durchschnittsalter aufweisen als die einheimische Vergleichsgruppe und die vermeintlichen Einkommensunterschiede zwischen Ausländern und Schweizern unter statistischer Kontrolle des Alters verschwinden, darf dieser Befund nicht als strukturelle Desintegration der Zweiten Generation fehlinterpretiert bzw. missverstanden werden. Dass trotz nachgewiesener deutlicher Statusdifferenzen bezüglich Bildung und beruflicher Stellung keine signifikanten Einkommensunterschiede zwischen den drei Gruppen gefunden werden, dürfte damit zu tun haben, dass die meisten Befragten sich noch in der sog. Berufseinstiegsphase befinden – in einem Lebensabschnitt also, in dem das Einkommen nur ein ungenauer Schichtindikator ist (vgl. Seifert, 1992: S. 694).

Man kann also zunächst einmal konstatieren, dass die befragten Angehörigen der türkischen und italienischen Zweiten Generation im Vergleich mit den Schweizern und Schweizerinnen derselben Alterskohorte mehrheitlich unterprivilegiert und strukturell benachteiligt, d.h. durchschnittlich statusniedriger sind – zumindest in bezug auf die schulische Bildung und die berufliche Stellung. Als soziale Gruppen sind beide Zweitgenerationspopulationen also erwartungsgemäß strukturell desintegriert, wobei die italienische Population statusintegrierter und durchwegs weniger marginalisiert ist als die türkische.

4.4 Statusintegration und Anomie

Wie bereits dargelegt und theoretisch plausibilisiert, sollte individuelle strukturelle Benachteiligung zu einer gewissen Statusfrustration bzw. Deprivationsanomie einerseits und zu normativer Desorientierung bzw. Orientierungsanomie andererseits führen. *Tabelle 1* zeigt, dass diese Zusammenhänge tatsächlich nachgewiesen werden können.

Deutlich zeigt sich in Tabelle 1, dass Personen in niedrigeren sozialstrukturellen Positionen vergleichsweise häufig anomisch, d.h. depriviert und desorientiert sind. Die statistischen Zusammenhänge sind linear und einigermaßen eng: Je höher die jeweilige Statusposition (Bildungsniveau, berufliche Stellung), desto höher ist entsprechend der Grad der Deprivations- und der Orientierungsanomie. Eine mit abnehmender Statusposition linear zunehmende Statusdeprivation und Orientierungsunsicherheit findet sich im übrigen auch bei der postobligatorischen Ausbildung (die in der Tab. 1 nicht ausgewiesen wird): So sind immerhin über 56 % derjenigen Befragten, die keine post-

obligatorische Aus- bzw. Weiterbildung aufweisen, frustriert über ihren als (zu) niedrig empfundenen formalen Bildungsstatus, aber nur rund 10 % der befragten Hochschulabsolventen und Universitätsabgänger sind gleichermaßen statusdepriviert bezüglich Bildung. Erstere sind außerdem klar überdurchschnittlich normativ desorientiert und verunsichert (+.34), wohingegen letztere eine weit unterdurchschnittliche Orientierungsanomie (-.70) zeigen.

Tab. 1: Deprivations- und Orientierungsanomie in Abhängigkeit von Bildung und beruflicher Stellung

	Deprivationsanomie (Prozentanteile der Zustimmung)			**Orientierungsanomie** (standardisierte Mittelwerte)
	Belastung wegen:			
	zu tiefer Bildung	*zu tiefer Stellung*	*zu tiefem Einkommen*	
Schulbildung				
- Oberschule	44.0%			.41
- Realschule	32.4%			.22
- Sekundarschule	25.6%			-.19
- Mittelschule/Gymnasium	12.6%			-.50
N	**1371**			**1340**
(Gamma)	**(-.33)**			**(eta: .29)**
Berufliche Stellung				
- Hilfsarbeiter	50.9%	51.8%	36.8%	.35
- Arbeiter/Vorarbeiter	31.2%	34.0%	32.6%	.25
- einfacher Angestellter/Beamter	30.4%	27.6%	29.2%	.04
- Vorgesetzter	19.8%	16.6%	19.3%	-.23
N	**982**	**980**	**982**	**949**
(Gamma)	**(-.24)**	**(-.32)**	**(-.21)**	**(eta: .17)**
Nationalität				
- Türkei	42.2%	41.1%	35.2%	.12
- Italien	28.6%	25.4%	28.0%	.20
- Schweiz	18.4%	18.2%	23.4%	-.30
N	**1400**	**1070**	**1077**	**1042**
(Kontingenzkoeffizient)	**(.16)**	**(.20)**	**(.10)**	**(eta: .22)**

Betrachtet man die drei Nationalitäten im Vergleich, so ist klar ersichtlich, dass die türkischen und italienischen Angehörigen der Zweiten Generation wie erwartet insgesamt einen deutlich höheren Anomiegrad aufweisen als die Schweizer Befragten. Allgemein ist festzustellen, dass bei der türkischen Gruppe unter allen drei Vergleichsgruppen insgesamt die höchste Deprivationsanomie festzustellen ist und dass sich die italienische Gruppe dagegen durch den höchsten Grad an Orientierungsanomie auszeichnet.

Zusammenfassend kann festgestellt werden: *Erstens* weisen relativ statusniedere und insofern strukturell benachteiligte Personen und Populationen im Durchschnitt tatsächlich eine erhöhte Deprivations- und Orientierungsanomie auf. Das gilt tendenziell für alle drei untersuchten nationalen Gruppen. *Zweitens* ist die italienische wie auch die türkische Zweitgenerationspopulation tatsächlich anomischer bezüglich beider Anomie-Dimensionen als die schweizerische Kontrollgruppe.

4.5 Multivariate Analyse

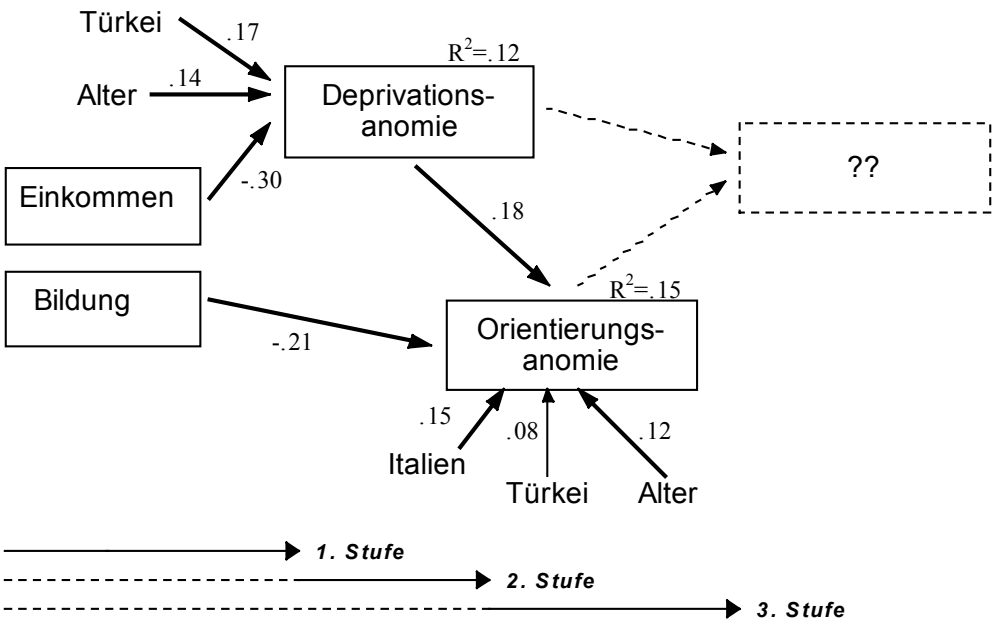
Im folgenden sollen die unterstellten Zusammenhänge auch noch multivariat betrachtet und die weiteren Arbeitshypothesen überprüft werden. Im eingangs präsentierten Kausalmodell (Abb.1) sind die gemachten theoretischen Überlegungen grafisch dargestellt. Sie sollen nun durch mehrere multiple Regressionsanalysen bzw. empirische Pfadmodelle getestet werden. Wichtig ist vielleicht noch darauf hinzuweisen, dass die Deprivationsanomie der Orientierungsanomie kausal vorangestellt wird. D.h. die Wahrnehmung von struktureller Benachteiligung und Unterprivilegierung führt zu normativer Desorientierung und Verunsicherung– und nicht etwa umgekehrt. Vorauszuschicken ist zudem, dass bei den folgenden Pfadmodellen bzw. Regressionsanalysen nur noch Personen betrachtet werden, welche entweder vollerwerbstätig oder mindestens zu 50 Prozent teilzeitbeschäftigt sind.[5]

Für jede der im theoretischen Kausalmodell ausgewiesenen Zielvariablen (abhängige Variablen) wird nun ein empirisches Pfadmodell erstellt, d.h. eine mehrstufige multiple Regressionsanalyse errechnet, und grafisch dargestellt. Die in den entsprechenden Pfadmodellen rechteckig umrahmten Variablen stellen die theoretisch relevanten Determinanten dar, die nicht umrahmten die Kontrollvariablen. Die Pfeile illustrieren (hoch-)signifikante Zusammenhänge, wobei die entsprechenden Pfadkoeffizienten (auch Standardpartialregressionskoeffizienten oder beta-Werte) die Enge des jeweiligen statistischen Zusammenhangs angeben. Fettgedruckte Pfeile geben jeweils hochsignifikante Zusammenhänge

[5] Damit wird das Sample in beträchtlicher Weise eingeschränkt. Diese Einschränkung ist deshalb nötig und wichtig, weil sonst die Variablen berufliche Stellung und Einkommen nicht in die Analyse hätten einbezogen werden können. Ein relativ geringes Monatsgehalt oder eine vergleichsweise niedrige Position im Beruf ist bei Personen mit einem Beschäftigungsgrad bzw. Erwerbspensum von unter 50 Prozent wenig aussagekräftig im Hinblick auf den eigentlichen Berufs- oder Einkommensstatus und die damit einhergehende (Un-)Zufriedenheit.

($p < .01$) an. Nicht vorhandene Pfeile verweisen demnach auf nicht-signifikante Zusammenhänge zwischen zwei Variablen ($p > .05$). Die in den Pfadmodellen ausnahmslos nicht ausgewiesene erklärende Variable "berufliche Stellung" verweist auf deren – auf dem 5 %-Niveau – nicht-signifikanten partiellen Einfluss auf die jeweiligen Zielvariablen. Gleiches gilt für den Fall, wo einzelne der drei Kontrollvariablen (Geschlecht, Alter, Nationalität) nicht im jeweiligen Modell erscheinen. Die quadrierten R-Werte stehen für den Anteil "erklärter Varianz". Im Anhang (Übersicht 2) erscheinen die Pfadanalysen nochmals zusammengefasst und in tabellarischer statt grafischer Form, wobei dann auch die nicht-signifikanten Zusammenhangsmasse angegeben sind.

Abb. 4: Deprivations- und Orientierungsanomie als Zielvariable(n)



Aus dem Pfadmodell (Abb. 4) ist ersichtlich, dass Statusfrustrationen und sozioökonomische Deprivationsgefühle letztlich nicht durch die berufliche Stellung oder das Bildungsniveau determiniert werden. Vielmehr wird der Grad der Deprivationsanomie hauptsächlich durch die Höhe des Einkommens und in zweiter Linie durch die Nationalität und das Alter bestimmt. Je tiefer das Einkommen, desto stärker erweisen sich die Befragten als statusfrustriert und depriviert. Unabhängig vom Einkommen weisen die türkischen Befragten insgesamt eine etwas höhere Deprivationsanomie auf als die befragten ItalienerInnen und SchweizerInnen. Darüber hinaus zeigt sich, dass ältere Personen tendenziell stärker statusdepriviert sind als jüngere. Insgesamt können mit diesen wenigen, jedoch zentralen Prädiktoren zwölf Prozent der Varianz der Deprivationsanomie statistisch erklärt werden.

Der Grad der Orientierungsanomie demgegenüber wird nicht oder zumindest nicht direkt durch das Einkommen und wiederum auch nicht durch die berufliche Stellung, sondern maßgeblich durch die

Variablen Bildung, Deprivationsanomie, Nationalität und Alter beeinflusst. Orientierungsanomie findet sich demnach vornehmlich und nicht unerwartet bei Personen mit relativ niedriger Bildung, vergleichsweise hoher Deprivationsanomie und bei Personen ausländischer (in diesem Fall: türkischer und vor allem italienischer) Staatsangehörigkeit sowie bei den älteren Befragten. Insgesamt werden damit 15 Prozent der Varianz der entsprechenden Variable erklärt.

Fasst man die Ergebnisse zu beiden Anomiedimensionen zusammen, so ist festzustellen, dass zwei der drei theoretisch als relevant erachteten Strukturvariablen bzw. Statusindikatoren sich auch im Rahmen einer multivariaten Analyse als signifikante und relevante Determinanten von Anomie erweisen, wobei die Variable Einkommen stärker auf Deprivationsanomie und die Variable Bildung stärker auf Orientierungsanomie wirkt. Es zeigt sich ferner, dass die beiden Anomiedimensionen untereinander statistisch hochsignifikant, wenn auch nicht überaus stark korrelieren.

Dies spricht dafür, sie getrennt zu operationalisieren und zu analysieren anstatt das Anomie-Konstrukt – wie sonst üblich – einfach eindimensional zu messen. Schließlich lässt sich ein signifikanter Ausländer- oder Nationalitätseffekt erkennen: Die befragten Angehörigen der Zweiten Generation erweisen sich selbst unter statistischer Kontrolle der Schichtindikatoren, d.h. unter Berücksichtigung ihres zumeist geringeren Einkommens, ihres durchschnittlich tieferen Bildungsniveaus und ihrer insgesamt niedrigeren beruflichen Stellung, in erhöhtem Masse anomisch im Vergleich zur Schweizer Kontrollgruppe. Dies gilt zumindest bezüglich Orientierungsanomie und im Falle der türkischen Befragten auch bezüglich Deprivationsanomie. Ein bei den befragten Zweitgenerationsangehörigen verstärkt feststellbarer anomischer Zustand lässt sich also offenbar nicht allein auf deren relative strukturelle Benachteiligung zurückführen.

Im folgenden wird mittels weiterer Regressionsanalysen untersucht, ob die drei Zielvariablen Aggressivität, Depressivität und Selbstwertgefühl tatsächlich universelle Formen anomischer Anpassung darstellen.

Abb. 5: Aggressivität als Zielvariable

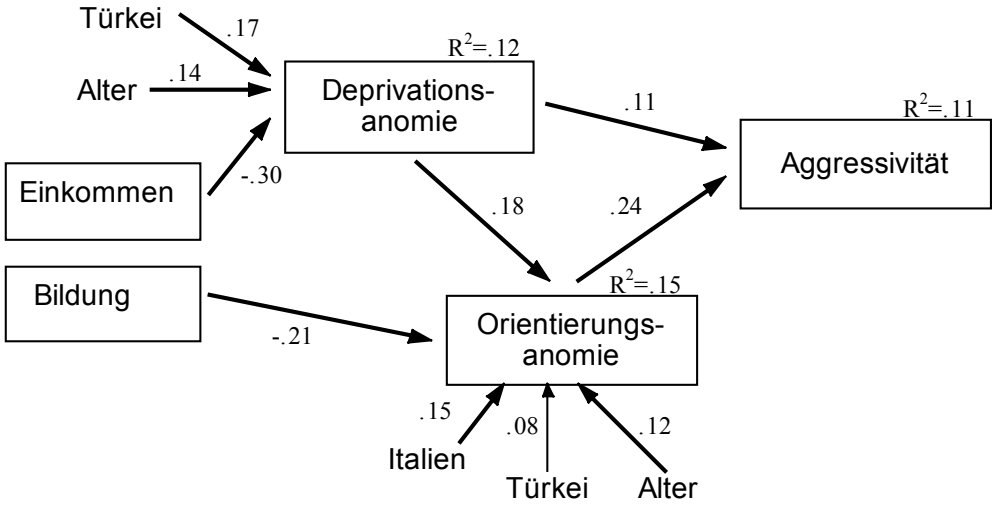


Abb. 6: Depressivität als Zielvariable

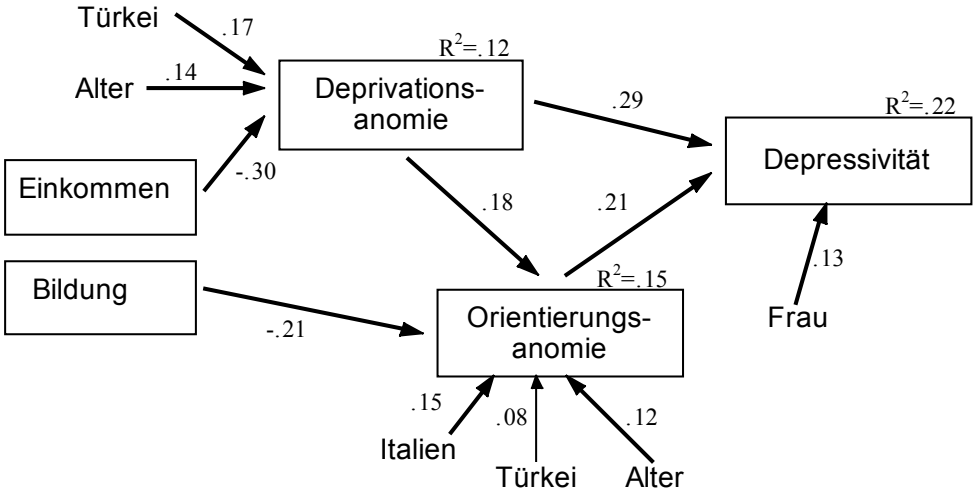
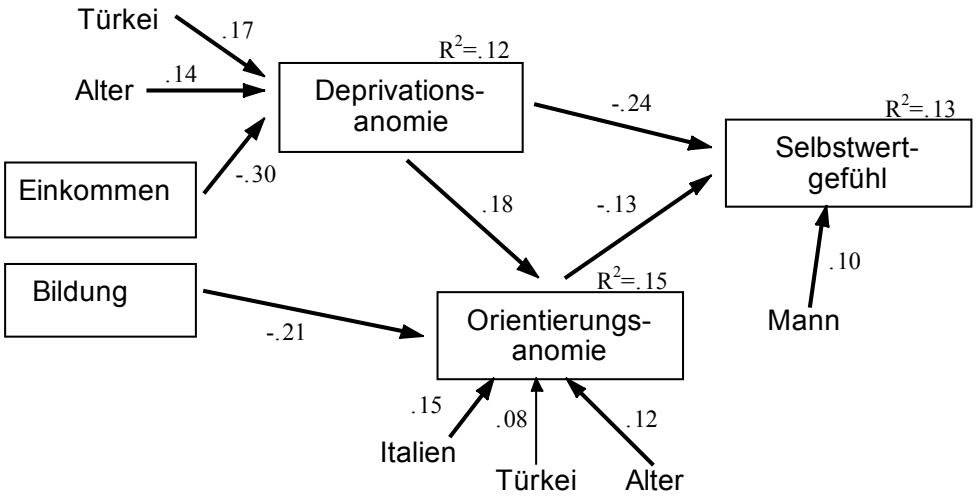


Abb. 7: Selbstwertgefühl als Zielvariable



Anhand der empirischen Pfadmodelle (siehe Abb. 5 bis 7) lässt sich erkennen, dass strukturelle Benachteiligungen bzw. vergleichsweise niedrige Statuspositionen nicht direkt, sondern – ganz dem theoretischen Kausalmodell (siehe Abb. 1) und dessen Implikationen entsprechend – mittels entsprechend verstärkter Anomie zu erhöhter Aggressivität, latenter Depressivität und vermindertem Selbstwertgefühl führen. So sind die beiden Anomie-Indikatoren praktisch die einzigen signifikanten und relevanten Determinanten bei der statistischen "Erklärung" besagter Gemütszustände. Die Nationalität spielt erwartungsgemäß keine Rolle, denn sowohl bei den beiden Zweitgenerationspopulationen als auch bei der Schweizer Kontrollgruppe wird auf Deprivations- und Orientierungsanomie gleichermaßen mit einer verstärkten Aggressivität, einer erhöhten Depressivität und einem verminderten Selbstwertgefühl "reagiert". Stattdessen lässt sich im Falle der Depressivität und Selbstwertschätzung ein unabhängiger *Geschlechtereffekt* feststellen. So neigen die Frauen im Sample generell eher zu einer gewissen Depressivität als ihre männlichen Alterskollegen. Auch zeigen sie ein geringeres Selbstwertgefühl als die Männer, die sich – wenig überraschend – durchwegs, d.h. in allen drei Gruppen, selbstbewusster geben.

Ob jemand ein vergleichsweise geringes Selbstwertgefühl besitzt, eine gewisse Bereitschaft zu Aggression zeigt oder eine latente Neigung zu Depression aufweist, scheint also keine Frage der Nationalität bzw. nationalen Mentalität oder – wie man vielleicht vermutet hätte – des Alters zu sein, sondern ist v.a. vom Ausmaß der Status(un)zufriedenheit und daraus resultierender Orientierungs(un)sicherheit abhängig. Die Tatsache, dass die beiden Anomie-Variablen – als Indikatoren für den gesellschaftlichen Zustand der Ziel-Mittel-Diskrepanz (Deprivationsanomie) und Normlosigkeit

(Orientierungsanomie) – sich als entscheidende Erklärungsfaktoren erwiesen haben, kann dahingehend interpretiert werden, dass das Selbstwertgefühl des Einzelnen genauso wie der individuelle Aggressivitäts- und Depressivitätsgrad nicht oder zumindest nicht allein durch die Persönlichkeit, den „Nationalcharakter“ oder sonst wie prädisponiert sind, sondern mitunter sozial determiniert, d.h. durch die Gesellschaft und deren anomieträchtige (Ungleichheits-)Strukturen bestimmt werden. Der Befund, dass die Nationalität keinen unabhängigen statistischen Einfluss auf die drei zu erklärenden Variablen ausübt, lässt sich als Beleg dafür werten, dass es sich dabei wie behauptet um universelle, kulturübergreifende Muster der Reaktion oder Adaption auf Anomie und strukturelle Desintegration handelt. Die beschriebenen Gemütszustände sind also weder als angeborene Charakterzüge noch – wie manchmal behauptet wird – als nationalitätsspezifische oder „ausländertypische“ Wesensmerkmale zu verstehen, sondern stellen vielmehr Reaktionen auf anomieträchtige gesellschaftliche Spannungslagen dar.

Nun werden noch die drei *zweitgenerationsspezifischen Zielvariablen* Diskriminierungsperzeption, Segregationsmotivation und Remigrationsperspektive sowie die entsprechend errechneten Pfadmodelle betrachtet.

Abb. 8: Diskriminierungsperzeption als Zielvariable

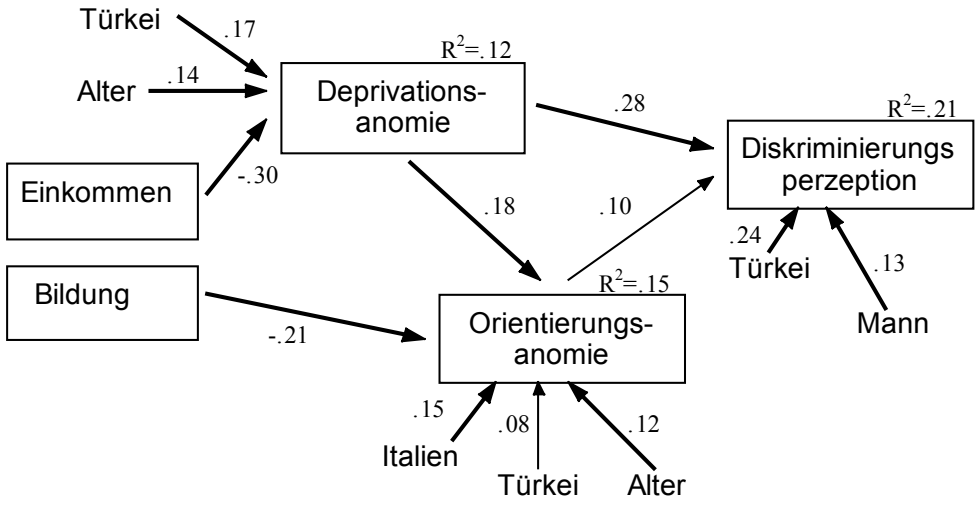


Abb. 9: Segregationsmotivation als Zielvariable

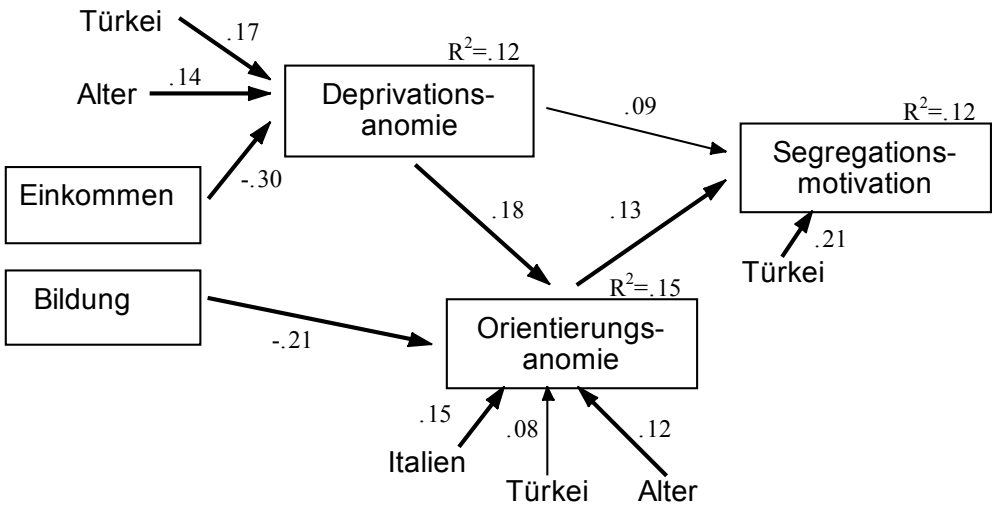
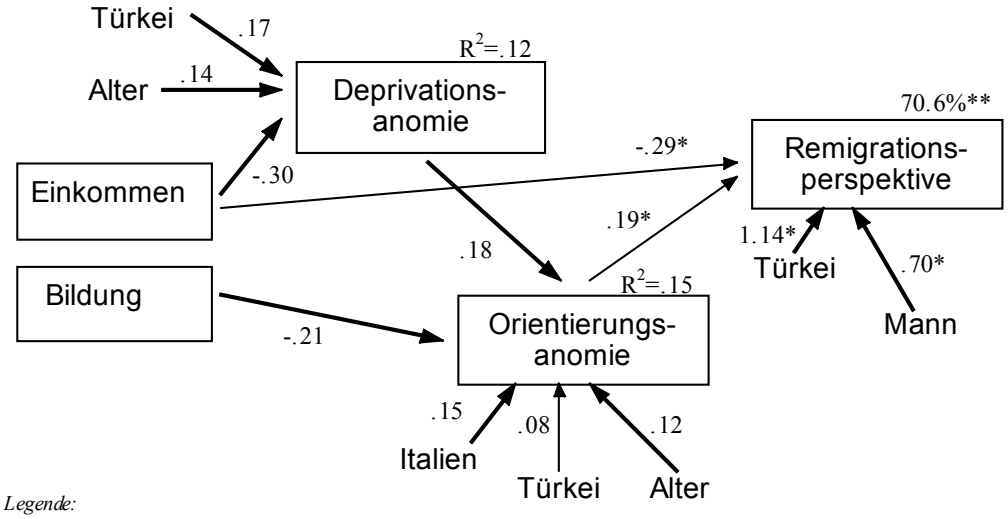


Abb. 10: Remigrationsperspektive als Zielvariable



Legende:
* Schätzparameter B (logistische Regression)
** Vorhersagewahrscheinlichkeit (logist. Regr.)

Anhand der drei Pfadmodelle (Abb. 8, 9 und 10) zeigt sich folgender Sachverhalt: Die statistischen Einflüsse der Statusindikatoren Bildung, berufliche Stellung und Einkommen auf die jeweiligen Zielvariablen, welche bivariat noch signifikant sind, erweisen sich – mit einer Ausnahme – in der multivariaten Analyse als nicht mehr signifikant. Dafür werden die drei Zielvariablen von den beiden Anomie-Indikatoren (hoch-)signifikant beeinflusst. Dies liefert wiederum *empirische Evidenz* für die

theoretische Vorstellung, dass die Variablen Bildung, berufliche Stellung und Einkommen nicht unmittelbar, sondern indirekt wirksam werden und über Anomie auf die Zielvariablen einwirken. Des weiteren zeigt sich bei allen drei Variablen ein hochsignifikanter *Nationalitäteneffekt*: Türkische Personen fühlen sich eher diskriminiert, gehen eher auf soziale Distanz zu den Schweizern und Schweizerinnen und planen eher eine künftige Auswanderung ins Herkunftsland der Eltern als die italienischen Befragten. Die Variable Geschlecht schließlich weist einen signifikanten Einfluss auf die Diskriminierungsperzeption und Remigrationsperspektive auf: Frauen fühlen sich ceteris paribus eher weniger diskriminiert und möchten seltener in das Herkunftsland ihrer Eltern auswandern als Männer.

Die theoretische Vorstellung, dass strukturelle Benachteiligung über individuelle Anomie zu bestimmten Formen ethnisierender und rückzugsorientierender Anpassung sowie emotionaler Bewältigung führt, wird von den Daten gestützt. Zudem erweist sich als wichtiger Befund, dass ein signifikanter Nationalitäteneffekt auch unter Kontrolle der Struktur- und Anomievariablen bestehen bleibt, zumindest was einzelne Anpassungsmuster anbelangt. Neben der ethnisch-nationalen Gruppenzugehörigkeit ist außerdem die Geschlechterzugehörigkeit mit ausschlaggebend für gewisse Dispositionen, Perzeptionen und Intentionen. Rückzugs- und Ethnisierungstendenzen im hier gemeinten Sinne können also nicht nur auf strukturelle Faktoren zurückgeführt werden; vielmehr scheint auch ein ”ethnischer” oder ”kultureller” Faktor wirksam zu werden. Es gibt – wie gezeigt werden konnte – allerdings auch universelle Adaptionen und Reaktionen auf strukturelle Deprivation und Statusfrustration sowie daraus resultierende Orientierungsunsicherheit.

5. Zusammenfassung

Der Beitrag hat für das Beispiel der Schweiz oder zumindest für den größten und bevölkerungsreichsten Schweizer Kanton, den Kanton Zürich, gezeigt, dass selbst die hierzulande geborenen und aufgewachsenen italienischen und türkischen Angehörigen der zweiten Einwanderergeneration im Vergleich mit gleichaltrigen “Einheimischen” in punkto schulischer Bildung und beruflicher Stellung insgesamt “schlechter” abschneiden. Obschon die italienischen Befragten diesbezüglich etwas “besser” dastehen, d.h. tendenziell statushöher sind als die türkischen, müssen beide untersuchten Zweitgenerationspopulationen insgesamt als strukturell unterprivilegiert und desintegriert betrachtet und bezeichnet werden. Wie sich weiter erwiesen hat, äußert sich besagte strukturelle Benachteiligung in erhöhter individueller Anomie (Deprivations- sowie Orientierungsanomie), wodurch es in der Folge zu gewissen Rückzugs- und Selbstethnisierungstendenzen (Segregationsmotivation, Diskriminierungsperzeption, Rückkehrorientierung) kommt. Diese Tendenzen sind bei den türkischen Personen ungeachtet ihrer sozialstrukturellen Lage offenbar ausgeprägter als bei den italienischen. Außer-

dem lässt sich unabhängig von der Nationalität bzw. vom Ausländerstatus (!), also gleichermaßen bei den inländischen wie den ausländischen Befragten, infolge relativ niedriger Statuspositionen und damit einhergehender anomischer Gefühle von Statusfrustration, Deprivation und normativer Desorientierung eine erhöhte Neigung zu Aggressivität und Depressivität sowie ein geringeres Selbstwertgefühl feststellen. Es handelt sich bei diesen emotionalen Bewältigungsmustern offenbar um universelle, kulturübergreifende Formen anomischer Anpassung.

Die Befunde stützen einerseits eine klassische anomietheoretische Perspektive. Andererseits konnte gezeigt werden, dass es sich bei gewissen Adaptionsmustern auch nicht um allein strukturell bedingte, sondern offenbar um kulturell bzw. nationalitätsspezifisch unterschiedlich präferierte anomische Anpassungsformen handelt. Was die theoretisch unterstellten universellen Reaktionen auf Anomie anbelangt, so haben diese sich empirisch bestätigen lassen, sind doch diesbezüglich erwartungsgemäß keine nationalen Unterschiede festzustellen. Es handelt sich dabei also offenbar tatsächlich um kulturunabhängige anomische Adaptionsmuster, die dafür geschlechtsspezifisch unterschiedlich auftreten, d.h. von den Geschlechtern unterschiedlich "favorisiert" werden.

Abschließend ist noch anzufügen, dass die erklärten Varianzen meist eher gering, ein erheblicher Varianzanteil also statistisch unerklärt geblieben ist. Auch ist einzuräumen, dass die gefundenen nationalen Unterschiede – dort, wo sie denn überhaupt bestehen – nicht allzu groß sind und daher nicht überbewertet werden dürfen. Demzufolge dürfen die im vorliegenden Beitrag thematisierten sozialen Zusammenhänge zwischen struktureller Benachteiligung, individueller Anomie und gewissen emotionalen Reaktionen bzw. psychosozialen Dispositionen, die in der Literatur gerne hochstilisiert werden, in ihrem Ausmaß und ihrer Relevanz für die "Betroffenen" und die Gesellschaft nicht überschätzt werden. Gewisse Zusammenhänge und Tendenzen mögen zwar durchaus vorhanden sein und auch in der hier postulierten Kausalität bestehen – immerhin konnten sie in diesem Beitrag nachgewiesen werden –, diese deswegen über Gebühr zu problematisieren, erscheint jedoch gleichfalls problematisch und unangemessen.

6. Literaturverzeichnis

Bendit, René, 1987: Zweite-Generations-Forschung: Lebenslage und Sozialisation ausländischer Jugendlicher. In: D. Jugendinstitut (Hrsg.). Ausländerarbeit und Integrationsforschung – Bilanz und Perspektiven. Weinheim/München: Juventa, S. 123-136

Bielefeld, Uli, 1988: Inländische Ausländer. Zum gesellschaftlichen Bewusstsein türkischer Jugendlicher in der BRD. Opladen: Campus

Boos-Nünning, Ursula, 1986: Die schulische Situation der zweiten Generation. In: Meys, W.; Sen, F. (Hrsg.): Zukunft in der Bundesrepublik oder Zukunft in der Türkei? Eine Bilanz der 25-jährigen Migration von Türken. Frankfurt a. M.: Dagyeli, S. 131-155

Brainin, Elisabeth, 1996: Verregelt und verriegelt. Psychische Auswirkungen kultureller Differenzen. In: Kinderanalyse, 4(4): S. 331-350

Collatz, Jürgen, 1995: Auf dem Weg in das Jahrhundert der Migration. Auswirkungen der Migrationsbewegungen auf den Bedarf an psychosozialer und sozialpsychiatrischer Versorgung. In: Koch, Eckhardt; Oezek, Metin; Pfeiffer, Wolfgang M. (Hrsg.): Psychologie und Pathologie der Migration. Deutsch-türkische Perspektiven. Freiburg im Breisgau: Lambertus, S. 31-45

Durkheim, Emile, 1993: Der Selbstmord. Frankfurt/Main: Suhrkamp, S. 273 – 318

Hansen, Roland, 1989: Türkische Deutsche, deutsche Türken oder "ein bisschen von da und ein bisschen von da". Re-Migration und Identitätskonflikte türkischer Jugendlicher aus Izmir. Saarbrücken: Verlag Breitenbach

Haug, Werner, 1995: Vom Einwandererland zur multikulturellen Gesellschaft. Grundlagen für eine schweizerische Migrationspolitik. Bern: Bundesamt für Statistik (Hrsg.)

Heitmeyer, Wilhelm; Müller, Joachim; Schröder, Helmut, 1997: Verlockender Fundamentalismus. Türkische Jugendliche in Deutschland. Frankfurt am Main: Suhrkamp

Hettlage-Varias, Andrea; Hettlage, Robert, 1984: Kulturelle Zwischenwelten. Fremdarbeiter – eine Ethnie? In: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, 10 (2): S. 357-403

Hill, Paul B., 1990: Kulturelle Inkonsistenz und Stress bei der zweiten Generation. In: Esser, H.; Friedrichs, J. (Hrsg.): Generation und Identität. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 101-126

Hilpert, Kornelia, 1997: Ausländer zwischen Integration und Marginalisierung. Zur Bedeutung kommunaler Quartierbildung und Traditionalisierung von Integrationsdefiziten beim Wechsel der Generationen. Frankfurt a.M.: Peter Lang

Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim, 1973: Soziologie des Fremdarbeiterproblems. Stuttgart: Ferdinand Enke Verlag

König, Karin, 1989: Tschador, Ehre und Kulturkonflikt. Veränderungsprozesse türkischer Frauen und Mädchen durch die Emigration und ihre soziokulturellen Folgen. Frankfurt: Verlag für Interkulturelle Kommunikation

Korte, Elke, 1990: Die Rückkehrorientierung im Eingliederungsprozess von Migrantenfamilien. In: Esser, H.; Friedrichs, J. (Hrsg.): Generation und Identität: theoretische und empirische Beiträge zur Migrationssoziologie. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 207-259

Markefka, Manfred, 1975: Vorurteile - Minderheiten - Diskriminierung. Ein Beitrag zum Verständnis sozialer Gegensätze. Berlin: Luchterhand (2. Aufl.)

Meyer-Sabino, Giovanna, 1987: La generazione della sfida quotidiana. Studio sulla condizione dei giovani italiani in Svizzera, ENAIP

Merton, Robert K., 1964: Anomie, Anomia, and Social Interaction: Contexts of Deviant Behavior. In: Clinard, Marshall B. (ed.): Anomie and Deviant Behavior. London: The Free Press of Glencoe, S. 213-242

Nauck, Bernhard; Kohlmann, Annette; Diefenbach, Heike, 1997: Familiäre Netzwerke, intergenerative Transmission und Assimilationsprozesse bei türkischen Migrantenfamilien. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 49 (3): S. 477-499

Nieke, Wolfgang, 1991: Situation ausländischer Kinder und Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland: Vorschule, Schule, Berufsausbildung, Freizeit, Kriminalität. In: Lajios, K. (Hrsg.): Die zweite und dritte Ausländergeneration. Ihre Situation und Zukunft in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Leske & Budrich, S. 13 - 41

Özelsel, Michaela M., 1990: Gesundheit und Migration. Eine psychologisch-empirische Untersuchung an Deutschen sowie Türken in Deutschland und in der Türkei. München: Profil

Portera, Agostino, 1995: Interkulturelle Identitäten. Faktoren der Identitätsbildung Jugendlicher italienischer Herkunft in Südbaden und in Süditalien. Köln: Böhlau

Seifert, Wolfgang, 1992: Die zweite Ausländergeneration in der Bundesrepublik. Längsschnittbeobachtungen in der Berufseinstiegsphase. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 44: S. 677-696

Srole, Leo, 1956: Social Integration and certain Corollaries: An exploratory Study. In: American Sociological Review, 21: S. 709 – 716

Stroebe, Wolfgang; Hewstone, Miles; Codol, Jean-Paul; Stephenson, Geoffrey M. (Hrsg.), 1990: Sozialpsychologie. Eine Einführung. Berlin: Springer-Verlag

Twenhöfel, Ralf, 1984: Kulturkonflikt und Integration. Zur Kritik an der Kulturkonfliktthese. In: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, 10 (2): S. 405-434

Weber, Cora, 1989: Selbstkonzept, Identität und Integration. Eine empirische Untersuchung türkischer, griechischer und deutscher Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin: VWB - Verlag für Wissenschaft und Bildung

Wicker, Hans-Rudolf, 1993: Ursachen und Folgen der Migration. In: Wicker, H.-R. (Hrsg.): Türkei in der Schweiz? Beiträge zur Lebenssituation von türkischen und kurdischen Migranten und Flüchtlingen in der Fremde. Luzern: Caritas-Verlag, S. 13-35

Wilpert, Czarina, 1980: Die Zukunft der Zweiten Generation. Erwartungen und Verhaltensmöglichkeiten ausländischer Kinder. Königstein: Anton Hain-Verlag

Anhang

Übersicht 1: Operationalisierung der theoretischen Konstrukte

Konstrukt	**Indikatoren/Fragebatterie**
Deprivationsanomie	*Fühlen Sie sich manchmal gestresst oder belastet, weil ....?* **1.** Ihr Einkommen zu niedrig ist **2.** Sie gern einen höheren Bildungsabschluss hätten **3.** Sie gern eine höhere berufliche Stellung hätten **4.** Sie sich viele Sachen nicht leisten können **5.** Ihre Arbeitstätigkeit zu wenig interessant ist *Antwortvorgaben: eher ja / eher nein*
Orientierungsanomie	**1.** Heutzutags kümmert sich niemand mehr um den andern. Jeder schaut nur noch für sich selber. **2.** Alles ist heute so unsicher und wechselt so schnell, dass man häufig nicht mehr weiss, wonach man sich richten soll. **3.** Das Schlimme an der heutigen Zeit ist, dass den Leuten die alten Traditionen und Gewohnheiten gar nichts mehr bedeuten. **4.** Wenn man die Ereignisse der letzten Jahre betrachtet, wird man richtig unsicher. **5.** Heute weiss man nicht mehr recht, auf wen man sich wirklich verlassen kann. *Antwortvorgaben: trifft eher zu /trifft eher nicht zu*
Aggressivität	**1.** Wenn jemand mich beleidigt, raste ich leicht aus. **2.** Es gibt Leute, wo ich am liebsten verprügeln würde. **3.** Wenn mich jemand anpöbelt, lasse ich mich leicht auf einen Streit oder eine Schlägerei ein. **4.** Manchmal fühle ich eine heftige Wut in mir. *Antwortvorgaben: trifft zu / trifft nicht zu*
Depressivität	**1.** Ich fühle mich manchmal ohne erkennbaren Grund ziemlich elend. **2.** Ich grüble viel über mein bisheriges Leben nach. **3.** Manchmal fühle ich mich innerlich leer. **4.** Ab und zu habe ich alles gründlich satt. *Antwortvorgaben: trifft zu / trifft nicht zu*
Selbstwertgefühl	**1.** Ich bin ziemlich selbstbewusst. **2.** Ich habe häufig Angst, zu versagen. **3.** Häufig zweifle ich an mir selbst. *Antwortvorgaben: trifft zu / trifft nicht zu*

Übersicht 1: Operationalisierung der Konstrukte (Fortsetzung)

Konstrukt	**Indikatoren/Fragebatterie**
Segregationsmotivation	**1.** Wir Türken / Italiener müssen aufpassen, dass wir nicht allmählich zu Schweizern werden. **2.** Wir Türken / Italiener müssen unter uns bleiben, um unsere türkische / italienische Lebensweise nicht zu verlieren. **3.** Wir Türken / Italiener sollten möglichst nur untereinander heiraten. *Antwortvorgaben: ja / nein*
Diskriminierungsperzeption	*Fühlen Sie sich manchmal als Ausländer benachteiligt und zwar ....?* **1.** in der Schule bzw. bei der Arbeit? **2.** von den Behörden? **3.** bei der Arbeitsplatzsuche / Stellenbewerbung? **4.** auf öffentlichen Plätzen, beim Einkaufen, in öffentlichen Verkehrsmitteln? **5.** bei der Wohnungssuche? *Antwortvorgaben: ja / nein*
Remigrationsperspektive	Irgendwann werde ich nach Italien / in die Türkei zurückgehen, um dort zu leben. *Antwortvorgabe: ja / nein*

Übersicht 2: Empirische Regressionsanalysen

Zielvariablen:	Depr.-anomie (beta)	Orient.-anomie (beta)	Aggres-sivität (beta)	Depres-sivität (beta)	Selbst-wertgef. (beta)	Diskr.-perz. (beta)	Segr.-motiv. (beta)	Rück-kehr (B)
Determinanten:								
Bildung	-.07	**-.21****	-.04	.01	-.03	.05	-.07	-.24
berufliche Stellung	-.02	-.05	-.01	.05	.03	-.05	-.03	.05
Einkommen	**-.30****	-.06	-.00	-.08	.09	-.05	-.01	**-.29***
Deprivationsanomie		**.18****	**.11****	**.29****	**-.24****	**.28****	**.09***	.10
Orientierungsanomie		**.24****	**.21****	**-.13****		**.10***	**.13****	**.19***
Kontrollvariablen:								
Nationalität								
- italienische	0.1	**.15****	**-.05**	.04	-.00			
- türkische	**.17****	**.08***	.03	.08	-.01	**.24****	**.21****	**1.14****
Geschlecht (Mann)	.00	-.05	-.05	**-.13****	**.10****	**.13****	.02	**.70****
Alter	**.14****	**.12****	-.03	.01	-.06	.04	-.06	.04
R Square (adjusted)	**.12** (.12)	**.15** (.14)	**.11** (.10)	**.22** (.21)	**.13** (.12)	**.21** (.19)	**.12** (.11)	**70.6 %**
N***	839	815	803	807	806	442	495	435

*p <.05 (sign.); **p <.01 (hochsign.); ***nur zu mind. 50 % erwerbstätige Personen berücksichtigt

Anne Dumasy

Staatsbürgerschaft und Integration: Frankreich und seine Immigranten

Unter dem Gesichtspunkt eines Vergleichs zwischen Frankreich und Deutschland sollen zwei Themen eingehender behandelt werden:
- das französische Staatsbürgerschaftsrecht in seiner geschichtlichen Tradition und
- die aktuelle Situation der Asylbewerber in Frankreich.

Das Staatsbürgerschaftsrecht

Das neue deutsche Staatsbürgerschaftsrecht vom 1. Januar 2000 ist ein beachtlicher Schritt zur Integration der ausländischen Kinder, die in Deutschland zur Welt kommen.
Aus französischer Sicht fällt jedoch auf, dass die Sozialisierung im deutschen Recht vorausgesetzt wird. Das deutsche Recht verlangt zwar eine bestimmte Aufenthaltszeit für ein Elternteil, nicht aber für die in Deutschland geborenen Kinder. Auch Kinder, die direkt nach ihrer Geburt mit ihren Eltern in deren Heimatland zurückkehren, können sich mit spätestens 23 Jahren für die deutsche Staatsbürgerschaft entscheiden, wenn sie auf die ausländische Staatsbürgerschaft verzichten. Die Sorge um die Sozialisierung, die im neuen französischen Recht mit einem fünfjährigen Aufenthalt im Land vorausgesetzt wird, ist im deutschen Recht nicht ersichtlich. In Frankreich gehört das Problem der Sozialisierung der Neubürger zur rechtsgeschichtlichen Tradition. Es ist interessant festzustellen, inwieweit das Bodenrecht und die Sozialisierung, die besonders der Schule anvertraut ist, die Integration in die französische Gesellschaft ermöglicht haben. Am Beispiel Frankreichs ist erkennbar, dass das Bodenrecht (*ius soli)* nicht zwangsläufig zur sozialen Integration führt.

Im deutschen Recht können die vorausgegangenen Reformen von 1991 (Ermessensanspruch) und 1993 (Regelanspruch) für die Einbürgerung der erwachsenen Ausländer als wichtige Schritte angesehen werden. Es ist jedoch feststellen, dass der Erfolg hinter den Erwartungen zurückblieb. Nur zwei Prozent der Türken in Berlin haben dieses Recht für sich in Anspruch genommen; in den anderen Bundesländer sind es nur halb so viele. Offensichtlich ist die Einbürgerung im Erwachsenenalter weniger attraktiv als die über das Bodenrecht.

Der Regelanspruch in Deutschland von 1993, der in der Praxis im Allgemeinen großzügig ausgelegt wurde, geht sogar viel weiter als das Französische Einbürgerungsgesetz für Erwachsene; in Frankreich

hängt dieses Recht traditionsgemäß vom Ermessen der Behörden ab, und die Bestimmungen werden von den französischen Beamten sehr restriktiv gehandhabt.

Frankreich und Deutschland haben in den letzten zwei Jahren fast gleichzeitig eine Reform im Staatsbürgerrecht durchgeführt. Deutschland hat das Bodenrecht eingeführt. Frankreich hat nach einer Pause (1993 - 1998) das Bodenrecht wieder erleichtert. Einige Punkte könnten jedoch herausgehoben werden. Das französische Staatsbürgerschaftsrecht ist wie in anderen Ländern auch ein Produkt der Zeitumstände und ein Ergebnis pragmatischer Überlegungen. Am französischen Beispiel wird noch eine andere Tatsache offensichtlich: Das Bodenrecht ist zwar ein bedeutender Schritt zur staatsrechtlichen Integration, die soziale Integration wird damit jedoch nicht automatisch erreicht.

Frankreichs Vorreiterrolle: erstes Abstammungsrecht, erstes republikanisches Bodenrecht

Das neue französische Staatsbürgerschaftsrecht vom 16. März 1998 hat das Bodenrecht wiederhergestellt, das von 1993 bis 1998 durch eine Gesetzesänderung (*Loi Méhaignerie*, im Volksmund als *Lois Pasqua* bekannt) sehr erschwert worden war.

Nach dem neuen Recht erhalten Kinder ausländischer Eltern, die in Frankreich geboren sind, bei Volljährigkeit bzw. mit 13 oder 16 Jahren, *automatisch* die französische Staatsbürgerschaft, wenn sie nicht ausdrücklich darauf verzichten. Allerdings erhalten sie die französische Staatsbürgerschaft nur unter der Bedingung, dass sie in den letzten 5 Jahren einen lückenlosen Aufenthalt in Frankreich nachweisen können. Der fünfjährige Aufenthalt wird als Garantie für eine Sozialisierung angesehen. Auf diese Weise wurde das Gesetz von 1993 wieder aufgehoben, das das Bodenrecht durch einen schriftlichen Antrag bei der Volljährigkeit (bzw. mit 13 oder 16 Jahren) erschwert hatte[1] .

Das französische Staatsbürgerschaftsrecht, das im Ausland fälschlicherweise immer mit dem Bodenrecht verbunden wird, bedarf einiger Erläuterungen. Im geschichtlichen Rückblick[2] kann man feststellen, dass das *ius soli* unter den europäischen Monarchien, als Band zwischen Untertan und Monarch, vor der Herrschaft Napoleons allgemein verbreitet war. Dann hat Napoleon 1804 mit seinem *Code Civil* zum ersten Mal in Europa das Abstammungsrecht (ius sanguinis) eingeführt, das sich dann in den meisten europäischen Ländern verbreitet hat. Ausnahmen bildeten nur England und Portugal, die weiterhin dem feudalen „*ius soli"* treu geblieben sind.

---

1 Wihtol de Wenden, Catherine: L'immigration en Europe. La Documentation francaise, Paris 1998.

2 Der folgende geschichtliche Überblick bezieht sich auf die Arbeiten von Patrick Weil. Vgl. Weil, P.: L'histoire de la nationalité francaise: une leçon pour l'Europe. In: Nationalité et citoyenneté en Europe, Hrsg. P. Weil und R. Hansen. La Découverte, Paris 1999.

Die Situation änderte sich dann in der III. Republik mit dem Gesetz von 1889. Seit diesem Zeitpunkt kann Frankreich als Einwanderungsland bezeichnet werden. Das doppelte Bodenrecht wurde jetzt für alle gültig: In Frankreich geborene Kinder, deren Eltern bereits in Frankreich geboren waren, erhielten automatisch die französische Staatsbürgerschaft; sie hatten keine andere Alternative. Nur algerische Moslems konnten die französische Staatsbürgerschaft ablehnen. Nach 85 Jahren Pause wurde das Bodenrecht zum vorherrschenden Kriterium im französischen Staatsbürgerschaftsrecht; es handelt sich aber um ein modernes Bodenrecht. Frankreich hat auch hier wieder eine Vorreiterrolle in Europa übernommen: Es hat als erstes Land das *republikanische* Bodenrecht eingeführt, das auf dem Begriff der *Sozialisierung* beruht, und nicht auf einer Bindung zu einem Monarchen, wie es im "*Ancien Regime"* üblich war. Die Sozialisierung sollte vor allem Aufgabe der Schule sein. Von einem Willensakt oder gar einem Vertrag zwischen einem Individuum und einem Land war in den Gesetzen nicht die Rede.

Die Bedeutung der Sozialisierung im französischen Recht

Wie ist es zu einer solchen Änderung der Mentalitäten gekommen? Frankreich war seit dem Ende des 19. Jahrhunderts aus demografischer Notwendigkeit zu einem Einwanderungsland geworden. Nach dem Ersten Weltkrieg schien eine liberale Gesetzgebung unumgänglich, um das demografische Defizit zu verbessern. Mit dem Gesetz von 1927 wurde die liberalste Gesetzgebung geschaffen, die Frankreich je hatte: Die zukünftige Sozialisierung wurde vorausgesetzt, Prognose statt Diagnose hieß die Devise. In diesem Sinne wurde die Aufenthaltszeit von 10 auf 3 Jahre verkürzt, um die Integration zu beschleunigen. Falls die erwartete Sozialisierung jedoch nicht glücken sollte, wurde vorsichtshalber ein gerichtliches Verfahren zur Aufhebung der Einbürgerung vorgesehen. Diese Vorsichtsmaßnahme kam einige Jahre später zur Anwendung. Die aufkeimende Xenophobie zur Zeit der Weltwirtschaftskrise ist sicher dafür verantwortlich zu machen, dass diese liberale Gesetzgebung nach und nach wieder eingeschränkt wurde. Ein *decret-loi* untersagte 1934 den Neubürgern den Zugang zu einigen Berufen, und 1938 wurde außerdem eine fünfjährige Wartezeit beim Wahlrecht eingeführt. Der Zweite Weltkrieg hat seitens der Regierung eine Einbürgerungswelle ausgelöst: Frankreich brauchte Soldaten für den Krieg, und man sah es als ungerecht an, dass die 3 Millionen Ausländer vom Militärdienst verschont bleiben sollten.

Unter dem Vichy-Regime wurden die Einbürgerungen, die aufgrund des liberalen Gesetzes von 1927 erfolgt waren, unter dem Einfluss von Georges Mauco, einem Spezialisten für Einwanderungsfragen, noch einmal einzeln überprüft, besonders unter dem Gesichtspunkt einer möglichen jüdischen Abstammung. Auf diese Weise wurden 15.154 Franzosen wieder ausgebürgert, darunter ungefähr 6000 Juden. Auch das Gesetz vom 23. Juli 1940 ermöglichte es, all jene Franzosen auszubürgern, die

Frankreich ohne Erlaubnis der Regierung in der Zeit vom 20. Mai bis zum 30. Juni 1940 verlassen hatte. General de Gaulle verlor auf diese Weise, wie 441 weitere Landsleute auch, die französische Staatsangehörigkeit.

Die nächste Änderung fand 1945 statt. General de Gaulle stellte am 3. März 1945 sein Programm vor: Frankreich brauche aus demografischen Gründen in den nächsten 10 Jahren unbedingt 12 Millionen Kinder. Dieses Ziel wäre nur zu erreichen, wenn man "*mit Methode und Intelligenz die guten Elemente der Immigration in die französische Gemeinschaft integrierte"*[3]. Im Oktober 1945 wurde auf Grund einer *ordonnance* ein liberales Einbürgerungsgesetz erlassen, das allen Immigranten und ihren Kindern nach einer fünfjährigen Wartezeit eine schnelle Einbürgerung ermöglichen sollte. Diesem Gesetz war allerdings eine heftige Debatte vorausgegangen: die Befürworter einer ethnischen Auslese, von Georges Mauco angeführt, konnten sich jedoch nicht durchsetzen.

Ab 1973 wurde die Staatsbürgerschaft automatisch bei der Geburt gewährt. Die rechtsradikale Partei Front National hat sich 1982 bemüht, die liberalen Einbürgerungen seit 1974 noch einmal individuell zu untersuchen und eventuell rückgängig zu machen. Allerdings blieb dieser Versuch ohne Erfolg. Die oben erwähnten *lois Pasqua (1993-1998)* haben jedoch den Wahlerfolgen der Font National Rechnung getragen, indem sie das Bodenrecht mit erschwerten Bedingungen versehen haben.

Mit diesem geschichtlichen Überblick sollte die Vorreiterrolle Frankreichs sowohl im Abstammungsrecht wie im Bodenrecht veranschaulicht werden. Es sollte auch gezeigt werden, welche Rolle demografische, militärische und politische Faktoren bei der Verabschiedung eines Staatsangehörigkeitsgesetz gespielt habe. Trotz der traditionellen Sorge um die Sozialisierung und trotz des Bodenrechtes zeigt das französische Beispiel, dass eine angestrebte soziale Integration auf viele Hindernisse stoßen kann.

Ausgrenzung trotz Staatsbürgschaft

In Frankreich sind gerade junge Maghrebiner, die sogenannten *"Beurs"* die Zielgruppe der Ausgrenzung schlechthin, vergleichbar mit jungen Türken in Deutschland. Diese jungen *Beurs,* und ganz besonders die jungen Franzosen algerischer Abstammung, sind jedoch in einer paradoxen Lage: sie erfüllen alle Voraussetzungen für die Integration in die französische Gesellschaft und leiden trotzdem unter Diskriminierung.

[3] Charles de Gaulle: Rede vom 3. März 1945 vor der Assembleé Consultative, zitiert in: Weil, P., S. 63/64.

Die jungen Franzosen algerischer Abstammung sind kulturell ganz französisch geprägt; sie stammen häufig aus binationalen Familien und sprechen zu Hause französisch. Außerdem sind ihre schulischen Leistungen im allgemeinen besser als die der anderen Minderheiten, zum Teil liegen sie sogar über dem Niveau der französischen Kinder aus vergleichbarem sozialen Milieu. Für diese Jugendlichen ist die Schule der einzige Weg zur beruflichen Integration. Sie sind hochmotiviert und leistungsorientiert, denn sie verfügen nicht wie andere Minderheiten über ethnische Netzwerke, wie es zum Beispiel bei den Portugiesen der Fall ist. Ein Vergleich mit den jungen Portugiesen zeigt, wie hilfreich diese ethnischen Netzwerke sein können. Obgleich die portugiesischen Jugendlichen in Frankreich oft nur eine unvollständige Schulausbildung haben, sind sie seltener arbeitslos, da sie Dank der ethnischen Netzwerke leichter Arbeit in portugiesischen Betrieben finden.

Nicht zuletzt kommt die integrationsfördernde Tatsache hinzu, dass die *Beurs* algerischer Abstammung weniger religiös interessiert sind (52 %) als Türken (69 %) oder Schwarzafrikaner (bis zu 82 %) und nur geringe Tendenzen zeigen, sich auf die eigene Ethnie zurückzuziehen.
Trotz der Bereitschaft zur sozialen Mobilität, trotz hochmotivierter Integrationsbestrebungen und trotz der französischer Staatsbürgschaft leiden diese Jugendlichen ganz besonders unter Benachteiligungen und Ausgrenzung auf dem Arbeitsmarkt. Bei einer allgemeinen Jugendarbeitslosenquote von durchschnittlich 25 % sind bei den jungen *Beurs* algerischer Abstammung ca. 50 % betroffen. Zum Vergleich einige Zahlen, die eine Ausgrenzung dieser Gruppe verdeutlichen: bei Jugendlichen aus der Dritten Welt sind nur 30 % arbeitslos, bei weiblichen Bewerben steigt der Prozentsatz dann allerdings auf 50 %.

Trotz ihrer relativ guten Schulbildung haben die Beurs nur geringe Aufstiegschancen. Ohne Abitur sind 37 % arbeitslos (aber nur 17 % der jungen Portugiesen). Nach dem Abitur sind immer noch 32 % arbeitslos (aber wiederum nur 17 % der Portugiesen)[4].

Die Diskriminierung der Beurs ist bekannt. Ab und zu wird ein Fall in der Presse aufgegriffen und ein Personalchef verurteilt[5]. Eine Verbesserung der Berufschancen ist jedoch bis jetzt nicht festzustellen. Forscher des französischen Instituts für Bevölkerungswissenschaften in Paris haben in ihren Untersuchungen festgestellt, dass die *Beurs* auch beim Militärdienst benachteiligt wurden. Der Militärdienst (ab 2002 gibt es eine Berufsarmee) hatte eine besondere Bedeutung bei der Integration für die Immigrantenkinder; er war sozusagen der Königsweg zur Integration.

[4] Le Monde 12. 3. 1996.
[5] Le Monde 9. 10. 1999.

Deshalb haben auch besonders diese Jugendlichen die Abschaffung des Militärdienstes bedauert. Allerdings wurden 44 % der algerischen Jungen nicht zum Militärdienst zugelassen (im Vergleich zu den 28 % im nationalen Durchschnitt). Die Armee weist den Vorwurf ethnischer Diskriminierung entschieden zurück. Aus einem armee-internen Bericht werden folgende Gründe für die Ablehnung der jungen Algerier angegeben: einerseits objektive Gründe wie Hörschäden und Drogenabhängigkeit, andererseits eher subjektive Begründungen wie Unreife, (religiöse) Intoleranz und Frustriertheit. Nach Michèle Tribalat vom *Institut de Demographie* in Paris ist diese Haltung der Armee wohl eher als eine Revanche für den Algerienkrieg anzusehen. Die Erinnerungen an den Algerienkrieg sind anscheinend noch zu schmerzhaft, als dass man den Franzosen algerischer Herkunft vorurteilsfrei gegenübertreten könnte.

La violence urbaine: die Gewaltspirale in den Vorstädten

Die Reaktion auf die vielfältigen Diskriminierungserscheinungen gegenüber französischen Jugendlichen aus dem Immigrantenmilieu hat eine Gewaltspirale in den Vorstädten zur Folge.

Einige Vorstädte sind inzwischen zu einer Art Ghetto geworden. Die „Politik der Städte“ ist seit den achtziger Jahren die offizielle Integrationspolitik in Frankreich. In den Vorstädten um Paris, Lyon, Marseille oder auch Lille wohnen sowohl die neuen Zuwanderer als auch die Franzosen, die aus der Einwanderungsgesellschaft stammen. Die ersten Maßnahmen wurden 1983 unter der Bezeichnung DSQ (*développement social des quartiers)* getroffen. Seit 1990 gibt es ein eigenes Ministerium für die Städte.

Verschiedene Maßnahmen, wie ein Notstandsplan (1993), ein Marshall-Plan für die Städte (1995) und zuletzt die Gründung von „Freizonen“, die Unternehmen mit Hilfe von Steuervergünstigungen in diese schwierigen Vorstädte locken sollen, haben nicht zu den erwarteten Ergebnissen geführt.

Eine neue Etappe begann 1998 mit einer Politik des Gleichheitsprinzips. Jedwede Anspielung auf Immigranten oder Franzosen aus dem Immigrantenmilieu ist untersagt. Der Grundsatz der Gleichheit ist ebenfalls eine Reaktion auf die 80er Jahre, in denen die jungen Beurs auf die Strasse gegangen sind und ihre eigene Kultur entdeckt haben. Um der rechtsradikalen Partei Front National den Wind aus den Segeln zu nehmen, wurde jede Anspielung auf positive Diskrimination untersagt. Die Partei Front National konnte nämlich mit einem großen Stimmenzuwachs rechnen, sobald von den Unruhen in den Vorstädten und von den vielen Arbeitslosen, die von der Sozialhilfe leben, die Rede war.

Die Intervenierungs-Zonen wurden infolge dessen streng nach objektiven Kriterien ausgesucht. Die so genannten Freizonen betrafen Gebiete, wo gleichzeitig mehrere Kriterien zusammentrafen: sehr niedrige Löhne, niedriges Bildungsniveau, eine extrem hohe Arbeitslosenrate und hohe Kinderzahlen. Ende 1999 hat die Regierung den Misserfolg dieser Maßnahmen offiziell zugeben müssen. Trotz massiver Investitionen und Renovierungsarbeiten wagten die Unternehmen nicht, sich in den „schwierigen" Vorstädten anzusiedeln.

So beweist im Gegenteil das Beispiel der Gemeinde Vaux-en-Velin bei Lyon, dass der Abzug der noch bestehenden Geschäfte nicht aufzuhalten ist. Nur mit großer Mühe und Hilfe von aufwendigen Finanzspritzen sowie staatlichen Subventionen sind neue Ansiedlungen zu gewinnen, obwohl das Stadtzentrum, die Wohnqualität und die Verkehrsverbindungen mit Lyon in den letzten 10 Jahren deutlich verbessert worden sind[6]. Im Dezember 1999 hat die Regierung Jospin beschlossen, 12 Milliarden F für insgesamt 150 Städte auszugeben. Gleichzeitig soll auch eine neue Polizeieinheit mit nachbarschaftsfreundlichem Charakter, die *police de proximité*, seit 1999 in fast 70 schwierigen Stadtvierteln bereits versuchsweise im Einsatz, bis 2002 landesweit ausgebaut werden. Diese neue Polizeieinheit soll Kontakte und den Dialog zwischen der Bevölkerung und Polizei fördern, um auf diese Weise das Gefühl der Unsicherheit abzubauen.

Trotz aller Maßnahmen, trotz vieler Initiativen und auch positiven Ergebnisse bei der Senkung der Kriminalitätsrate, hat die Regierung einen nur mäßigen Erfolg feststellen müssen. Die „*fracture sociale"*, der soziale Bruch bleibt weiterhin bestehen; andere Gesellschaftsschichten wollen selbst in vollkommen renovierten Stadtteilen nicht wohnen. In einer vergleichenden Studie von Christian Pfeifer wurde festgestellt, dass der Begriff „*violences urbaines"* ganz speziell für Frankreich charakteristisch ist und mit keinem anderen Land vergleichbar ist. Nirgendwo sonst findet man in den Wohngebieten eine so radikale geographische Trennung der sozialen Schichten wie in Frankreich. Nirgendwo anders, so Michel Wiewiorka, richtet sich die Aggressivität und die Zerstörungswut so eindeutig auf die staatlichen Institutionen.

Michel Wiewiorka[7] hat in seinen Forschungen bewiesen, dass das institutionelle System in Frankreich immer mehr Zeichen der Schwäche aufweist und bei den Bewohnern der unsicheren Vorstädte deshalb so heftige Reaktionen auslöst, weil die Politiker in offiziellen Reden weiterhin die Tugenden der Republik preisen. Nach Michel Wiewiorka haben wirtschaftliche Rezessionserscheinungen und soziale Probleme, Exklusions- und Verarmungstendenzen diese städtische Gewalt *(violences urbaines)* zwar gefördert, aber die französischen Institutionen hätten durch ihren fehlenden Einsatz der Gewaltbereitschaft noch neuen Zündstoff gegeben. Ganz offiziell wird heute zugegeben, dass die Politik der

[6] Le monde 13.10. 1999: 9 ans après les émeutes, la fragile naissance de Vaux-en-Velin.
[7] Wiewiorka, M.: La violence en France, Seuil, Paris 1999; s.a. Le Monde vom 2. 4. 99.

Städte nicht verhindern konnte, dass sich die Gewaltspirale in den hoch sensiblen Gebieten noch weiter drehte.

Der wirtschaftliche Aufschwung in Frankreich hat kaum Auswirkungen auf die *Banlieue' gezeigt,* wo die Arbeitslosigkeit immer noch sehr hoch ist[8] . Trotz aller Maßnahmen, die der kommunistische Bürgermeister von Saint Denis bei Paris getroffen hat, um Arbeitsplätze zu schaffen und Fortbildungsmaßnahmen durchzuführen, ist der Zugang zur Arbeit und zu den Fortbildungsmaßnahmen für die jugendlichen Immigranten weiterhin prekär.

Im Mai 2000 sind die „sichtbaren Minderheiten" (*les minorités visibles)* auf die Straße gegangen. Sie fordern jetzt ganz gezielte positive Diskriminationsmaßnahmen zur Erleichterung der Integration in den Arbeitsmarkt. Das Gleichheitsprinzip ist ihrer Integration bisher nicht förderlich gewesen. Sie wollen jetzt auch in den Fernsehprogrammen und bei der Werbung in ihrer ethnischen Identität repräsentiert werden[9]

Deutschland hat bis jetzt noch keine spezielle Städtepolitik für notwendig angesehen. Der soziale Wohnungsbau und das föderale System mit vielen kleinen Landeshauptstädten haben lange eine solche Konzentration ethnischer Minderheiten verhindern können. Allerdings hat sich die Lage nach der Wiedervereinigung zugespitzt. Im Osten leben nur 3 % der Ausländer, und im Westen wird die Konzentration auf einige Regionen und große Städte immer deutlicher, denn viele Ausländer sind durch die Umstrukturierung des produktiven Sektors arbeitslos geworden. Dazu kommt noch das Phänomen der ethnischen Rückzugserscheinung, besonders bei den Türken und den Aussiedlern. Es ist also nicht auszuschließen, dass es in Zukunft ein ähnliches Konzentrationsproblem in den Städten gibt. Spezialisten halten die Prognose, dass in 30 Jahren in Frankfurt 60 % aller Einwohner Ausländer sind, nicht für ausgeschlossen. Der Spiegel spricht von Zeitbomben in den Vorstädten[10] .

Frankreich und seine Asylbewerber

Während in vielen europäischen Ländern, wie zum Beispiel in Deutschland, ein deutlicher Rückgang der Asylbewerberzahlen zu verzeichnen ist, verzeichnet Frankreich seit 1999 zum ersten Mal nach 10 Jahren einen deutlichen Anstieg der Zugänge. Mit 30.000 Asylbewerbern im Jahre 1999 ist gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg von 38 % gegenüber dem Vorjahr zu erkennen (22.000 in 1998). Diese zunehmende Tendenz ist auch 2000 festzustellen, im ersten Trimester 2000 haben 69 % mehr Asylbewerber einen Antrag auf Asyl gestellt als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

---

8 Le Monde vom 2. 3. 2000: La reprise économique profite peu aux quartiers en difficultés.
9 Le Monde 20. 5. 99: La soif d'integration des jeunes beurs de la petite Camargue.
10 Spiegel Nr. 16, 1999.

Die Anerkennungsquote liegt 1999 mit 19,4 % ebenso hoch wie 1998. Im Gegensatz zu Deutschland, wo die Anerkennungsquote im Jahre 1999 mit 3 % ihren tiefsten Punkt erreichte, sind fast 20 % ein vergleichsweise hoher Anteil. Hierzu kann man aber zwei Anmerkungen machen. Die offizielle Anerkennungsquote wird in Frankreich von Spezialisten angezweifelt. Die französischen Statistiken unterscheiden nämlich nicht zwischen den Anträgen der neu angekommenen Asylbewerber und denen ihrer Kinder, die bei der Volljährigkeit automatisch den Asylstatus ihrer Eltern erhalten. Die Anträge der volljährigen Kinder sollen nach Schätzungen rund die Hälfte der Anerkennungsquote betragen. Diese Schätzung wird vom Ofpra (Office français de protection des réfugiés et apatrides), der Partnerbehörde des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge (BAFl), weder bestätigt noch dementiert. Dazu kommt noch, dass in der offiziellen Anerkennungsquote von fast 20 % auch 1.249 Personen erfasst sind, die eine Anerkennung als Asylberechtigte erst in einem Berufungsverfahren erworben haben (in Deutschland ein sogenannter Folgeantrag). Nach Rechnungen des Demografen Luc Legoux liegt infolgedessen die bereinigte Anerkennungsquote nicht bei 19,4 %, sondern nur bei 5 %[11]. Damit liegen die Anerkennungszahlen in Deutschland und in Frankreich doch nicht so weit auseinander.

Das französische Flüchtlingsamt Ofpra kann diesen Anstieg nur mit Mühe bewältigen. In den nächsten zwei Jahren sollen 3000 neue Mitarbeiter eingestellt werden. Im Jahre 1999 haben nur 37 % der Asylbewerber ihre Situation persönlich schildern können. Die anderen Asylbewerber werden aufgrund ihrer Anträge beurteilt. Die persönliche Vorstellung betraf 1998 noch 40 % und 1995 sogar 55 % der Antragsteller. Die persönliche Anhörung, in der ein Asylbewerber seine Fluchtgründe darlegen muss, ist jedoch seit 1995 in der EU vom Europarat zur obligatorischen Maßnahme erklärt worden.

Was die Fluchtgründe anbetrifft, so schätzt der Ofpra, dass wirtschaftliche Motive vorherrschend sind. Damit erklärt der Ofpra auch die steigende Zahl der Chinesen (5.169 in 1999 gegenüber 2.075 in 1998) und den Anstieg der Bewerber aus Mali. Andererseits spielen aber auch Unruhen und Bürgerkriege eine entscheidende Rolle. Asylbewerber aus der Türkei, Jugoslawien, Sri Lanka, Algerien und aus dem Kongo kommen seit 1999 in zunehmendem Maße nach Frankreich.

[11] Le Monde 18./19. Juni 2000: Le droit d'asile mis à l'épreuve par la hausse du nombre des demandes, S. 8.

Literaturverzeichnis

Le Figaro 28. 1. 97: Le paradoxe des Algériens en France. En dépit d´une forte acculturation, l´intégration sociale des beurs reste très problématique

Le Monde, 12. 3. 1996: Les chercheurs traquent les discriminations ethniques dans le monde du travail

Le Monde, 23. 6. 99: Une épargne populaire pour régénérer les quartiers en difficultés. Les zones franches urbaines sont juges décevantes

Le Monde, 7. 9. 99: Lionel Jospin donne la priorité la ville et l´intégration

Le Monde, 13. 10. 99: Neuf ans après les émeutes, la fragile naissance de Vaux-en-Velin

Le Monde 2. 3. 2000: La reprise économique profite peu aux quartiers en difficultés

Le Monde, 20. 4. 2000: Les violences urbaines, une spécificité francaise

Münz, R., Seifert, W. 1999: Zuwanderung nach Deutschland. Campus 1999

Spiegel 16/97: Zeitbomben in den Vorstädten

Weil, Patrick: L´histoire de la nationalité francaise: une leçon pour l´Europe. In: Nationalité et citoyenneté en Europe. Editeurs Weil, Patrick et Hansen, Randall. La découverte, Paris 1999

Wihtol de Wenden, Catherine: L´immigration en Europe, La Documentation francaise, Paris 1998

Wiewiorka, Michel: La violence en France, Seuil, Paris, 1991